

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

HERMANN HEIMPEL

Geschichte und Geschichtswissenschaft

EDGAR R. ROSEN

Mussolini und Deutschland 1922-1925

KURT SONTHEIMER

Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik

KARL DIETRICH BRACHER

Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik

DOKUMENTATION

Reichswehr und Münchner Putsch

Zu den Juni-Morden 1934

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel,  
Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Mählstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

<i>Hermann Heimpel</i> . . .	Geschichte und Geschichtswissenschaft . . .	1
<i>Edgar R. Rosen</i> . . .	Mussolini und Deutschland 1922-1923 . . .	17
<i>Kurt Sontheimer</i> . . .	Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik . . . . .	42

### MISZELLEN

<i>Karl Dietrich Bracher</i>	Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik . . . . .	63
<i>Hans W. Gatzke</i>	Stresemann und Litwin . . . . .	76

### DOKUMENTATION

	Die Reichswehr in Bayern und der Münchener Putsch 1923 ( <i>Thilo Vogelsang</i> ) . . .	91
	Promemoria eines bayerischen Richters zu den Juni-Morden 1934 . . . . .	102

### NOTIZEN . . . . . 105

### BIBLIOGRAPHIE . . . . . 1

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 74851/52  
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92352 --  
Preis des Einzelheftes DM 6.-; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement  
(4 Hefte) DM 20.- zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im  
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

5. Jahrgang 1957

1. Heft/Januar

HERMANN HEIMPEL

## GESCHICHTE UND GESCHICHTSWISSENSCHAFT<sup>1</sup>

**M**an hat das 19. Jahrhundert das naturwissenschaftliche und historische Jahrhundert genannt. Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Physik, aber ist es noch das Jahrhundert der Geschichte? Es sei erlaubt, die Antwort für unser eigenes Land zu suchen.

Vieles kam zusammen, um im 19. Jahrhundert die gegensätzlichsten Strömungen zum „Fahrwind“ einer historischen Weltbetrachtung zu machen: die Vorarbeit der Aufklärung für eine von Bibel und Dogma nicht mehr beherrschte Ansicht von der Geschichte; die Rezeption der Herderschen Ideen, besonders in der die Gefühle von Sturm und Drang disziplinierenden Goetheschen Wendung zu „deutscher Art und Kunst“; der Kampf gegen Napoleon Bonaparte, wobei die den Historismus erst ermöglichende Aufklärung vom historischen Denken in ihre Schranken gewiesen wurde; das von der Zeit erzwungene Bündnis von revolutionärer Volksidee, altständischem Leben und „Restauration der Staatswissenschaften“. Die nachklassische und nachromantische Epigonenzeit wird die große Zeit der Historiker, nämlich des Zusammenfallens der nationalen Verfassungs- und Einheitsfragen mit dem Übergang zur strengen Sachforschung, zur Geschichtswissenschaft. So gegensätzlich die deutschen Kräfte um 1848 waren, alle lenkten auch sie die Gedanken in die Geschichte: Erbkaiserliche und Großdeutsche, Liberale und Katholiken, legitimistisches und ständisches Beharren und, infolge der anthropozentrischen und historischen Art des Deutschen Karl Marx, auch der sozialistische Sturmruf. Und zugleich wurde der Weg von der philosophischen und dichterischen Gesamtschau der Vergangenheit zur Geschichtswissenschaft weiter gegangen, überall wurde der zweite Schritt getan: von Novalis und Görres zu Ranke und Waitz. Diese Koinzidenz von politischem Antrieb und Verwissenschaftlichung der Geschichte setzte sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts erst recht durch in dem staatlichen und preußischen Auffangen der liberalen Gedanken, in der Bismarckschen Lösung

<sup>1</sup> Der hier folgende Abdruck gibt den Eröffnungsvortrag des deutschen Historikertages zu Ulm im September 1956 wieder. Nur einige auf den Anlaß bezügliche Sätze und Worte sind weggelassen worden. Der Vortrag wird gleichzeitig und zusammen mit dem Protokoll der Tagung veröffentlicht werden. Da er in dieser Form viele unserer Leser nicht erreichen wird, und da nach 4-jähriger Durchführung unseres Programms eine so weitgespannte Besinnung auf Grundfragen im Verhältnis von Gegenwart und Geschichte besonders willkommen sein wird, freuen wir uns, ihn an die Spitze des 5. Jahrgangs setzen zu können. (Hg.)

der deutschen Frage. Wie vorher die deutsche Sehnsucht, so wird nun ihre Erfüllung, schließlich auf der national-liberalen Mittellinie, in die Geschichte gezogen. Diese Entwicklung der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert war flankiert und gestützt durch den historischen Charakter der Nachbarwissenschaften: durch historische Theologie, ja Auflösung der Theologie in Geschichte, durch die historische Rechtsschule seit Savigny, durch die historische Schule der Nationalökonomie seit Roscher, durch die historische Richtung der Philologen seit Grimm und Boeckh, durch das Entwachsen der Kunstgeschichte aus der Künstlergeschichte seit Springer. Überall ging es um Geschichte, zumal gegenüber der sozialen Frage konservative Kräfte sich der mittelalterlichen, stadtwirtschaftlichen, zünftischen und merkantilistischen Vergangenheit erinnerten: Gustav Schmoller. Der Kampf um das Vaticanum und der Kulturkampf geben dem historischen Jahrhundert die katholische Note hinzu. Es wäre nicht schwer, auf dieser Szene dem Historienbild, dem historischen Drama und der historisierenden Baukunst ihren Platz anzuweisen.

Und das 20. Jahrhundert? Die Kulissen sind abgeräumt, und die Seitenstützen schwach geworden. Wer möchte historische Gemälde malen? Bei bedeutenden wirtschaftshistorischen Leistungen moderner Nationalökonomien war doch die historische Schule der Nationalökonomie fast verschwunden. Das Studium des römischen Rechtes ist an den Rand des juristischen Studiums gedrängt, und die Sachsenspiegellexegese ist nahezu abgeschafft. Am deutlichsten ist dieses Ausrinnen der Geschichte aus den Wissenschaften in der zugleich antiliberalen und anti-historischen Revolution der protestantischen Theologie, mit der Karl Barth gegen Harnack den Triumph von David Friedrich Strauß und die Not von Ernst Troeltsch überwunden hat. Auch die Philologen erleiden eine gewisse Enthistorisierung. Biographie, politisch-historischer Zusammenhang, Geistesgeschichte stehen zurück gegen eine reine Analyse der „Dichtung als Kunstwerk“.

Die Geschichte rinnt aus den Wissenschaften aus. Für unser Urteil über Geschichte und Geschichtswissenschaft kommt daher alles auf die Geschichtswissenschaft selbst an.

Auch hier ist, mitten in einem emsigen Lehr- und Forschungs-, Zeitschriften- und Institutsgründungsbetrieb, der Ton des Mißvergnügens an der Geschichte nicht zu überhören. Es hat seine Wurzeln im historischen, im 19. Jahrhundert selbst. Ich weiß nicht, ob und wie sich Wilhelm Wattenbach in Berlin geärgert, ob und wie sich Georg Waitz in Göttingen beunruhigt hat, als und wenn sie Friedrich Nietzsches Frage nach „Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ vernahmen. Wie auch immer, die Basler Betrachtung war unzeitgemäß genug, um der Zeit im Halse stecken zu bleiben: Nietzsches Taedium historiae wird der Stachel, das böse Gewissen oder die Verführung der Geschichtswissenschaft, den vom Ballast des Gedächtnisses nicht mehr gekränkten Willen zum Leben und schließlich zur Macht in die Geschichte zurückzuwerfen und aus ihr einen voluntaristischen Mythos zu machen. So donnerte vor noch nicht zwanzig Jahren im Namen Nietzsches Walter Frank einen in seiner inneren Unsicherheit recht wehrlosen Historikertag an, die „Zunft“ im Namen der „Nation“.

Eine kritische Unruhe gegenüber der Geschichte hat uns das historische Jahrhundert durch den zweiten Basler Unzeitgemäßen, durch Jacob Burckhardt übermachtet. Seine großen Stunden kamen in Deutschland, als die Zusammenbrüche von 1918 und 1945 das deutsche Geschichtsbewußtsein sturmreif machten für die beharrlichen und lange überhörten Proteste des Weisen aus Basel gegen sein Jahrhundert, gegen das liberale Fortschrittselement wie gegen den Primat der Machtgeschichte. Nun, zweimal, suchte die deutsche Bildungswelt ihren Trost bei dem härtesten Tadler ihres Staatsglaubens. Der ältere Ruhm des Ästheten Burckhardt steigerte sich zu der Wirkung des Moralisten. Enttäuscht, das erste Mal, in seinem Glauben an die Normalität der Zeit vor 1914, beschämt, das andere Mal, über das schließlich halb unbewußte Hinnehmen des nationalsozialistischen Reichsmythus, unterwarf sich der deutsche Geist der verspäteten Strafe aus Basel. Jetzt wurde die Macht gar noch „böser“, als Burckhardt sie „böse“ gefunden hatte, und müde der Berufungen auf die Geschichte, enttäuscht von dem Ausbleiben der Antwort auf falsche Fragen an die Geschichtswissenschaft, wollte man sich gern damit begnügen, „weise für immer“ geworden zu sein.

Dem 20. Jahrhundert ein *Taedium Historiae* anzutun, bedurfte es freilich nicht mehr der Lektüre Nietzsches und Burckhardts. Die Ideen des 19. Jahrhunderts hatten in Deutschland Geschichtschreibung und Geschichtsforschung erneuert, beflügelt, ermutigt, ins Große gewendet. Die Erschütterungen und Zusammenbrüche unseres Jahrhunderts, schließlich die bedingungslose Kapitulation und die ihr folgende tatsächliche Teilung Deutschlands, also die Zerschlagung sogar der im 19. Jahrhundert gewonnenen kleindeutschen Einheit, mußten die Historie entmutigen. Nietzsche litt unter einem Zuviel an geschichtlicher Betrachtung, an Historismus, wie Troeltsch sagen wird; das 19. Jahrhundert war überladen mit Geschichtswissenschaft, das 20. Jahrhundert ist überbürdet mit Geschichte. Der Geschichte wurde allzu oft und allzu lange die Gegenwart zum Opfer angeboten, der Gegenwart allzu oft innerhalb des Erlebnisbereiches miteinander lebender Generationen Notstand und Standrecht verkündet. Der von der Geschichte übermüdete Mensch ersehnt sich Urlaub von der Geschichte, er möchte entrinnen, wie schon Burckhardt entrinnen wollte, wenn er nach Italien ging, wo „so wenig Industrie“ sei und „soviel Bettelei“. Man kann aber nicht entrinnen. Wir müssen, nachdem wir uns die Geschichtsmüdigkeit weggeschlafen haben, endlich wieder zur Geschichte erwachen. Aber wir sollten den Traum von unserer Freiheit gegen die Geschichte nicht vergessen. Das Übermaß an Geschichte muß uns lehren, daß der Mensch, dieses einzige *animal historicum*, auch ein *animal metahistoricum* ist; daß die Würde des Menschen wohl in der Geschichte bewährt, aber auch gegen die Geschichte bewahrt werden muß. In diesem Sinne bekennen wir uns als Humanisten. Im Humanismus steckt immer ein Stück Antihistorismus; aber umgekehrt ist die geschichtliche Tiefe der Existenz ein Stück nachhumanistischer Humanität, und Nietzsches Sorge hat durch alles, was in ihrem Namen geschehen ist und geschieht, aufgehört unsere Sorge zu sein. Im Gegenteil – wir sind in den letzten zehn Jahren faktisch ein Volk ohne Geschichte geworden, durch Schuld und Schick-

sal. Dieser Zustand der Geschichtslosigkeit wird andauern, solange die Brücke des Bewußtseins über die Zeit von 1933 bis 1945 nicht wieder gebaut ist, solange wir diese Zeit behandeln, als wären wir damals nicht gestrauchelt und hätten damals eigentlich nicht gelebt, als müßten wir nicht jene Zeit in die Kontinuität unserer Geschichte einstellen. Nichts bedeuten gegen diesen notwendigen Brückenschlag methodische Einwände gegen die Zeitgeschichte. Ohne Zeitgeschichte können wir ältere Geschichtskunde nicht mehr betreiben, und die gefährlichste Form der Geschichtslosigkeit ist die gedankenlose Restauration. Sie nimmt der Geschichtswissenschaft die Autonomie und liefert sie dem Spiel von Aktionen und Reaktionen aus: Germano-manie, Germano-phobie.

Wir geraten in den Bereich der vielberufenen Geschichtsrevisionen.

Die Forderung nach der Geschichtsrevision ist allgemein. Zu allgemein für uns, daher einzugrenzen und zugleich in den Widersprüchen des Anliegens zu bezeichnen. Die laienhafteste, verbreitetste und offenbar dauerhafteste Geschichtsrevision ist noch immer die Kulturgeschichte. Weniger Schlachten, weniger Politik, mehr Kultur, die „großen Zusammenhänge“. Es ist der alte Wunsch, der sich seit Voltaire bis heute immer wieder für neu hält. Reinhard Wittram hat die Erklärung vorweggenommen: der Ruf nach der Kulturgeschichte ist ursprünglich der Ruf des Bürgers, der vor der geschlossenen Tür der Staatsaktionen steht. Somit ist die Tendenz nach der Kulturgeschichte immer auch ein Entrinnenwollen aus der Geschichte, der Wunsch nach der Geschichte ohne Schicksal. Aber die kulturhistorische Unruhe enthält doch mehr: vorgebildet in Burckhardts Abneigung gegen die Chronologie, gegen die „krepiereten Bataillen“, längst ausgesprochen in Goethes Abneigung gegen den Zufall, bedeutet sie das Anliegen einer Veranschaulichung und einer Rationalisierung der Geschichte. Solche Versuche sind im 19. Jahrhundert angestellt worden in der Form des Anschlusses an die exakten Wissenschaften, von Comte bis Lamprecht: vergangene Positionen, eingeholt durch die mit schneidendem Anspruch sich als Wissenschaft gebende Geschichtslehre von Karl Marx, zurückgerufen in die Eigenständigkeit der Geisteswissenschaften im Sinne von Dilthey, Rickert, Croce und Rothacker; in unseren Tagen ist dieser Ruf nach der Rationalisierung der Geschichte polemisch-prophetenhaft verkündet in Frankreich, von der Schule der Bloch und Fébvre, von der Schule der „Annales“, die über die widerwillig anerkannten „Faits“, das sind Burckhardts Facta, zu der Synthese einer anspruchsvoll so genannten *Historie Vivante* eilen, die vor allem auf die neue Wissenschaftlichkeit der historischen Statistik gegründet ist. Hier stellt sich, zumal im internationalen Gespräch, eine merkwürdig verspätete und doch notwendige Diskussion von neuem ein, als müßte der verstaubte Streit zwischen Lamprecht und seinen Gegnern sich erneuern.

Ein anderer Ruf: mehr außereuropäische Geschichte, nicht einmal „Weltgeschichte Europas“, sondern: „*Historia Mundi*“: Abkehr vom europäischen, europazentrischen Geschichtsbild. Das Europa, das in Amerika, im europäisch-asiatischen Rußland, in allen Indien, in Afrika das Gesetz des Handelns zu verlieren scheint, soll dieses Gesetz auch in der Wissenschaft abgeben. Aber auch im europäischen

Bereich müssen wir uns sagen lassen: History in a changing world, mit den Worten Barracloughs. Dann wird die Grenze Europas nach Osten verlegt und von neuem die Frage gestellt: was ist Europa, wo liegt Europa? Verwandt, aber von anderem Ausgangspunkt aus, ganz vom verschuldeten und doch als Unrecht erlittenen Schicksal her erwachsen, ist die in Deutschland zu erhebende Forderung nach „mehr Ostgeschichte“.

\*

Forderungen des Lebens, Forderungen der Wissenschaft. Aber die Forderungen des Lebens und die Forderungen der Wissenschaft decken sich nicht. Erkenntnis von Geschichte steht unter dem Gesetz der Spannung von geschehender und gewußter Geschichte, diese aber auch in dem Zusammenhang von außerwissenschaftlicher und wissenschaftlicher Erkenntnis. Wollen wir nach der Funktion fragen, welche die Geschichtswissenschaft gegenüber der Geschichte habe, so nennen wir die Formel: Vereinfachung. Die Vereinfachung des historischen Bewußtseins vollzog sich schon im späteren 19. Jahrhundert, spätestens in der Generation nach dem noch tief kulturgeprägten Treitschke. Die großen Wendungen der Geschichte bewirken erst recht die großen Vereinfachungen: wo die Epoche begriffen wird, vereinfacht sich das Bild von der Geschichte; bis sich dann doch wieder der vom Kairos geschürzte Knoten als die Bindung der kompliziertesten Voraussetzungen und Folgen erweist. Das Einzelne, die Nuance, das Feine, das Leise, das Langsame, das nur aus der jeweils eigenen Zeit Erklärbare, das Unmittelbar-zu-Gott-Seiende, das eben darum Beständige tritt in den Epochen ins Dunkle, die großen Linien, das Grobe treten ins Licht.

Ein Beispiel dafür, wie Gegenwart zu einer die Vergangenheit vereinfachenden Geschichtsquelle wird, ist in einer von Carlo Schmid gehaltenen Rede über die zukunftsgerichtlichen Folgen enthalten, die sich aus der „Entbindung der atomaren Energie“ und aus der „Automation“, beide begriffen als „zweite industrielle Revolution“, ergeben können. Die erste industrielle Revolution war gebunden an den Standort der Kohle, mit der historischen Folge: „Nur die Länder beiderseits des Kohlegürtels sind in den letzten hundert Jahren geschichtsbestimmende Staaten geblieben oder geworden. Die anderen Staaten blieben industriell unterentwickelt, auch dann, wenn sie einstmal die Wiege unserer Kultur gewesen waren.“

Die zweite industrielle Revolution löst die alte Standortbindung in einer geschichtlich entscheidenden Weise auf. „Loslösung auch der Schwerindustrie von den Standorten der Kohle“ ist die „Umwälzung, die die Welt verändern wird.“ Und nun eröffnen sich tiefe Perspektiven. Die eine, den weltgeschichtlichen Einsichten Hans Freyers verpflichtet, ist diese, „daß Andere als die sogenannten weißen Völker die industrielle Technik nicht nur zu verwenden, sondern auch weiter zu entwickeln imstande sind, ohne an früheren Fortschritten und Ursprüngen beteiligt gewesen zu sein.“ Diese Übertragbarkeit der zweiten industriellen Revolution von Europa und Amerika nach Asien und Afrika bedeutet aber erst recht wegen des Wegfalles der mit Kohlen und Elektrizität alten Stiles verbunde-

nen Lernvorgänge eine noch kaum vorstellbare Beschleunigung des geschichtlichen Prozesses. Die unterentwickelten Länder sind zudem sozialistische oder sozialistisch tendierende Gebilde in der zeitgebundenen Form des antikolonialen Nationalismus. Wenn Schmidts Annahme richtig ist, daß diese eben dem Feudalismus entwachsenden Völker die Industrialisierung in sozialistischer Form vollziehen, so wäre der noch kohlegebundene, angeblich gesetzliche Dreischritt von Marx: Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus gesprengt. Und nun die Paradoxie unserer Zeit – Paradoxie deshalb, weil sie keine historische Parallele zu finden scheint. Die unterentwickelten Länder brauchen wissenschaftliche und technische Unterweisung sowie Kapital, sie bedürfen der technischen Bildung, der Sorgfalt derer, von denen sie sich zu emanzipieren wünschen. Und nun sieht es doch so aus, als ob der Kampf der großen Mächte um die Macht nicht mehr politischer Machtkampf alten Stiles bis zu den Kanonen als der *Ultima ratio regis*, sondern der Wettlauf um den Anteil sei, den die Mächte, sagen wir vereinfachend West und Ost, an der Entwicklung der Unterentwickelten nehmen. Das Zünglein an der Waage sind diese selbst, als wenn nicht mehr „Wissen“, sondern Armut, ja vielleicht Unwissenheit „Macht“ sein könne.

So befindet sich unsere Gegenwart in einer noch unabsehbaren Revolution der Produktionsverhältnisse als der großen Vereinfachung unserer Zeit. Wir befinden uns in der großen Kurve, die den Blick auf die Strecke freigibt.

Den furchtbaren Rückblick aus der Kurve hatte der größte deutsche Historiker, hatte Ranke nicht. Denn bei aller Weisheit und bei aller Riesenweite des Blicks war er doch in konservativer Selbstberuhigung in die Kurve nicht eingebogen, und er verbindet mit den „allerungeheuersten Kenntnissen“ und dem tiefsten Blick in den Graben der Französischen Revolution eine merkwürdige Zukunftsblindheit, die das gefährliche Erbe aller Ranke-Epigonie werden sollte. Burckhardt und Marx wagten den Blick aus der Kurve; der eine drohte zu verzweifeln, der andere gab eine die vergangene Geschichte vergewaltigende Interpretation – aber doch eine Interpretation. Die Kurve gibt aber den Blick nicht nur nach rückwärts, sondern auch nach vorwärts frei, einen verschobenen Blick – aber doch einen Blick. Es ist eine Binsenwahrheit, daß der Historiker kein Prophet sei, und die nach 1914 eingetretenen Überraschungen haben ältere Zuversicht des Prophezeiens erst recht entmutigt. Sprechen wir also nicht von Erkenntnis der Zukunft, sprechen wir aber von der Zukunftsahnung, ohne die keine „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ bestehen kann. Die Gegenwart aber, die ohne den Blick auf die Zukunft keine Gegenwart ist, die Gegenwart ist die erste Geschichtsquelle des Historikers.

Dieses: die Gegenwart die erste Geschichtsquelle ist die Formel für den vielgeforderten Anschluß der Historie an die Soziologie. Soziologie ist für die Geschichtswissenschaft nichts anderes als die die Vergangenheit miterhellende „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“. Ihr Bündnis mit der Geschichtswissenschaft wird auf der Burckhardtschen *Tabula rasa* geschlossen. Der gesellschaftliche Zustand unseres Jahrhunderts ist aufgerissen wie ein aufgepflühtes Feld, und es gibt seine Schätze preis wie die Straßen der bombengetroffenen Städte die römischen Alter-



tümer. Zerklüftet, in Trümmer alter Selbstverständlichkeiten aufgelöst ist auch das Feld des geistigen, moralischen und politischen Verhaltens – sonst könnte nicht eine geistreiche Deutung der jüngsten Geschichte unter dem Titel „Der Verrat im 20. Jahrhundert“ vorgetragen werden.

Es gibt ein Bild von Georg Waitz mit der eigenhändigen Unterschrift: „Die Geschichte lehrt die Gegenwart verstehen und würdigen.“ Wer wollte diesen ehrwürdigen und, wenn er richtig verstanden würde, auch richtigen Satz nicht respektieren? Aber wer wollte diese Unterschrift nicht altfränkisch finden? Eine moderne Unterschrift würde heißen: wir verstehen die Gegenwart, um der Vergangenheit auf die Spur zu kommen.

Die Vereinfachung des „Interesses an der Geschichte“ kommt besonders den ferneren Zeiten zugute: der alten Geschichte und der Prähistorie. Natürlich haben diese Wissenschaften ihr eigenes Gesetz. Auch wenn man die Mischung von Reportage und Wissenschaftsgeheimnis ausklammert, welche „Götter, Gräber und Gelehrte“ zu Sensationen macht, so ist das Interesse des Geschichtsbewußtseins einer vereinfachenden Zeit für die großen Konturen des einfachen menschlichen Daseins zu beobachten an dem althistorischen Interessenschwerpunkt so verschiedener Geister wie Spengler und Toynbee. Was möchte der zweiten industriellen Revolution an historischen Analogien gefunden werden? Vielleicht die Weltgeschichte der großen Wanderungen und der epochemachenden einfachen Erfindungen; die Übersichtungen von Bauernvölkern durch Reiternomaden, die weltgeschichtlichen Folgen der Erfindung des Streitwagens, eine Entwicklung, wie sie der Allgemeinheit zuerst in der fragmentarischen Arbeit von Oswald Spengler über das zweite vorchristliche Jahrtausend offenbar geworden ist. In diesen Zusammenhang gehört der Drang der Zeit nach Weltgeschichten, und man wird erwarten dürfen, daß den Zeitgenossen von dem auf zehn Bände berechneten Handbuch der Weltgeschichte „Historia Mundi“ die ersten Bände die spannendsten bleiben werden, von denen der erste mit dem Beitrag eines Zoologen über die werdende Menschheit beginnt, in dem noch der zweite Band von so alten Zeiten wie der jüngeren Steinzeit und der ältesten chinesischen Geschichte ausgefüllt ist, bis mit dem dritten Bande, also mit fast einem Drittel des Gesamtumfanges, die römische Geschichte noch nicht über das vierte vorchristliche Jahrhundert hinabgeführt wird.

\*

So stößt, so stört, so fordert heraus die Geschichte die Geschichtswissenschaft. Wir aber stehen jetzt an der Wende unserer Betrachtung. Ist es die einzige Aufgabe einer Geschichtswissenschaft, die auf eine große Tradition zurückschaut, sich von der Geschichte stoßen und herausfordern zu lassen? Verpflichtet uns nichts als die geschichtliche Dynamik, der die Geschichtswissenschaft im besten Falle durch den Umsatz von Wissenschaft in Bildung, von Bildung in Verantwortung gewachsen wäre? Der von der Geschichtswissenschaft zu bewältigenden Dynamik der Geschichte, der Beunruhigung der Geschichtswissenschaft durch die Geschichte,

steht gegenüber die Beruhigung der Geschichte durch Wissenschaft. Die Geschichtswissenschaft versäumt ihren Sinn, wenn sie nicht welt-offen ist. Die Geschichtswissenschaft versäumt ihren Sinn, wenn sie nicht welt-fremd ist. Diese Paradoxie löst sich auf in einer zeitlich geordneten Veränderung, Klärung, Beruhigung des historischen Interesses, auf dem Weg von der Aktualität zum historischen Weltbild, in einem Bedeutungswandel der geschichtlichen Tatsachen. Aktualität: es ist gefordert der Bereitschaftsdienst der historischen Erudition: Ostdeutschland, Emsmündung, Südtirol. Solange es Geschichte gibt, muß die Geschichtswissenschaft Rechtsfragen und insbesondere Schuldfragen erörtern. Das Deutschland nach 1945 muß mit der Tatsache rechnen, daß die nichtdeutsche Welt auf das Recht aus der Geschichte ungern hört: das Problem des historischen Rechts wird neu umkämpft, neu durchdacht werden müssen. Unendliche Arbeit und Zeit hat der Vertrag von Versailles die Historiker gekostet. Indem aber die Kriegsschuldfrage von 1914 im Kampf der nationalen Gebundenheiten mit der Wahrheitsliebe wissenschaftlich erörtert wurde, verlor sie ihr Interesse; die Schuldfrage klärte sich zur Ursachenfrage; schließlich blieb die Frage nach der Struktur der Vorkriegspolitik und der Vorkriegswelt übrig: Politik und Kriegführung. Dem fast gesetzlichen Dreischritt von Schuldfrage, Ursachenfrage, Strukturfrage entspricht der Bedeutungswandel der sogenannten Tatsachen. Sie werden von vorwissenschaftlichen Eigenwerten – Römerzüge – zu Argumenten – Kaiserpolitik – und endlich zu Zeichen: Bedingungen feudaler Raumbherrschaft in langobardischem, fränkischem, deutschem Zusammenhang.

Die Geschichtswissenschaft ist nun aber nicht die ganze *Historia rerum gestarum*, und sie ist umgekehrt mehr als *Historia rerum gestarum*: sie ist selbst Geschichte. Der Mensch macht Geschichte, indem er sich der Vergangenheit erinnert, aber noch mehr: die Existenz des Menschen bleibt menschlich, soweit der Mensch geschichtliches Bewußtsein hat. Die Kultur lebt in der Kontinuität ihres Bewußtseins. Es ist für den dem Vergessen verfallenen Menschen ein tröstlicher Gedanke, daß die gewußte Geschichte länger ist als die geschehene, und daß die Geschichte, solange sie gewußt wird, Geschichte bleibt. Wie kurz war der Tag, da Heinrich V. den von ihm verratenen Vater in Speyer ehrte, und wie lang waren die Jahrhunderte, in denen die Armen von dem Brot gespeist wurden, das ihnen an jenem Augusttag des Jahres 1111 gestiftet wurde. Die Stiftung überlebt den Stifter.

Die Geschichtserkenntnis aber ist selbst Geschichte als die wissenschaftliche *Historia rerum gestarum*. So stellt sie uns drei Fragen: Worin besteht die Wissenschaftlichkeit der Geschichtswissenschaft? Welche Bedingungen bietet unsere Zeit der Geschichtswissenschaft für deren Entfaltung? Wie verhält sich die Geschichtswissenschaft als Antwort auf die Geschichte und die Geschichtswissenschaft als Traditionszusammenhang, wie verhalten sich Geschichtswissenschaft als politische Wissenschaft und Geschichte als wissenschaftlich begründete Rettung der geschichtlichen Tiefe menschlicher Existenz?

Wer gefragt wird, worin denn der wissenschaftliche Charakter der Geschichtswissenschaft bestehe, das Wissenschaftliche an der Geschichtswissenschaft, mag

zunächst antworten: in der Bindung an den Erkenntniszweck und an die historische Richtigkeit. Die Bindung an die Richtigkeit unterscheidet die Geschichtswissenschaft zumal von der Kunst als von der einzigen ihr ebenbürtigen Art, die Geschichte zu bewältigen. Was Schiller kann, darf Srbik nicht: die zwei Pilsener Rezesse der Wallensteinischen Offiziere in einen zusammenziehen. Was Thukydides tat, was noch Widukind von Corvey, Otto von Freising und die Humanisten taten, dürfen wir nicht: die Situation eines Augenblicks, einer geschichtlichen Erscheinung durch eine komponierte, nicht gehaltene Kunstrede bezeichnen. Wissen denn aber die Dichter nicht mehr als die Gelehrten von der Geschichte? Kann man die Zeit König Albrechts I. mit noch soviel Exaktheit wahrer schildern als Gottfried Keller in seinem „Hadlaub“? Eigentlich dasselbe meint Jacob Burckhardt: man könne der *Storia fiorentina* auf jeder Zeile etwas einwenden, „und ihr hoher, ja einziger Wert im Ganzen bliebe dennoch bestehen“. Aber die Wahrheit der Kunst und die Wahrheit des historischen Kunstwerks sind nicht die Wahrheit der Geschichtswissenschaft, weil das Wesen aller Wissenschaft steht und fällt mit der Kontrollierbarkeit ihrer Ergebnisse. Der Teppich der Wissenschaft muß so gewebt sein, daß Penelope ihn jederzeit wieder aufziehen kann. Es bleibt genug übrig für den Dienst der Kunst an Geschichte und Geschichtswissenschaft. Die Kunst der Sprache, nämlich der Gebrauch der Selbstwahrheit der Sprache für die Darlegung der Sachen — ihr wäre vieles erlaubt, bis zur Bewußtheit erneuerter *Colores rhetorici*. Die Sprachkunst gibt eine Chance, die richtige Anschauung der Dinge zu bereichern durch die rechte Benutzung des Unbeglaubigten. Ich finde kein schöneres Beispiel für das Gemeinte als Burckhardts Erzählung im 4. Bande der Griechischen Kulturgeschichte vom Tode des Antigonos Dason, der „nach Makedonien heimelt, um dort im Kampfe gegen die eingefallenen Illyrier den Genuß echten Heldentodes zu finden. Er starb mitten im Siege zu Pferde am Blutsturz (wie man in den Plauderstuben wohl hinzudichtete) mit dem Worte: ‚Welch ein schöner Tag.‘“ Indem Burckhardt die Tradition über Plutarch hinaus verwirft, bringt er sie zum Reden.

Also Bindung an die äußere Wahrheit, an die Richtigkeit. Aber an die kontrollierbare Richtigkeit können sich auch historische Darstellungen nicht wissenschaftlichen Charakters halten. So wird man die Bindung an die Quellen als Kennzeichen der Geschichtswissenschaft betrachten, nämlich die Bindung an Kritik und Interpretation der Überlieferung. Bindung an die Überlieferung und Freiheit von ihr müssen freilich im Gleichgewichte sein. Es hat keinen Sinn, auf einer Frage zu beharren, wenn damit eine sinnvoll gewordene, organisch erwachsene und darum eben geschichtliche Überlieferung verlorengeht oder verwüstet wird. Darum ist es, um ein Beispiel aus der eigenen Arbeit zu bilden, den Herausgebern der Reichtagsakten zur Pflicht gemacht, mit der Auswahl des sachlich Auszuwählenden das bewahrte Bild der überlieferten Fonds zu verbinden, nicht nur zu erkennen, was eine Handschrift von Konzils- oder Reichtagsakten für die Geschichte der Reichstage hergibt, sondern auch zu erkennen, welches Interesse die Handschrift hat entstehen lassen, was also die Handschrift selbst als ein Stück Geschichte bedeutet. Die Über-

lieferung ist nicht nur Quelle der Geschichte, die Überlieferung ist selbst Geschichte. Diese ganze Wissenschaftlichkeit aber, sachlich gebunden, quellengebunden und der Treue zur Überlieferung selbst verpflichtet, diese Geschichtswissenschaft, die so oft hinter der tieferen Wahrheit des Dichters, des Täters, auch hinter mancher Einsicht der Laien herhinkt, weil die gelehrte Vorbereitung und Sicherung der historischen Erkenntnis unendlich viel Zeit und unter sich sehr verschiedene Seelenkräfte beansprucht, diese Geschichtswissenschaft ist ein *Fatum*, ein unentrinnbares Schicksal geworden. Wir müssen die Geschichte wissenschaftlich bearbeiten, weil wir in einem wissenschaftlichen Zeitalter leben. Man mag meinen, jede Zeit wisse gleich viel Geschichte, da an Weisheit verliere, wer an Wissenschaft gewinne. Aber die Geschichtswissenschaft muß ihren ruhigen Gang gehen, damit nur wenigstens das jeweils zeitgemäße Wissen nicht geringer werde als das Wissen früherer Zeiten. Man kann meinen oder wünschen, der Mythos wisse mehr als die Historie. Aber die Zeit des Tiberius ist vorbei, da jemand erzählen konnte, soeben sei Pan gestorben.

Also Richtigkeit und Quellengemäßheit. Aber niemand wird sagen, daß diese genügen, um die Geschichtswissenschaft zur Wissenschaft zu machen.

\*

Gewiß, Geschichtswissenschaft ist Wissenschaft als rationale Disziplinierung des historischen Bewußtseins, mit all ihren Techniken, Routinen und Hilfswissenschaften; und doch, dies ist das Paradoxe, wird diese zum „Verstehen durch Übersetzung“ als ihrem unübertroffenen Endziel strebende Tätigkeit zur Wissenschaft erst dadurch, daß sie mehr will als sie leisten kann: als Frage nach dem geschichtlichen Gesamtverlauf. Und nun ist es das Merkwürdige, daß die unserem wissenschaftlichen Bedürfnis unentbehrlichen Versuche einer Gesamtdeutung der Geschichte nicht zu dem Ziel führen können, die Historie zu einer Wissenschaft zu machen. Wir wollen dabei offenbar etwas Unmögliches, aber, und darauf kommt alles an, wir müssen gerade dieses Unmögliche wollen. Über das mythische Zusammenleben mit der eigenen Vergangenheit, über das annalistische Aufzeichnen von Schrecknissen und Ruhmestaten hinaus, hinaus über die zuerst von Thukydides gemeisterte Pragmatik von Ursachen und Wirkungen, hinaus auch über das Aufspüren eines inneren Gesetzes der Volksgeschichte im „*Tantae molis erat Romanam condere gentem*“ meldet sich das Ganze der Völkergeschichte in den Sagen der Anfänge, in Kosmogonien und Götterverwandtschaften, auch in dem Modell der Kreisläufe, der Wiederkehr des Gleichen; bis sich dann der Verlauf der Geschichte streckt als die biblische Weltgeschichte von der Weltschöpfung bis zum Weltende, vom alten zum neuen Bunde, von Christi Geburt bis zu seiner Wiederkehr: immer ist die christliche Geschichte, sobald sich das Christentum mit der Geschichte einläßt, ein von den Absichten Gottes gestreckter, ein bezweckter Fortgang; und die Form, in der sich das Christentum mit der irdischen Zeit einläßt, die Kirche, hat nun sowohl ihre eigene Geschichte wie die Geschichte ihrer Auseinandersetzung mit der Welt: die an der *Historia Ecclesiastica* orientierte *Historia Profana* ist eben

unsere „Weltgeschichte“, und unsere Frage nach dem Gesamtsinn der Geschichte ist selbst eine geschichtlich gebundene, nämlich eine christliche Frage. Von ihr nehmen die nachchristlichen Geschichtsdeutungen ihren Ausgang, noch Hegel und Marx – bis dann die Vision Spenglers von den Kulturen als sich abschließender Seelenhaltungen und die Lehre Toynbees von den Zivilisationen aus der Linie ausbrechen, die eben die Geschichte nur vom christlichen Ansatz her als dem vorderasiatisch-europäischen, nach Amerika erstreckten Raum hatte durchziehen können.

Gleichviel: die Frage nach dem Sinn der Geschichte wird stets aus ganz anderen Tiefen des menschlichen Erlebens und Wollens beantwortet, als sie jemals der Geschichtswissenschaft erreichbar wären: die Frage nach dem Sinn der Geschichte ist also zwar historisch gebunden, aber nicht auf dem Boden der Geschichtswissenschaft gestellt und zu beantworten. Diese kann nichts tun, als jene Antworten, die christliche, sagen wir die Hegelsche, die Marx'sche, die Antworten Spenglers oder Toynbees abwarten, um sie zu prüfen. Denn so erhaben das Ganze der Geschichtsdeutung sein mag, es muß sich verantworten vor den einzelnen Richtigkeiten. Nun hat die Geschichtswissenschaft das bescheidene Amt der Verifizierung dessen, was Andere und Mächtigere versucht und gewagt haben. Aber die Irrtümer der großen Deutungen sind zugleich die großen Wahrheitschancen der Geschichtswissenschaft. Deswegen, weil die menschliche Wahrheit im Gegensatz zur göttlichen in die Geschichte verteilt ist; weil sie als Teilwahrheit, aber doch als Wahrheit immer dann erscheint, wenn der Mensch bis in seinen tiefsten Grund von dem getroffen ist, was ihm seine Zeit an geschichtlicher Wahrheit bietet. Er meint aus seiner wahren Gegenwartserfahrung den Sinn der Geschichte gesehen zu haben und ihn für alle Zeiten mitzuteilen. Er weiß nicht, daß er mit dem größten Aufwand an Leiden dem geschichtlich denkenden Menschen, der immer nur auf dem Wege zur Wahrheit ist, nur ein Modell gab, dessen Erprobung ein Schritt zur Wahrheit sein wird, und wenn es nur den Gewinn eines Idealtypus gälte, wie den nicht alles, aber vieles aufschließenden Begriff der „Entfremdung“ von Karl Marx oder der „Abkömmlichkeit“ von Max Weber: der eine, gewonnen im wahren Anblick frühkapitalistischer Unmenschlichkeit, der andere in der Heraufkunft einer den adligen Müßiggang tötenden arbeitenden Gesellschaft.

Aber die Geschichtswissenschaft ist noch etwas anderes, mehr und weniger als ein Korrektor von Geschichtsphilosophien oder als ein Bereich von Problemen, die idealtypisch ihrer Lösung entgegengeführt werden. Benedetto Croce hat über Burckhardts Renaissancebuch gesagt, es sei „storiografia senza problema storico“: ohne historische Problemstellung. Er hätte nicht spotten sollen. Die Geschichte ist nicht nur mehr als *Dynamik*, sie ist auch mehr als *Problematik*, sie ist in der Tat inmitten einer Fülle von Problemen und Problematiken im allerletzten Grunde „senza problema“. Das wußte Baco von Verulam, als er die Philosophie dem Denken, die Geschichte dem Gedächtnis zuordnete. Die Geschichtswissenschaft ist das wissenschaftlich disziplinierte Gedächtnis des Menschen. Dieser Satz bedeutet zugleich, daß die Geschichte nicht aufhören wird, zugleich weniger und zugleich mehr als Wissenschaft zu sein. Wir sagten: die Geschichtswissenschaft sei selbst

geschichtlich, weil Geschichtswissenschaft selbst Geschichte schafft durch Herstellung geschichtlicher Kontinuität als einer Kontinuität des historischen Bewußtseins. Wir sprachen später von Richtigkeit und Quellengemäßheit. In der Zusammenfassung jener drei Momente: geschichtlicher Charakter der Geschichtswissenschaft, Richtigkeit, Quellenprinzip wird erkannt, daß auch die gelehrte Arbeit an den Quellen mehr und etwas anderes ist als ein Mittel zur Erkenntnis. Vielmehr ist die Arbeit an den Quellen selbst, an ihrer Kritik, Interpretation, ja, Edition immer auch geschichtliche Erkenntnis selbst. Für diesen Sachverhalt gibt es ein schönes Wort von Paul Kehr, das er im Zusammenhang mit der von ihm seit September 1915 betriebenen Gründung eines Deutschen Instituts für Geschichtsforschung, des nachmaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Deutsche Geschichte, niedergeschrieben hat. Die zeitgenössischen Historiker, so schreibt er dem Sinne nach in dem mir vorliegenden handschriftlichen Gutachten, seien geneigt, zum Ziele der Geschichtschreibung zu streben, ohne den dorthin führenden Weg zu achten. Gewiß sind die von Kehr gesetzten Akzente nicht mehr die unsrigen: gesetzt in einer Zeit der Sekurität, gesetzt vor den Erschütterungen unserer Generation, die zwar die von Kehr ausgesprochene Forderung nach neuer Bewältigung eines angewachsenen und komplizierten Quellenmaterials festhält, aber veranlaßt ist, die alte Forschungsarbeit von neuem in die Unruhe der Geschichtschreibung zu spannen. Und doch sagen wir mit Kehr: schon der Weg zur geschichtlichen Wahrheit enthält die geschichtliche Wahrheit selbst. Das Verhältnis des Forschers zum Geschichtschreiber ist nicht, wie oft gesagt wird, das Verhältnis des Kärners zu den bauenden Königen. Das Königsrecht der ganzen historischen Wahrheit gebührt der kleinsten historischen Forschung und der die Generationen überdauernden Konsequenz einer solchen Forschung. Es gibt eine Königspflicht der Treue, beschlossen in dem Sprüchlein, wer A sage, müsse auch B sagen. Angefangene Editionen, die angeblich nicht mehr so aktuell sind, unvollendet liegen zu lassen, ist eine Schande. Dabei müssen wir uns damit abfinden, daß wir in unserer hoch-spezialisierten Welt nicht auf den Leser, sondern auf den Benutzer warten. Wir dürfen nicht vom Deutschen Wörterbuch lassen, weil es aus dem geplanten Volksbuch eine Institution geworden ist; schon Jacob Grimm hat mit bitterem Schmerz den Übergang vom romantischen zum realistischen Zeitalter erlebt, als er feststellte, daß die deutsche Familie nicht bereit sei, sich bei der abendlichen Lampe um das Wörterbuch zu versammeln, nicht einmal von A bis Biermolke. Wie aber kann das Königsrecht der unbeirrten und ungestörten Geschichtswissenschaft bestehen? Freilich nicht als eine spätpositivistische, ihrer romantischen Wurzel längst beraubte Liebe zum Kleinen als solchem. Unsere Überzeugung von der am Wege der Forschung selbst liegenden geschichtlichen Wahrheit gilt vielmehr unter zwei Bedingungen. Die eine: das Einzelne muß vom Ganzen wissen, in der Geschichtsforschung muß die Geschichtsdeutung verborgen sein. Diese Forderung ergibt sich aus eigener Erfahrung und Schuld. Es genügt nicht, auf der einen Seite Urkunden zu kritisieren und zu edieren und auf der anderen Seite mit Kehr und seiner Generation die verschiedenen „Philosopheme“ von der Geschichte zu verachten, es ist zumal uns Epigonen der Kehr-

schen Schule nicht erlaubt, die Anmaßung des Spezialisten in die Bescheidenheit des Fachmannes zu kleiden – bis eines Tages der tüchtige Forscher, blind vor Tüchtigkeit, aus der von der Wissenschaft nicht erreichten Tiefe seines Gemütes irgendeinem Philosophen verfällt, ohne zu wissen, was sein irrationales Tun oder Lassen mit seinen Urkunden zu tun habe. Gefordert ist die Wachheit für die Tatsache, daß alle Seiten des geschichtlichen Lebens, nämlich alle Aspekte des Menschen ins Schicksal gebunden sind; auch Reimprosa und Rhetorik des Mittelalters gehören zuletzt in den Schicksalszusammenhang der allgemeinen Geschichte. Die zweite Bedingung aber ist im Bau der Welt und im Bau des menschlichen Auges begründet: Mikrokosmos, Mundus in gutta. Es ist die Bedingung des beispielhaften Lernens, der Anwesenheit des Ganzen im Einzelnen, des Großen im Kleinen; es ist die Konsequenz der Tatsache, daß alles menschliche Wissen Teilwissen ist, Wissen von Zeichen, ob man es nun goethisch sage: alles Irdische sei nur ein Gleichnis, oder mit dem Evangelium: denen aber, die draußen sind, geschieht es alles durch Gleichnisse. Wenn man im Anblick der historischen Zeitschriften verzagen möchte, dann müßte die Frage: was hat das alles miteinander zu tun, was hält das alles zusammen, was hält uns zusammen? aus dem bis jetzt Gesagten seine Antwort finden. Was verbindet den Leser Lenins, den Leser Hegels, den Leser Augustins mit dem Editor, mit dem Diplomatiker, mit dem Metriker? Doch offenbar nichts anderes als der historische Sinn. Dieser historische Sinn ist die Verpflichtung des Menschen gegenüber seiner Vergangenheit. Er ist die wissenschaftlich gefaßte Form der Dankbarkeit. Er ist das Bedürfnis und die durch Wissenschaft zu steigende und zu läuternde Fähigkeit des Menschen, im Fremden Seinesgleichen zu suchen. Darum ist Geschichte letzten Endes Selbsterkenntnis durch Erweiterung des Bekannntenkreises über den zufälligen Lebenszusammenhang der Generationen hinaus. Da man aber nur lebende Menschen lieben und hassen kann, muß man sich bei den Toten schon an ihre Werke und Worte halten. Darum ist alles historische Erkennen das Begreifen von Sachzusammenhängen. Man muß sie verstehen und übersetzen. Alles historische Erkennen ist Verstehen (Dilthey und Joachim Wach haben es uns gelehrt), und jedes historische Problem ist letzten Endes ein Übersetzungsproblem: Übersetzung eines Vergangenen ins Verständliche, eines Unverstandenen ins Gegenwärtige.

Was das aber für uns bedeutet, erfahren wir in der Antwort auf unsere oben gestellte zweite Frage: welches die Bedingungen unseres Jahrhunderts seien für die Entfaltung der Geschichtswissenschaft und des historischen Sinnes – denn dieses Beides darf ich jetzt zusammen nennen.

Ich knüpfe noch einmal an Burckhardt an, denn er hat unsere Frage an sein Jahrhundert gestellt und in seinen Vorlesungen „Über das Studium der Geschichte“, den später so genannten „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“, in klassisch gewordenen Sätzen beantwortet. Burckhardt spricht dem 19. Jahrhundert eine besondere Befähigung für das historische Studium zu. Wir fragen, in welchem Grade die „negativen und die positiven“ Förderungen, die nach Burckhardt dem historischen Studium im 19. Jahrhundert zu Gute kamen, unserem, dem 20. Jahrhundert, zur

Verfügung stehen. Burckhardt nennt zunächst „äußere“ Förderungen: die Zugänglichkeit aller Literaturen durch das viele Reisen und Sprachenlernen der neueren Welt und durch die große Ausbreitung der Philologie, ferner die Zugänglichkeit der Archive, die dem Reisen verdankte Zugänglichkeit der Denkmäler vermittelst der Abbildungen, zumal der Photographien, die massenhaften Quellenpublikationen durch Regierungen und Vereine, die jedenfalls vielseitiger und mehr auf das Geschichtliche als solches gerichtet sind, als dies bei der Kongregation von St. Maur und bei Muratori der Fall war.“

Es ist kein Zweifel, daß sich diese Bedingungen in unserem Jahrhundert nicht verschlechtert, sondern gewaltig verbessert haben. Von *inneren* Förderungen nennt Burckhardt zwei negative und zwei positive, nämlich

1. „Die Indifferenz der meisten Staaten gegen die Resultate der Forschung, von welchen sie für ihren Bestand nichts fürchten.“
2. „Die Machtlosigkeit der bestehenden Religionen und Konfessionen gegenüber jeder Erörterung ihrer Vergangenheit und ihrer jetzigen Lage.“

In diesen beiden negativen Bedingungen mag man eine Verschlechterung gegenüber dem 19. Jahrhundert feststellen: staatlicher Druck in dieser und jener Form, gesteigertes konfessionelles Interesse. Aber auf der anderen Seite sind viele Organe der Kontrolle inzwischen ausgebildet worden. An der traditionellen wissenschaftlichen Methode zerbricht zuletzt auch das stärkste politische Interesse. Was die Konfessionen anlangt, so sind sie, ich weise auf den Anfang dieses Vortrages hin, nicht mehr in dem Maße wie früher auf eine historische Begründung ihrer Überzeugungen angewiesen. Niemand kann sich herausnehmen, was Baronius und die Magdeburger sich erlaubt haben. Kein Katholik sieht sich mehr darauf angewiesen, die Echtheit der isidorischen Dekretalen zu behaupten, kein Protestant oder Liberaler wird es mehr wagen, von einer katholischen Rückständigkeit in der Erforschung der geschichtlichen Wahrheit zu sprechen.

Es folgen Burckhardts „positive“ Förderungen.

3. „Es haben sich durch den Austausch der Literaturen und durch den kosmopolitischen Verkehr des 19. Jahrhunderts überhaupt die Gesichtspunkte unendlich vervielfacht. Das Entfernte wird genähert; statt eines einzelnen Wissens um Curiosa entlegener Zeiten und Länder tritt das Postulat eines Totalbildes der Menschheit auf.“
4. „Vor allem haben die gewaltigen Änderungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts etwas in sich, was zur Betrachtung und Erforschung des Früheren und des Seitherigen gebieterisch zwingt, selbst abgesehen von aller Rechtfertigung oder Anklage.“ Wir sehen leicht, daß sich die Befähigung zum historischen Studium im Sinne Burckhardts nicht vermindert, sondern unendlich vermehrt hat. Wir brauchen nur die Ziffer zu wechseln, um Burckhardts Satz zu wiederholen: „So haben die Studien des 20. Jahrhunderts eine Universalität gewinnen können wie die früheren nie.“

Wir können von der Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts hoch denken, auch von der deutschen. Nietzsche mit seinen Nachsprechern ist längst widerlegt,



wenn er der Geschichtswissenschaft vorwarf, sie sei darauf aus, „alles einmal Dagewesene“ zusammenzuscharren. Bedenken wir allein die Fortschritte der älteren Verfassungsgeschichte gegen den um 1900 erreichten Stand, durch die internationale Typologie im Sinne der Max Weber, Hintze und Mitteis, denken wir auf der anderen Seite an die landesgeschichtliche Vertiefung der Verfassungsgeschichte, damit zugleich an die Erhebung der Landesgeschichte zu einer hohen Wissenschaft. Aber nun wird uns etwas anderes wichtiger, das Burckhardtsche Vierte. Wieder möchte man nur die Ziffer ändern, um den Satz für uns zutreffen zu lassen: „Die gewaltigen Änderungen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben etwas in sich, was zur Betrachtung und Erforschung des Früheren und des Seitherigen gebieterrisch zwingt, selbst abgesehen von aller Rechtfertigung und Anklage.“ Das Vordergründige dessen, was Burckhardt meint, haben wir gewürdigt: die Gegenwart, die aufgebrochene Gesellschaft. Jetzt ist uns wichtig der Hintergrund von Burckhardts Überlegung, nämlich: die französische Revolution hat mit der alten Ordnung *Tabula rasa* gemacht. Hinter dieser Anschauung steht die allgemeine Wahrheit, daß Geschichtswissenschaft Distanz zur Geschichte sei. Sie bezahlt mit dem Preis des einfachen Lebens in den geschichtlichen Ordnungen: eine unerschütterte Adelswelt gründet weder Ritterbünde noch Adelsgesellschaften, sondern führt Fehde. Der „historische Sinn seit Herder“ ist Reflexion über bedrohte Ordnungen. Der historische Sinn des 19. Jahrhunderts, dies meint Burckhardt, wird zum wissenschaftlichen Studium durch die Erschütterung des Alten in der großen Revolution: auf der *Tabula rasa* der Gesellschaft wird die Geschichte getötet und die Geschichtswissenschaft geboren. Man möchte meinen, daß diese Burckhardtsche Bedingung auf unser Jahrhundert erst recht zuträfe. Die *Tabula rasa* ist noch glatter geworden, auf 1789 ist 1914, 1917, 1953 und 1945 gefolgt; die Geschichtswissenschaft und ihre Impulse aber leben in Bejahung und Verneinung letzten Endes jeweils von der letzten Revolution. Bleiben wir in Deutschland, so ist nun allerdings die Distanz zur Vergangenheit, die wir als Vorbedingung von Geschichtswissenschaft bezeichnet haben, durch Traditionsverlust ungeheuer gewachsen. Ein Schlagwort genügt, die Auslöschung Preußens, das Ende einer Traditionslinie der deutschen Geschichte und zugleich eine neue Aufgabe deutscher Geschichtswissenschaft, diese treibende Tradition wieder vor Anker zu legen. Offenbar sind nun doch die Bedingungen des 20. Jahrhunderts für die Geschichtswissenschaft andere und nunmehr ungünstigere geworden als die von Burckhardt dem 19. Jahrhundert zugute gehaltenen. Dieses 19. Jahrhundert bot der Geschichtswissenschaft ein Optimum damit an, daß ein Gleichgewicht bestand von Distanz zur Geschichte und Leben in der Geschichte. Dieses Gleichgewicht ist in unserem Jahrhundert gestört. Das 19. Jahrhundert hatte zwar Abstand von der Geschichte genug, um kritische Geschichtschreibung entstehen zu lassen, aber es hatte auch noch genug naives Verhältnis zur Vergangenheit, um den gelehrten Geschichtschreibern das Echo der Laienwelt zu gewähren. Man hatte eben Vergangenheit. Noch war, trotz 1848 und 1866 und 1870, das Leben leise genug, geborgen genug, um sich lesend einer Vergangenheit zuzuwenden, die als Wissen von den Vorfahren, als langsames und haftendes Erlebnis des

eigenen Lebens, als ererbtes Haus, ererbte Überzeugung, ererbter Beruf schon da war, wenn der neue Band Ranke aufgeschlagen wurde. Der moderne Mensch ist aber im Begriff, sein eigenes Leben zu vergessen. Der vorwissenschaftliche historische Sinn ist geschwächt, dieser Nährboden von Geschichtschreibung und Geschichtsforschung vielfach ausgelaut, die Traditionen schwach, unsicher, ihr Pathos verscherzt und unglaubhaft. Der Mensch ohne Geschichte aber ist der Barbar. Das 20. Jahrhundert hat es in der Barbarei weiter gebracht als das 19., und wir sehen das Verhältnis des Barbaren zur Geschichte im Licht einer neuen Erfahrung. Der Barbar, meint Burckhardt, durchbricht nie seine Kulturhülle als eine gegebene, und erst das Wissen von einer Vergangenheit mache frei von der Gebundenheit der Sitte durch Symbole etc. Heute aber, so scheint mir, ist die Aufgabe geschichtlichen Wissens nicht mehr eine solche Befreiung von ungewußter Vergangenheit, sondern umgekehrt der Ersatz der verlorenen unbewußten Bindungen durch bewußte Wissenschaft. Es herrscht hier eine schmerzliche Koinzidenz von wissenschaftlicher Sublimierung und Abschwächung des geschichtlichen Sinnes. Die bedeutende Tat der Verbindung räumlicher und zeitlicher Geschichtsbetrachtung – „Kulturströmungen und Kulturprovinzen“ – läßt so imponierende Werke historischer Synthese wie „der Raum Westfalen“ entstehen, die Arbeiten der historischen Kommissionen und landesgeschichtlichen Institute sind, noch einmal mit Burckhardt zu reden, „viel interessanter“ geworden, aber die ehrenamtlichen Pfleger des geschichtlichen Gutes im Lande werden selten.

Wir wollen hier den Anzeichen dieser geschichtlichen Entwurzelung nicht nachgehen, die in dem Marx'schen Begriff der Entfremdung und der Ortega'schen Formel vom Aufstand der Massen, also in Mediatisierung, Technisierung und Mobilisierung des Menschen am schnellsten bezeichnet werden mögen. Wir wollen uns auch vor Übertreibungen und Verallgemeinerungen hüten. Und auch einige Zuversicht mag am Platz sein. Wie der Barbar, so ist der Proletarier der Mensch ohne Geschichte. Kenner wie Franz Bednarik und Forscher wie Werner Conze und Helmut Schelsky zeigen uns die evolutionäre Auflösung des echten Proletariats. Mag in den von Bednarik gezeichneten Entwicklungen zunächst wieder ein Abbau von Tradition gegeben sein, im Absterben gewerkschaftlichen Traditionsbewußtseins innerhalb der Arbeiterjugend, es ist durchaus möglich und jedenfalls das Gegenteil durchaus nicht ausgemacht, daß in einer Arbeiterwelt, die mehr und mehr den Müßigen wie den Ungelernten ausscheidet, sich neue Traditionen bilden. Und es scheint mir wesentlich, daß nicht verwechselt werden zwei grundverschiedene, wenn auch im Zeitalter der industriellen Revolutionen in gleicher Richtung wirkende Vorgänge: Entromantisierung und Enthistorisierung unseres Daseins. Die erstere, das Ende eines romantischen Geschichtsverständnisses, ist weder aufzuhalten noch zu bedauern. Gewiß, zu unserem Traditionsverlust gehören auch die Zerstörungen unserer Altstädte, und welcher Historiker sollte St. Marien im Capitol nicht beweinen. Aber vielleicht entsteht – gewiß nicht von selbst, sondern im Kampf von Beharrung und Veränderung – ein echtes neues Traditionsbild der Stadt, das Glasbetonbau mit der Kathedrale versöhnt.

Gleichviel: unsere Zeit erlebt einen enormen Verlust an naiver geschichtlicher Tradition. Mit jedem Pferd verschwindet ein Zustand, der unsere Zeit mit der Zeit Karls des Großen noch verbindet. Das aber ist kein Grund zur Resignation, etwa im Sinne eines Nachsprechens von Burckhardts Kulturpessimismus. Es ist leicht, dem Weisen aus Basel die Klage über das radersurrende Elend nachzureden. Es ist notwendig, der radersurrenden Zeit ihre Geschichtlichkeit, nämlich ihre Menschlichkeit zu retten. Das aber ist ein Aufruf an Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht. Das *Tedium historiae* zu überwinden ist für unser fast geschichtslos gewordenes Volk eine moralische Forderung und eine Bedingung seiner Existenz. Es hat Anspruch auf die Hilfe der Geschichtswissenschaft, in deren doppelter Anstrengung: in der Antwort auf den Anruf der geschehenden Geschichte und in der Wahrung sowohl des wissenschaftlichen Traditionszusammenhangs als auch der geschichtlichen Tiefe menschlicher Existenz. Mit dem teilweisen Ausrinnen der Geschichte aus anderen Wissenschaften, mit dem Ende des Historismus und mit der Bannung der von ihm heraufbeschworenen relativistischen Gefahren fließt das Historische aller Lebens- und Wissensbereiche der Geschichte zu, und die Geschichtswissenschaft wird „unendlich viel interessanter“. In diesem Sinne heißt Kulturgeschichte nichts als Geschichte, in diesem Sinne auch könnte das bekannte Buch von Carlo Antoni: „Vom Historismus zur Soziologie“ auch heißen: „Vom Historismus zur Geschichte“; das im Unbewußten Verlorene muß im Bewußten gerettet werden, bevor es verloren bleibt. So könnte die traditionsarme Stunde unserer Geschichte eine große Zeit der Geschichtswissenschaft werden.

EDGAR R. ROSEN

## MUSSOLINI UND DEUTSCHLAND 1922–1923

### I

Eine einheitliche und geradlinige Auffassung über die von Italien einzuschlagende Deutschlandpolitik ist bei Mussolini in den Jahren vor der faschistischen Machtübernahme (1919–1922) nicht festzustellen. In erster Linie war Mussolinis Einstellung zu deutschen Fragen damals von seiner Interpretation der französisch-italienischen und englisch-italienischen Beziehungen bestimmt. Auch hier, wie in allen übrigen Fragen, zeigt sich ein ständiges Schwanken zwischen verschiedenen Lösungen und eine wesentlich opportunistische Grundhaltung.<sup>1</sup> Die kurze Zeit nach Kriegsende von Mussolini aufgestellte Forderung eines „lateinischen Blocks“

<sup>1</sup> Ennio Di Nolfo, *Mussolini antemarcia e la questione adriatica*, in: „Il Mulino“ (Bologna), Nr. 50, April 1954, S. 262 und 266. Luigi Salvatorelli, *Il Fascismo nella politica internazionale*, Modena 1946, S. 57 wendet sich dagegen, Mussolinis „national-imperialistische Außenpolitik“ vor dem Marsch auf Rom als reine Rhetorik oder einfache Demagogie anzusehen.

Gleichviel: unsere Zeit erlebt einen enormen Verlust an naiver geschichtlicher Tradition. Mit jedem Pferd verschwindet ein Zustand, der unsere Zeit mit der Zeit Karls des Großen noch verbindet. Das aber ist kein Grund zur Resignation, etwa im Sinne eines Nachsprechens von Burckhardts Kulturpessimismus. Es ist leicht, dem Weisen aus Basel die Klage über das rädersurrende Elend nachzureden. Es ist notwendig, der rädersurrenden Zeit ihre Geschichtlichkeit, nämlich ihre Menschlichkeit zu retten. Das aber ist ein Aufruf an Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht. Das *Tedium historiae* zu überwinden ist für unser fast geschichtslos gewordenes Volk eine moralische Forderung und eine Bedingung seiner Existenz. Es hat Anspruch auf die Hilfe der Geschichtswissenschaft, in deren doppelter Anstrengung: in der Antwort auf den Anruf der geschehenden Geschichte und in der Wahrung sowohl des wissenschaftlichen Traditionszusammenhanges als auch der geschichtlichen Tiefe menschlicher Existenz. Mit dem teilweisen Ausrinnen der Geschichte aus anderen Wissenschaften, mit dem Ende des Historismus und mit der Bannung der von ihm heraufbeschworenen relativistischen Gefahren fließt das Historische aller Lebens- und Wissensbereiche der Geschichte zu, und die Geschichtswissenschaft wird „unendlich viel interessanter“. In diesem Sinne heißt Kulturgeschichte nichts als Geschichte, in diesem Sinne auch könnte das bekannte Buch von Carlo Antoni: „Vom Historismus zur Soziologie“ auch heißen: „Vom Historismus zur Geschichte“; das im Unbewußten Verlorene muß im Bewußten gerettet werden, bevor es verloren bleibt. So könnte die traditionsarme Stunde unserer Geschichte eine große Zeit der Geschichtswissenschaft werden.

EDGAR R. ROSEN

## MUSSOLINI UND DEUTSCHLAND 1922–1923

### I

Eine einheitliche und geradlinige Auffassung über die von Italien einzuschlagende Deutschlandpolitik ist bei Mussolini in den Jahren vor der faschistischen Machtübernahme (1919–1922) nicht festzustellen. In erster Linie war Mussolinis Einstellung zu deutschen Fragen damals von seiner Interpretation der französisch-italienischen und englisch-italienischen Beziehungen bestimmt. Auch hier, wie in allen übrigen Fragen, zeigt sich ein ständiges Schwanken zwischen verschiedenen Lösungen und eine wesentlich opportunistische Grundhaltung.<sup>1</sup> Die kurze Zeit nach Kriegsende von Mussolini aufgestellte Forderung eines „lateinischen Blocks“

<sup>1</sup> Ennio Di Nolfo, *Mussolini antemarcia e la questione adriatica*, in: „Il Mulino“ (Bologna), Nr. 30, April 1954, S. 262 und 266. Luigi Salvatorelli, *Il Fascismo nella politica internazionale*, Modena 1946, S. 57 wendet sich dagegen, Mussolinis „national-imperialistische Außenpolitik“ vor dem Marsch auf Rom als reine Rhetorik oder einfache Demagogie anzusehen.

Frankreich–Italien<sup>2</sup> zur Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses entsprach seinem damaligen antideutschen Ressentiment, das in vehementer Form in seinen Leitartikeln im *Popolo d'Italia* vom Oktober 1918 bis zum Frühjahr 1919 zum Ausdruck kommt. So forderte er im Januar 1919, Deutschland auf fünfzig oder hundert Jahre aus der Gemeinschaft der Mächte auszuschließen.<sup>3</sup> Doch die in Italien um sich greifende nationalistische Enttäuschung über den Versailler Vertrag ließ Mussolini sehr bald im revisionistischen Lager auftauchen, u. a. sogar mit der Empfehlung, daß Italien das Recht Österreichs auf Anschluß an Deutschland unterstützen müsse.<sup>4</sup> Da der ursprüngliche „Sozialrevolutionär“ Mussolini immer stärker von seinen bisherigen Zielen abrückte und auf das außenpolitische Programm des italienischen Nationalismus und die Gegenrevolution einschwenkte,<sup>5</sup> blieb die antifranzösische Richtung in Mussolinis Äußerungen eine Zeitlang vorherrschend. Verkündete er Anfang 1921, daß der Faschismus eine Annäherung an Österreich, Deutschland, Ungarn, Bulgarien und die Türkei wünsche,<sup>6</sup> so wurde er im Januar 1922 zum Verteidiger der englischen Politik „europäischer Einheit auf dem Gebiet des europäischen Wiederaufbaus“.<sup>7</sup> Nur wenige Tage später kehrte er jedoch zu der früheren These zurück, daß „aus tausenderlei wirtschaftlichen, politischen und moralischen Gründen ein Zusammengehen mit Deutschland“ untragbar wäre.<sup>8</sup> Ende Januar 1922 war er bereits wieder bei der Verteidigung der französischen Deutschlandpolitik angelangt; denn wenn einmal, so schrieb er, der Versailler Vertrag zerbrochen sei, könne Frankreich nur noch auf seine Geschütze rechnen. Im Rahmen seiner Bemühungen, sich mehr und mehr zum außenpolitischen Fachmann heranzubilden,<sup>9</sup> unternahm Mussolini im Laufe des Jahres 1922 eine Reihe von Auslandsreisen, um sich mit den innen- und außenpolitischen Problemen der einzelnen europäischen Staaten vertraut zu machen. Eine dieser Reisen führte ihn im März 1922 nach Berlin,<sup>10</sup> wo er mit Reichskanzler Wirth und Reichsaußenminister Rathenau Besprechungen hatte. Ein Besuch bei dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in dessen Privatwohnung in der Tauentzienstraße verlief im Gegensatz zu den mehr offiziellen Gesprächen anscheinend nicht sehr positiv.<sup>11</sup> Es muß wohl als Fazit seiner in Berlin gesammelten Eindrücke angesehen werden, wenn Mussolini am 7. April im *Popolo d'Italia*<sup>12</sup> davor warnte, das Gesicht der Weimarer Republik als das wahre Gesicht Deutschlands zu akzeptieren, denn „die Republik ist Maske, der Pazifismus ist Maske . . . Wehe Frank-

<sup>2</sup> Vgl. hierzu *Popolo d'Italia*, 12. Febr. 1919.

<sup>3</sup> Ebenda, 9. Jan. 1919. Dazu im ganzen: Di Nolfo a.a.O., S. 268.

<sup>4</sup> *Popolo d'Italia*, 11. Mai 1919.

<sup>5</sup> Salvemini a.a.O., S. 39.

<sup>6</sup> Di Nolfo a.a.O., S. 270.

<sup>7</sup> Di Nolfo a.a.O., S. 271.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Di Nolfo a.a.O., S. 269f. gibt hierfür interessante Beispiele.

<sup>10</sup> Giorgio Pini, *Filo diretto con Palazzo Venezia*, Bologna 1950, S. 232–242.

<sup>11</sup> Pini a.a.O., S. 239–240.

<sup>12</sup> Di Nolfo a.a.O., S. 271.

reich, wenn die Deutschen morgen einen neuen Krieg beginnen und gewinnen könnten.“ Eine dem französischen Standpunkt zuneigende, betont antideutsche Haltung Mussolinis kristallisierte sich also ein halbes Jahr vor dem Marsch auf Rom als eines der wenigen relativ „konstanten“ Elemente im außenpolitischen Programm des Führers des Faschismus heraus.<sup>13</sup>

## II

Am 1. November 1922, dem zweiten Tage der Ära Mussolini, erging ein dringendes Rundtelegramm des neuen Ministerpräsidenten und Außenministers an die italienischen diplomatischen Vertretungen mit dem Ersuchen, umgehend in gedrängter Form über den Wiederhall der Ereignisse in Rom in den politischen, diplomatischen und finanziellen Kreisen sowie der Presse der betreffenden Länder zu berichten.<sup>14</sup>

Am nächsten Tage telegraphierte der italienische Botschafter in Berlin, Senator Alfredo Frassati, Informationen, die vornehmlich in Bezug auf deutsche Innenpolitik über den Rahmen der von Mussolini erbetenen Mitteilungen hinausgingen.<sup>15</sup> Die pointierte Berichterstattung des Botschafters war offensichtlich das Ergebnis sorgfältiger Überlegungen. Er hatte Mussolini während dessen Berliner Aufenthalt im März empfangen,<sup>16</sup> und vielleicht mit auf Grund seiner damaligen Eindrücke wies er jetzt am Schluß seines Berichts darauf hin, daß nur die nationalistischen Kreise in Deutschland die Machtergreifung des Faschismus begrüßten. Er fügte jedoch hinzu: „Aber die italienische Regierung wird gewiß nicht den Fehler begehen, Außenpolitik mit Innenpolitik zu verwechseln.“ In seiner Darstellung der offenkundigen Begeisterung der deutschen Rechten über die Ereignisse in Rom und deren Überzeugung, daß Deutschland dem italienischen Beispiel folgen sollte, hatte Frassati erwähnt, daß diese Ansicht vor allem in Bayern vertreten würde.<sup>17</sup> Hier, so fuhr er fort, sei vor einigen Tagen die politische Unruhe so ernst und

<sup>13</sup> Beispiele anglophober Äußerungen Mussolinis aus der Zeit vor dem Marsch auf Rom finden sich bei Luigi Salvatorelli e Giovanni Mira, *Storia del Fascismo*, Roma 1952, S. 176.

<sup>14</sup> Ministero degli Affari Esteri, Commissione per la pubblicazione dei Documenti Diplomatici, *I Documenti Diplomatici Italiani, Settima Serie: 1922–1935, Volume I (31 ottobre 1922 – 26 aprile 1923)*, Roma 1953 (künftig zitiert: „Min.“), S. 9 (Nr. 19).

<sup>15</sup> Min., S. 12 (Nr. 24). Frassati, der Verleger der Turiner „Stampa“ und Vertraute Giolittis, des langjährigen liberalen Ministerpräsidenten und maßgebenden italienischen Politikers während der beiden ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts, war bereits einen Tag vorher von seinem Posten zurückgetreten (Min., S. 6, Nr. 14). Sein Rücktritt wurde von Mussolini am 4. November 1922 angenommen mit der Bitte, die Geschäfte der Berliner Botschaft noch einige Zeit weiterzuführen (Min., S. 31). Zu Frassatis Übernahme des Botschafterpostens in Berlin vgl. Alfredo Frassati, *Ricordi d'Ambasciata*, in: *La Nuova Stampa*, Torino, vom 23. 6. 1954, S. 3.

<sup>16</sup> Pini a.a.O., S. 241.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu Erich Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 1, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1954, S. 307; Allan Bullock, *Hitler, A Study in Tyranny*, London 1952, S. 78 (Deutsche Ausgabe, Düsseldorf 1953, S. 84).

intensiv gewesen, daß ein Handstreich der äußersten Rechten gegen die Reichsregierung durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen habe.<sup>18</sup> Diese, die Politik der linksgerichteten Berliner Regierung mißbilligenden Kreise schreckten nicht einmal vor einer Trennung vom Reiche zurück, wenn es ihnen dabei gelänge, ihr innenpolitisches Programm zu verwirklichen. Ihr Ziel sei eine sofortige Annexion des österreichischen Tirol in der Absicht, später ganz Österreich mit Bayern unter dem Hause Wittelsbach zu vereinigen.<sup>19</sup>

Frassatis Bericht mit dem darin enthaltenen Hinweis, daß die politische Unruhe in Bayern andauere, wurde in Rom offenbar mit erheblichem Interesse gelesen. Mussolini, der sich schon seit Ende 1921 in ständig wachsendem Maße mit deutschen Ereignissen befaßt hatte,<sup>20</sup> verlangte nämlich am 4. November von dem italienischen Generalkonsul in München, Giovanni Cesare Majoni, eine sofortige ausführliche Berichterstattung über die Lage in Bayern und die Möglichkeit von Aktionen der dortigen rechtsradikalen Elemente,<sup>21</sup> von denen er offenbar Rückwirkungen auf Südtirol besorgte. Majonis Bericht vom 6. November 1922 ist jedoch

<sup>18</sup> Frassati nahm hier offenbar auf Ereignisse Bezug, die kurz danach – am 8. November 1922 – zum Rücktritt des gemäßigten bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld und zur Übernahme des Ministerpräsidiums durch den früheren Staatsminister von Knilling führen sollten. Vgl. Carl Landauer, *The Bavarian Problem in the Weimar Republic*, *Journal of Modern History* (Chicago), Vol. XVI, 1944, S. 209, der schreibt, daß die Bayerische Volkspartei dabei hauptsächlich aus Furcht vor den nationalen Wehrverbänden Bayerns gehandelt habe. Vgl. auch Konrad Heiden, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Berlin 1952, S. 104ff. und S. 117f. über die Unterredung des bayerischen Innenministers Schweyer mit Hitler im November 1922. (Darüber Hitler selbst, der die Tatsache seines Empfangs durch Schweyer Mussolinis erfolgreichem Marsch auf Rom zuschreibt: *Hitlers Tischgespräche*, hrsg. v. H. Picker, Bonn 1951, S. 41.) Sonst aber haben die von Frassati erwähnten Ereignisse in der historischen und Memoirenliteratur keine direkte Spur hinterlassen.

<sup>19</sup> Vgl. Walter H. Kaufmann, *Monarchism in the Weimar Republic*, New York 1953, S. 104. Obwohl die sich mit der Epoche der Weimarer Republik befassende Literatur neuerdings der bayerischen Frage in stärkerem Maße Aufmerksamkeit geschenkt hat (Werner Gabriel Zimmermann, *Bayern und das Reich 1918–1923*, München 1953; Karl Schwend, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur*, München 1954; Heinz Gollwitzer „Bayern 1918–1953“ in dieser *Zeitschrift* 3 (1955), S. 365–387), so ist doch über die wesentlichen Aspekte des bayerischen Separatismus in den Jahren von 1919 bis 1923 kaum etwas Neues gesagt worden. Besonders das Endziel der bayerischen Separatisten wird gewöhnlich in wenigen allgemeinen Worten geschildert. Als Beispiel hierfür mag S. William Halperin, *Germany tried Democracy*, New York 1946, S. 191 dienen. Alan Bullock a.a.O., S. 55 ist erheblich präziser, wenn er von dem separatistischen Programm eines radikalen Bruchs mit Norddeutschland zugunsten einer katholisch-süddeutschen Union mit Österreich spricht. Vgl. nunmehr das in diesem Aufsatz verwertete italienische Dokument.

<sup>20</sup> Pini a.a.O., S. 232. Elisabeth Wiskemann, *The Rome–Berlin Axis*, New York u. London 1949, erwähnt nichts von diesem Interesse des Führers des Faschismus an den bayerischen Vorgängen. Das gleiche trifft auf Mario Donosti, *Mussolini e l'Europa*, Roma 1945, zu. Dagegen vermerkt Paul Herre, *Die Südtiroler Frage*, München 1927, daß die „völkische“ Bewegung in Bayern Rom in den Zustand großer Nervosität versetzt habe, weil man von ihr gefährliche Rückwirkungen auf Südtirol befürchtet habe.

<sup>21</sup> *Min.*, S. 30 (Nr. 65).

nicht in die italienische Aktenpublikation aufgenommen worden.<sup>22</sup> Statt dessen findet sich dort ein vom 17. November 1922 datierter, an Mussolini gerichteter persönlicher Brief des damaligen italienischen Delegierten bei der Interalliierten Rheinlandkommission, Adolfo Tedaldi, der sich ausführlich mit den Zielen des bayerischen Separatismus befaßt.<sup>23</sup> Es geht aus Tedaldis Bericht hervor, daß dies nicht sein erster Brief nach Rom über bayerische Angelegenheiten war.<sup>24</sup>

Die Fühlungnahme Tedaldis erstreckte sich auf Münchener separatistische Kreise, Mitglieder der bayerischen Staatsregierung, Kardinal Faulhaber, sowie Adolf Hitler. Die Vorsicht, mit welcher der italienische Emissär zu Werke ging,<sup>25</sup> geht daraus hervor, daß er das ihm gemachte Angebot eines Zusammentreffens mit Kronprinz Rupprecht ablehnte. Die Aussprache mit Kardinal Faulhaber im Hause des politisch sehr aktiven früheren Reichsrats der Krone Bayern, Freiherrn von Cramer-Klett,<sup>26</sup> wurde als ein zufälliges Zusammentreffen getarnt. Bei diesen und anderen Gelegenheiten spielte offenbar die Vermittlung des dem bayerischen Adel angehörenden kaiserlichen Gesandten a. D. Graf Leyden eine wesentliche Rolle.<sup>27</sup> In dessen Hause machte Tedaldi auch die Bekanntschaft des bayerischen Landwirt-

<sup>22</sup> Ebenda, Anmerkung 4.

<sup>23</sup> Min., S. 78ff. – Walter Werner Pese, *Hitler und Italien 1920–1926*, in dieser Zeitschrift 3 (1955) S. 121, Note 21, erwähnt Tedaldi als „Presseattaché beim interalliierten Büro in Bad Ems“. Es scheint, daß Mussolinis Wunsch nach weiteren Informationen über den bayerischen Rechtsradikalismus auch seinen damals nachweisbaren ersten Kontakten mit einem nationalsozialistischen Agenten zuzuschreiben ist. Vgl. hierzu Pese a.a.O., S. 117–118, der sich auf Grund der Erinnerungen von Kurt Luedecke, *I knew Hitler*, New York 1937, ausführlich mit dieser Frage beschäftigt. Luedeckes Mailänder Interview mit Mussolini im September 1922 – einen Monat vor dem Marsch auf Rom – wird von Pese offensichtlich zutreffend interpretiert.

<sup>24</sup> Angesichts des Fehlens jeglicher Erläuterungen des Herausgebers muß es offen bleiben, ob Tedaldi erst nach dem Eintreffen von Majonis Bericht als unauffälliger Verbindungsmann damit beauftragt wurde, führende Persönlichkeiten des bayerischen öffentlichen Lebens über die politischen und wirtschaftlichen Ziele des dortigen Separatismus zu befragen. Auffallend ist der abrupte Beginn von Tedaldis Brief, der zumindest die Vermutung nahelegt, daß die ersten Sätze des Briefes in der im Druck vorliegenden Fassung gestrichen worden sind.

<sup>25</sup> Er selbst schreibt (Min., S. 79), daß er sich bemüht habe, allen Zusammenkünften einen rein privaten (assolutamente personale) Charakter zu geben.

<sup>26</sup> Es handelt sich wohl um den früheren Attaché bei der bayerischen Gesandtschaft in Rom. Vgl. Ministero degli Affari Esteri . . . I Documenti Diplomatici Italiani, Terza Serie: 1896–1907, Volume I (10 marzo 1896 – 30 aprile 1897), Roma 1953, S. 327.

<sup>27</sup> Tedaldi schreibt zu Anfang seines Briefes, daß er von Leyden bereits in einem anderen Bericht gesprochen habe. Dieser Umstand ist deshalb von Bedeutung, weil er Mussolinis Interesse an den bayerischen Vorgängen nicht nur als ein ausschließlich persönliches dokumentiert. Anscheinend hatte das italienische Außenministerium und dessen leitender Beamter, Generalsekretär Salvatore Contarini, schon zu einem früheren Zeitpunkt die Vorgänge in Bayern aufmerksam verfolgt. Über Contarini vgl. die wichtige Darstellung von Ruggero Moscati, *La politica estera del Fascismo (L'Esordio del primo ministero Mussolini)* in *Studi Politici*, Firenze, Anno II, Nr. 3–4, S. 400–409, sowie Raffaele Guariglia, *Ricordi*, Napoli 1950, S. 12–14.



schaftsministers Wutzlhofer,<sup>28</sup> eines „bayerischen Kleinbürgers“, der in einem dreistündigen Gespräch namentlich die wirtschaftlichen Probleme eines unabhängigen Bayern erörterte. In rein politischen Fragen zeigte sich Wutzlhofer in Anbetracht seiner offiziellen Stellung erheblich reservierter als die meisten anderen von Tedaldi befragten Politiker, obgleich auch er eine Trennung Bayerns vom Reich, zwar nicht als unmittelbar bevorstehend, jedoch im Falle der Errichtung eines „kommunistischen Regimes in Nord- oder Mitteledeutschland“<sup>29</sup> für unabwendbar hielt.

Erheblich weiter in seinen Formulierungen ging der um die „Münchener Zeitung“ gescharte Kreis, dessen Mitglieder Tedaldi unrichtig als „Führer der Bayerischen Volkspartei“ bezeichnete. Es handelte sich hier um eine radikal separatistisch eingestellte Gruppe, welche die Trennung Bayerns vom Reich nicht nur als unausweichlich ansah, sondern sie mehr oder weniger herbeiwünschte.<sup>30</sup> Damit sollte dann die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern Hand in Hand gehen, jedoch in einem um das österreichische Tirol, Salzburg und Vorarlberg vergrößerten Bayern. Sollte sich eine solche Annexion als undurchführbar erweisen, so sahen die Pläne der Gruppe angeblich einen aus den genannten österreichischen Gebieten bestehenden unabhängigen Tiroler Pufferstaat vor, der mit Italien und Bayern durch ein Wirtschaftsabkommen verbunden und dessen militärische Neutralität garantiert sein würde. Ein Tiroler Pufferstaat, so wurde Tedaldi gesagt, liege durchaus im Bereich der Möglichkeit, da es dort eine der bayerischen separatistischen Bewegung ähnliche „Los von Wien“-Bewegung gebe, die auf die Errichtung eines solchen Staates hinarbeite.<sup>31</sup> Die Frage eines Tiroler Pufferstaates tauchte während Tedaldis Münchener Aufenthalt auch in der bayerischen Presse auf. Sowohl die Münchener Zeitung wie die Bayerische Staatszeitung gaben Berichte Wiener und Innsbrucker Zeitungen über einen Artikel wieder, der kurz vorher in Mussolinis Parteiblatt „Popolo d'Italia“ erschienen war und die Schaffung eines Tiroler Staates behandelte. Tedaldi wies besonders darauf hin, daß die beiden Zeitungen sich jedes kritischen Kommentars, auch gegenüber dem vielberufenen „italienischen Imperialismus“ enthalten hätten, daß vielmehr die „Münchener Zeitung“ nur hinzugefügt habe, es sei angesichts der Energie Mussolinis recht wahrscheinlich, daß er einen solchen Plan verfolge.<sup>32</sup> Auf die Absichten der Gruppe „Münchener

<sup>28</sup> Über Wutzlhofer im allgemeinen Schwend a. a. O., S. 154 und 185; über denselben zur Zeit des Hitlerputsches vom November 1923: Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 275 und Schwend a. a. O., S. 245.

<sup>29</sup> Min., S. 78.

<sup>30</sup> Tedaldi schreibt: „Ich habe den Eindruck erhalten, daß bei diesen Elementen ein seltsamer Widerspruch besteht. Tatsächlich sind sie einerseits zweifellos alldeutsch, andererseits radikal separatistisch . . . Ich glaube, dies so erklären zu können, daß sie vor allem Monarchisten und Antisemiten sind, während das augenblickliche Regime im Reich philosemitisch ist und zum Unitarismus neigt.“ (Min., S. 79.)

<sup>31</sup> Min., S. 79 und 81.

<sup>32</sup> Bereits am 16. November 1922 hatte Mussolini ein Telegramm folgenden Inhalts an den italienischen Gesandten in Wien, Luca Orsini Baroni, gesandt (Min., S. 73): „Popolo

Zeitung“ zurückkommend, betonte Tedaldi, daß dieser Kreis vor allem an einer gemeinsamen Grenze mit Italien interessiert sei.

Ähnlich äußerten sich Kardinal Faulhaber und „dessen Freunde“ (wahrscheinlich Freiherr von Cramer-Klett und Graf Leyden). Auch ihnen schwebte als erstrebenswertes Ziel eine gemeinsame Grenze mit Italien vor, der man durch die Errichtung eines unabhängigen Tiroler Staates näherkommen wollte. Im Gegensatz zu der Gruppe „Münchener Zeitung“ aber erklärte sich Kardinal Faulhaber grundsätzlich gegen eine Trennung Bayerns vom Reich, wenn er und seine Freunde auch davon sprachen, daß ein solcher Schritt binnen kurzer Zeit „eine bittere Notwendigkeit“ werden würde, der sich Bayern nicht entziehen könnte, um nicht völlig unterzugehen.<sup>33</sup>

In allen von Tedaldi geführten Gesprächen wurde die Südtiroler Frage und die dortige italienische Politik mit besonderer Aufmerksamkeit erörtert. Kardinal Faulhabers Kreis sah dieses Problem angeblich als ein inner-italienisches an, in der Hoffnung, daß Italien, „seinen freiheitlichen Traditionen getreu“, das deutsche Sprachgut dort unangetastet lassen werde. Von der Gruppe „Münchener Zeitung“ schrieb der italienische Beobachter, daß diese für Italien am gefährlichsten sei. Einige ihrer Mitglieder machten offenbar Vorbehalte in bezug auf Südtirol, wenn sie dies auch nicht deutlich zu erkennen gegeben hätten. Auf jeden Fall würden diese Kreise sich glücklich preisen, wenn sie die Südtiroler Frage wieder aufrollen könnten, sei es auch nur zum Zwecke eines politischen Handelns.

Einen wesentlich anderen Eindruck hatte Tedaldi von Adolf Hitler, dem „Führer der Faschisten“, einem „jungen Mann, in Temperament, Stimme und Geste mehr lateinisch als deutsch“.<sup>34</sup> In einem vor dem Kreise der „Münchener Zeitung“ gehaltenen Vortrag, dem Tedaldi beiwohnte, erklärte Hitler, daß auch er an ein Verbleiben Bayern im Reiche nicht glaube. Eine Trennung sei unvermeidlich.<sup>35</sup> Aber er setzte, wohl vor allem für das Ohr des italienischen Gastes bestimmt, hinzu: „Aus der augenblicklichen Lage können wir uns nur mit Unterstützung einer

d'Italia veröffentlicht weiteren Artikel über österreichisches Problem für Italien. Ich erkläre nochmals, daß Zeitung absolut nicht offiziös und bedauere den Artikel, der Ansichten der italienischen Regierung nicht entspricht. Erklärungen in diesem Sinne sind österreichischem Gesandten in Rom, der rein persönlich die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf besagten Artikel gelenkt hatte, gemacht worden.“ Der Ausdruck „nochmals“ bezieht sich hier auf ein früheres Telegramm Mussolinis an Orsini Baroni vom 4. November 1922 (Min., S. 29) in dem es u. a. hieß: „Ich bitte . . . dem Bundeskanzler zu versichern, daß es meine feste Absicht ist, die politische Unabhängigkeit, territoriale Unverletzbarkeit und Souveränität Österreichs zu respektieren und respektiert zu wünschen . . .“

<sup>33</sup> Min., S. 79.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Zu Hitlers Haltung und Taktik in diesen Fragen zwischen November 1922 und November 1923 vgl. Bullock a.a.O., S. 78 f. (Deutsche Ausgabe, Düsseldorf 1953, S. 84 f.), demzufolge Hitler stets die Einheit des Reiches aufrechterhalten wollte. Möglicherweise handelte es sich auch bei den von Tedaldi zitierten Sätzen um einen Versuch, die Sympathien des Kreises der Münchener Zeitung durch unverbindliche pro-separatistische Erklärungen für sich zu gewinnen.

Großmacht befreien, und aus tausend Gründen ist Italien dafür die geeignetste. Doch gegenüber einem Italien, das uns zu helfen bereit ist, haben wir heute und in Zukunft die Pflicht absoluter Loyalität. Wir dürfen nicht aus einem, sei es noch so menschlichen, Gefühl der Brüderlichkeit gegenüber 200 000 gut behandelten Deutschen vergessen, daß es anderswo Millionen wirklich unterdrückter Deutscher gibt, und daß vor allem anderen die Existenz Bayerns auf dem Spiele steht. Wir müssen Italien offen und aufrichtig erklären, daß für uns die Südtiroler Frage nicht existiert und niemals existieren wird, und wir müssen diese Erklärungen loyal aufrechterhalten und sie durch die Tatsachen als wahr beweisen.“<sup>36</sup> Es kann daher nicht wunder nehmen – und ist angesichts späterer Entwicklungen von besonderem Interesse –, daß Tedaldi an Mussolini schrieb, seines Erachtens könne Italien vornehmlich auf Hitlers Faschisten rechnen, um die Frage Südtirols endgültig und ohne Spannungen zu bereinigen. Er fügte auch hinzu, daß Hitler, wenn möglich, direkten Kontakt mit den italienischen Faschisten wünsche, um von diesen Richtlinien und Hinweise bezüglich anzuwendender Methoden zu erhalten.

Aus seinen Münchener Unterhaltungen zog Tedaldi die Schlußfolgerung, daß eine Loslösung Bayerns aus dem deutschen Staatsverband, die er als recht wahrscheinlich ansah, Italien wesentliche politische Vorteile bringen könnte. Nicht nur wäre es für Italien wichtig zu verhüten, daß eine solche Trennung sich unter der Kontrolle einer anderen europäischen Macht vollzöge, sondern Italien könnte durch eine Trennung Bayerns vom Reich auch die Südtiroler Frage endgültig lösen und außerdem eine italienische Vorherrschaft in Süddeutschland und Österreich errichten. Außerdem wäre damit die Möglichkeit gegeben, die Jugoslawien von der Tschechoslowakei trennende Schranke zu verstärken und so die Bildung eines anti-italienischen Blocks zu verhindern.

Die von Tedaldi befragten Münchener separatistischen Kreise, die übrigens auch beabsichtigten, die Aufnahme eines souveränen Bayern in den Völkerbund zu beantragen, waren angeblich überzeugt, daß im Falle einer Loslösung die „preußische Reichswehr“<sup>37</sup> nicht gegen Bayern marschieren würde. Sie waren freilich ebenso sicher, daß von Berlin aus der Versuch gemacht werden würde, Bayern durch wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen zum Einlenken zu zwingen. Dies müsse Bayern während der Wintermonate in eine schwere wirtschaftliche Krise stürzen. Wenn auch seit längerer Zeit im Hinblick auf solche Ereignisse Lebensmittel eingelagert würden, so könnten diese Vorräte doch nicht als ausreichend angesehen werden. Besonders zu einer Zeit, wo die bayerische Bevölkerung „preußischem Druck“ ausgesetzt sein würde, dürfte man von ihr nicht zu große wirtschaftliche Opfer verlangen. Aus diesem Grunde standen wirtschaftliche Erörterungen bei Tedaldis Münchener Besprechungen mit an erster Stelle. In bezug auf Sofortmaßnahmen im Falle einer Trennung Bayerns vom Reich schlugen die

<sup>36</sup> Min., S. 80. Vgl. bereits Pese a.a.O., S. 121, Note 21 auf Grund von P. Herre a.a.O., S. 300 und Wiskemann a.a.O., S. 23–24, deren Ausführungen durch die hier zitierte Hitlerische Erklärung gestützt werden.

<sup>37</sup> Tedaldi (Min., S. 82) schreibt irrtümlich „Landwehr“.

separatistischen Vertreter die Bereitstellung einiger italienischer Güterzüge mit Lebensmitteln und italienische Unterstützung bei der Lösung der besonders ersten Kohlenfrage vor.<sup>38</sup> Das damit auftauchende finanzielle Problem sollte durch eine Finanzreform und Schaffung einer neuen, auf wirklichen Garantien aufgebauten Währung gelöst werden. In der Übergangsperiode würde Bayern einen kurzfristigen Kredit benötigen.

Ein anderes Tedaldi gegenüber erwähntes Problem betraf die Frage der bayerischen Eisenbahnen. Dem italienischen Beobachter wurde zu verstehen gegeben, daß das Reich zwar die einzelstaatlichen Eisenbahnen übernommen, aber noch nicht einmal die erste Rate des Kaufpreises an Bayern gezahlt habe. Dieses Verhalten gebe Bayern das Recht, seine Bahnen wieder in eigene Verwaltung zu nehmen. Tedaldi wollte aus diesen Ausführungen schließen, daß die Frage der Eisenbahnen für die Trennung vom Reich sehr wohl den Anlaß bilden könnte.

Durch alle von Tedaldi geführten Gespräche zog sich auf bayerischer Seite das Thema einer gemeinsamen Grenze mit Italien hindurch. Bayern habe ein dringendes Interesse daran, die Beziehungen zu Italien auszubauen. Landwirtschaftsminister Wutzlhofer unterstrich die Bedeutung einer bayerischen Benutzung der italienischen Adriaufhäfen Venedig und Triest an Stelle von Hamburg und Bremen. Es wurde darauf hingewiesen, daß zumindest für Bayern die Donau für den Transport der benötigten Waren nicht geeignet sei, besonders wegen der durch die große Zahl der Donaustaaten verursachten hohen Kosten und sonstigen Schwierigkeiten. Auch die Rheinschiffahrt wäre zu kostspielig und unbequem.<sup>39</sup> Venedig und Triest seien daher die natürlichen Häfen Bayerns, so schrieb Tedaldi und empfahl zur Gewinnung des bayerischen Warenverkehrs die Gewährung von Erleichterungen in den Häfen und auf den Eisenbahnen Italiens, eine Anregung, die ihm offensichtlich von bayerischer Seite, namentlich in Anbetracht der damals außerordentlich hohen österreichischen Durchgangszölle, nahegelegt worden war. Nicht nur würde damit, so führte er weiter aus, Venedig und Triest der Verkehr ihres natürlichen Hinterlandes gesichert, sondern man dürfe auch nicht außer acht lassen, daß Süddeutschland der natürliche Markt für viele landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse Italiens sei. Dieses habe daher ein wesentliches Interesse daran, daß jener Handelsweg, der sich einstmals, der Längsachse Italiens folgend, durch ganz Europa hindurchzog, wiederhergestellt würde.

Tedaldi hatte sich erboten, zum Zwecke noch eingehenderer Berichterstattung über separatistische Tendenzen und Ziele in Bayern nach Rom zu kommen. Aus den publizierten italienischen Akten geht jedoch nicht hervor, ob Mussolini hieran interessiert gewesen ist. Das Fehlen jeglichen Hinweises läßt vermuten, daß die Frage nicht weiter verfolgt wurde.<sup>40</sup> Vor allem aber zogen in den letzten Wochen

<sup>38</sup> Der Leiter des Staatlichen Bayerischen Kohlenamtes nahm an Tedaldis Besprechungen mit der Gruppe Münchener Zeitung teil (Min., S. 79).

<sup>39</sup> Min., S. 78 und 80.

<sup>40</sup> Ein aktives Interesse Mussolinis an den Münchener Plänen, die die Errichtung eines unabhängigen Tiroler Pufferstaates oder eine Verbindung mit österreichischen Gebieten vor-

des Jahres 1922 über dem Ruhrgebiet schon die Wolken des internationalen Unwetters herauf, das wenig später in Form des französisch-belgischen Einmarsches zur Entladung kommen sollte.

### III

Als am 11. Januar 1923 fünf französische und zwei belgische Divisionen als „Zwangsvollzugsorgane“<sup>41</sup> das Ruhrgebiet besetzten, wurde die alliierte Kommission von zwei italienischen Ingenieuren begleitet.<sup>42</sup> Die italienische Regierung folgte damit einer französischen Aufforderung.<sup>43</sup> Diese Bekundung italienisch-französischer Solidarität wurde in Berlin mit Enttäuschung aufgenommen, da man dort bis zuletzt auf eine gegen Frankreich gerichtete anglo-italienische diplomatische Front oder zumindest auf italienische Neutralität in der Ruhrkrise gehofft hatte.<sup>44</sup> Auch in Italien selbst stand die öffentliche Meinung den Geschehnissen in Westdeutschland äußerst beunruhigt und ablehnend gegenüber.<sup>45</sup> Bei der Abhängigkeit eines großen Teiles der italienischen Wirtschaft vom deutschen Markt konnte ein weiterer wirtschaftlicher Niedergang Deutschlands den Industrie- und Handelskreisen Italiens nicht gleichgültig sein. Der Anfang Januar 1923 gefaßte Entschluß Mussolinis, Frankreich bei der Ruhrbesetzung zu unterstützen, schien damals, von außen gesehen, kaum verständlich.<sup>46</sup> So hat man vor der faschistischen

sahen, konnte schon angesichts seiner ausdrücklichen Erklärungen im Sinne territorialer Integrität Österreichs wohl kaum gegeben sein. Ein Echo der bayerischen Informationen erscheint in einer Besprechung, die Mussolini am 2. Januar 1924 mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Rom, Vlastimil Kybal, führte (Vlastimil Kybal, *Czechoslovakia and Italy: My negotiations with Mussolini 1922–1924*, in: *Journal of Central European Affairs*, Vol. XIV, Nr. 11, April 1954, S. 67) und bei der er Kybal plötzlich fragte, wie sich die Tschechoslowakei im Falle einer Rückkehr der Wittelsbacher verhalten würde. – Salvemini a.a.O., S. 60, zitiert die Ausgabe vom 29. November 1922 der Luzerner katholischen Tageszeitung „Vaterland“, woraus hervorgeht, daß trotz aller Vorsicht einige – wenn auch anscheinend ungenaue – Einzelheiten über Tedaldis Besprechungen in München bekannt geworden sind. Salvemini verweist auch auf die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 4. Dezember 1922, welche die schweizerischen Informationen bestätigte.

<sup>41</sup> Salvatorelli e Mira a.a.O., S. 181.

<sup>42</sup> Moscatis a.a.O., S. 423; Min., S. 226, Nr. 334 (Telegr. Mussolinis an den ital. Botschafter in Berlin).

<sup>43</sup> Min., S. 218, Nr. 323 (Telegr. Mussolinis an den ital. Botschafter in Paris).

<sup>44</sup> Min., S. 194f. u. 209. Dagegen hatte bereits am 18. Dezember 1922 Reichsfinanzminister Hermes zu Botschafter Frassati die Befürchtung geäußert, daß Italien sich einer wirtschaftlichen Besitzergreifung der Ruhr durch Frankreich anschließen werde (Min., S. 161). Die italienische Aktion hatte auch eine Abwanderung deutschen Kapitals aus Italien nach der Schweiz zur Folge (Min., S. 226), die aber anscheinend durch italienische Intervention in Berlin zum Stillstand gebracht wurde (Min., S. 235).

<sup>45</sup> Min., S. 163 u. 230.

<sup>46</sup> Noch vor wenigen Jahren kam der italienische Historiker Salvemini in seiner Analyse der damaligen italienischen Politik zu dem gleichen Ergebnis. Erst die auf den Akten des italienischen Außenministeriums beruhende Darstellung Moscatis hat hier die Grundlagen für eine andere Auffassung geschaffen.

Machtübernahme und während des Ruhrkampfes die pro-französische Haltung Mussolinis, wie sie namentlich seit der Konferenz von Cannes in Erscheinung getreten war, mit seiner – kaum zweifelhaften – Annahme französischer Gelder im Jahre 1914 in Verbindung gebracht.<sup>47</sup> Beweise für eine solche Transaktion liegen jedoch nicht vor. Ebenso wenig hat sich eine Einflußnahme des französischen Botschafters in Rom, Camille Barrère,<sup>48</sup> zugunsten des Faschismus vor dem Marsch auf Rom und insofern eine Verpflichtung Mussolinis gegenüber Frankreich nachweisen lassen. So blieben bis zur Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente Italiens alle Erwägungen darüber, was Mussolini bewegen haben könnte, die französische Ruhrpolitik zu unterstützen,<sup>49</sup> reine Konjekturen.

Tatsächlich ergab jedoch die diplomatische Konstellation im Spätherbst 1922 manche Gründe, die es der italienischen Außenpolitik geraten erscheinen lassen mußten, Frankreich an der Ruhr Gefolgschaft zu leisten. Italien hatte sich schon vor der Konferenz von Lausanne, die nach Mussolinis Betrauung mit der Regierungsbildung im November 1922 zusammentrat, einer englisch-französischen Front gegenübergesehen,<sup>50</sup> die seine eigenen Ansprüche im Vorderen Orient bekämpfte. Daß der militärische Triumph der nationalrevolutionären Türkei den türkischen Friedensvertrag wie die von den drei Alliierten untereinander getroffenen wirtschaftlichen Abmachungen gegenstandslos machte, schien der italienischen Diplomatie Gelegenheit zu bieten, die allgemeinen Fragen „der englisch-italienischen Beziehungen und der italienischen Expansion im Mittleren Osten, sowie einer eventuellen italienischen Beteiligung an den Mandaten“<sup>51</sup> erneut aufzurollen. Dieses Streben begegnete jedoch dem festen Willen Englands, die Konferenz von Lausanne allein auf den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen einem geschlossen auftretenden englisch-französisch-italienischen Block und der Türkei zu beschränken. Weder das persönliche Erscheinen Mussolinis in Lausanne noch die seltsamen, das italienische Prestige rein äußerlich fördernden Umstände seines ersten Zusammentreffens mit Poincaré und dem britischen Außenminister Lord Curzon in Territet vor Beginn der Konferenz konnten diese Ausgangslage irgendwie ändern.<sup>52</sup> Ein Versuch, die Interessen Englands, Frankreichs, der Türkei und Sowjetrußlands, sowie der Balkanstaaten in Lausanne gegeneinander auszuspielen, blieb erfolglos. Frankreich insbesondere, das seine nahöstlichen Belange gesichert glaubte und vor allem seine mitteleuropäische Machtposition im Auge hatte, war nicht abgeneigt, der englischen Diplomatie bei ihrem Streben nach Wiederherstellung des Gleichgewichts im Vorderen Orient innerhalb bestimmter Grenzen freie Hand zu lassen.<sup>53</sup>

<sup>47</sup> Salvemini a.a.O., S. 40.

<sup>48</sup> Salvatorelli e Mira a.a.O., S. 176 u. 178.

<sup>49</sup> Salvatorelli e Mira a.a.O., S. 180.

<sup>50</sup> Vgl. Moscatti a.a.O., S. 409–418.

<sup>51</sup> Moscatti a.a.O., S. 409; Guariglia a.a.O., S. 19–23; Maurice Baumont, *La Faillite de la Paix* (1918–1939), *Peuples et Civilisations*, Vol. 20, Paris 1946 (2e édition), S. 175–181.

<sup>52</sup> Salvemini a.a.O., S. 46–48; Moscatti a.a.O., S. 411 f.; Salvatorelli e Mira a.a.O., S. 179 f.

<sup>53</sup> Moscatti a.a.O., S. 409 f.

Italien hatte jedoch, wie Senator Contarini während eines kurzen Informationsbesuchs in Lausanne mit sicherem Blick erkannte,<sup>54</sup> eine Möglichkeit, die englisch-französische Front aufzulockern. Wurde die für seine nahöstlichen Ziele so ungünstige Lage in Lausanne offenbar weitgehend durch die negative Haltung der französischen Vertreter bestimmt, so schien es Contarini doch nicht minder deutlich, daß diese sich ihre letzte Entscheidung vorbehalten wollten, bis die endgültige Stellungnahme Italiens in der Reparationsfrage erkennbar würde. Der Senator erhoffte daher in dem nun seinem Höhepunkt zutreibenden Konflikt von einer Ausnutzung des englisch-französischen Gegensatzes erhebliche Vorteile für Italien. Dieselbe Grundtendenz lassen die gleichzeitigen Berichte des neuernannten italienischen Botschafters in Paris, Baron Romano Avezzana, erkennen<sup>55</sup> und damit zugleich die Schlüsselstellung, die Romano Avezzana bei der Konzipierung der italienischen Ruhrpolitik zugefallen sein dürfte. Als erfahrener Diplomat von hoher Intelligenz und beträchtlichem internationalen Ansehen suchte Romano Avezzana Italien mit Frankreich zur Durchführung eines „europäischen Programms“ zu verbinden. Nur so, meinte er am 30. November 1922, könnten England, die Vereinigten Staaten und Deutschland gezwungen werden, ohne weitere Verzögerung in eine gerechte und endgültige Lösung des Reparations- und Schuldenproblems zu willigen. Voraussetzung für die Verwirklichung dieses europäischen Programms wäre aber eine eiserne Entschlossenheit Italiens, auch vor französischen Sanktionen gegen Deutschland keine Scheu zu zeigen. Eine solche Festigkeit der italienischen Haltung, für welche Frankreich einen Preis in Form von wirtschaftlichen Abmachungen über Europa wie die Kolonialgebiete entrichten müßte,<sup>56</sup> wäre im übrigen vielleicht der einzige Weg, Frankreich von einer Besetzung des Ruhrgebiets abzuhalten. Durch eine geschlossene französisch-italienische Front hoffte Romano Avezzana auch England zu denjenigen Konzessionen zu bringen, die eine allgemein annehmbare Lösung erforderte. Er wollte London zu der Einsicht bringen, daß England mit seiner bisherigen Einstellung zu Italien in eine gefährliche diplomatische Isolierung hineintreibe. Italiens zentrale Lage im Mittelmeer dürfte es England dann ratsam erscheinen lassen, die Mitarbeit Roms bei der Bereinigung der schwierigen nahöstlichen Fragen zu gewinnen. Die erkennbare Abneigung Romano Avezzanas gegen eine militärische Besetzung des Ruhrgebiets wurde von der gesamten italienischen Diplomatie geteilt.<sup>57</sup>

Die Londoner Reparationskonferenz vom 9. bis 11. Dezember 1922 entzog jedoch der italienischen Verhandlungsstrategie ihre wesentlichste Grundlage. Der auf enger Verbindung von Reparationen und interalliierten Schulden aufgebaute italienische Kompromißvorschlag, mit dem Mussolini eine Versöhnung der englischen und französischen Auffassungen anzubahnen gläubte,<sup>58</sup> erwies sich bei der Schärfe

<sup>54</sup> Min., S. 147–149 (Telegramme Contarinis aus Lausanne).

<sup>55</sup> Min., S. 164.

<sup>56</sup> Min., S. 114f.

<sup>57</sup> Moscati a.a.O., S. 421.

<sup>58</sup> Moscati a.a.O., S. 419f.; Min., S. 143–146 u. 151 (Nr. 224).

des englisch-französischen Gegensatzes als undurchführbar. Auch die noch gehegte Hoffnung, daß der italienische Plan mit einigen Abänderungen bei der Anfang Januar 1923 in Paris zusammentretenden entscheidenden Reparationstagung der drei Mächte im letzten Augenblick eine französische Ruhraktion verhindern könnte, trog. Statt sich zu nähern, wie es zuerst den Anschein hatte, entfernten sich die italienischen und englischen Auffassungen eher noch voneinander. Die in Paris vorgelegten britischen Vorschläge erschienen den anwesenden italienischen Diplomaten und Finanzsachverständigen auch allgemein politisch unannehmbar, weil sie – in Romano Avezzanas Worten – „die Reparationskommission beseitigten, einen überwiegend anglo-amerikanischen Einfluß in Deutschland“ anstrebten und Italien jeden wirksamen Einfluß in „der mitteleuropäischen Politik und auf dem Balkan“<sup>59</sup> genommen hätten. Die Ergebnislosigkeit der Pariser Besprechungen machte eine französische Ruhraktion zur Gewißheit. Unter diesen Umständen war, bei der negativen englischen Haltung, der außenpolitische Kurs Italiens an der Seite Frankreichs vorgezeichnet,<sup>60</sup> zumal sich Frankreich in Anerkennung des die englischen Reparationspläne blockierenden italienischen Widerstandes zu einem begrenzten Wirtschaftsabkommen im Vorderen Orient mit Italien geneigt zeigte.<sup>61</sup>

Wenn diese Umstände auch die allgemeine Unterstützung Italiens für Frankreich in der Ruhrfrage zu erklären vermögen, so beantworten sie doch noch nicht die Frage, weshalb sich Mussolini, statt einer bloß theoretischen Billigung der französischen Aktion, zu eigener unmittelbarer Teilnahme an der Ruhrbesetzung entschloß. Dies wird jedoch eher verständlich, wenn man bedenkt, daß das Ruhrgebiet eine lebenswichtige Rohstoffquelle der italienischen Industrie darstellte.<sup>62</sup> Darüber hinaus und im engsten Zusammenhang damit aber wurde im gleichen Augenblick, in dem Italien Frankreichs Partei ergriff und damit die erstrebte Mittelstellung zwischen den beiden Westmächten einbüßte, ein politischer Alpdruck spürbar, der von nun an immer stärker sich geltend machte: der Alpdruck einer deutsch-französischen Verständigung nämlich und einer daraus folgenden italienischen Isolierung auf dem Kontinent. Schon während der Londoner Dezemberkonferenz hatte Poincaré Andeutungen gemacht, daß eine französische Ruhrbesetzung in bestimmten deutschen Industriekreisen auf Zustimmung rechnen könne.<sup>63</sup> Dabei fiel auch der Name von Hugo Stinnes, der im Herbst des gleichen Jahres seine ehrgeizigen Verhandlungen zur Errichtung eines deutsch-französischen Riesenkartells mit dem Bevollmächtigten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs, Marquis de Lubersac, geführt hatte.<sup>64</sup> Daß Poincarés Behauptungen

<sup>59</sup> Min., S. 204.

<sup>60</sup> Min., S. 205 (Bericht Romano Avezzanas an Mussolini, Nr. 304).

<sup>61</sup> Min., S. 211.

<sup>62</sup> Min., S. 348.

<sup>63</sup> Min., S. 154.

<sup>64</sup> Vgl. George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie (Zur Geschichte der Jahre 1918–1933), 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1955, S. 11–19. Poincaré wäre angeblich geneigt gewesen, jenem Plan zuzustimmen, wenn er eine amerikanische Sicherheitsgarantie zum Ausgleich für die erforderliche Rheinlandräumung erhalten hätte. (Vgl. a.a.O., S. 58 bis



von deutschen Sympathien für eine französische Ruhrbesetzung freilich jeder Grundlage entbehrten, wurde Mussolini sofort durch Botschafter Frassati aus Berlin gemeldet. Poincarés Hinweise seien daher nicht ernst zu nehmen, sondern allein als Waffe im diplomatischen Gefecht zu bewerten.<sup>65</sup> Mussolini war offenbar von den Worten des französischen Regierungschefs so beeindruckt gewesen, daß er unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Rom die Meinung der Berliner Botschaft eingeholt hatte. Sollte er auf Grund des erhaltenen Bescheides der Angelegenheit keine weitere Beachtung geschenkt haben, so mußte ihn ein Bericht Romano Avezzanas vom 30. Dezember erneut beunruhigen. Eine französische Besetzung des Ruhrgebietes müsse, so meinte nämlich der Pariser Botschafter, nicht unbedingt zu einer Katastrophe führen. Es sei ebensogut möglich, daß die deutsche Industrie in einem verzweifelten Versuch, sich selbst und das Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren, einem deutsch-französischen Wirtschaftsbandnis zustimme. Romano Avezzana verwies auf die von Stinnes ausgestreckten Fühler sowie auf die Tatsache, daß zahlreiche Kreise in Frankreich ein solches Abkommen begrüßen würden.<sup>66</sup> Einige Tage später gab Poincaré dem italienischen Delegationsführer in Paris und Botschafter in London, Marchese Della Torretta, zu verstehen, daß er ein deutsch-französisches Kohle- und Stahlabkommen für notwendig und unvermeidlich halte.<sup>67</sup> Mussolinis große Sorge vor einem deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen verraten seine unmittelbar vor dem Ruhreinmarsch am 10. Januar 1923 Romano Avezzana übermittelten Instruktionen.<sup>68</sup> Dem Botschafter wurde darin eingeschärft, mit größter Wachsamkeit darauf zu achten, daß es zu keiner deutsch-französischen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit komme. Am 12. Januar wurde diese Mahnung wiederholt: Im Falle französischer oder französisch-belgischer Verhandlungen mit Deutschland über die Verwaltung des Ruhrkohlenbergbaus, gleichgültig, ob diese zwischen den Regierungen selbst oder zwischen Finanzgruppen stattfänden, dürften keine Abmachungen ohne Beteiligung Italiens getroffen werden; dieses müsse Gelegenheit zur Mitwirkung er-

61: Auszug aus dem polit. Tagebuch des Leiters der Westeurop. Abteilung des U. S. Department of State, W. R. Castle.)

<sup>65</sup> Min., S. 154. Frassati bezeichnete die in Deutschland umgehenden Gerüchte, wonach Stinnes und andere Industrielle entschlossen wären, eher eine französische Invasion als irgendwelche ihr Eigentum bedrohenden Verstaatlichungspläne der Reichsregierung hinzunehmen, als unbegründet.

<sup>66</sup> Zur innerfranzösischen Frontenbildung in dieser Frage vgl. Hallgarten a.a.O., S. 17. Wie dieser S. 75, Anm. 24 bemerkt, hatte sich die Gruppe um Louis Loucheur, zu dem Avezzana gute Beziehungen unterhielt (Min., S. 163, Nr. 246), anscheinend schon Anfang Dezember von dem Lubersac-Stinnes Plan losgesagt. Einige Tage später äußerte Loucheur zum italienischen Botschafter, daß eine Ruhrbesetzung im Bereich der Möglichkeit liege. Avezzana bezeichnete die an einem deutsch-französischen Abkommen interessierten französischen Kreise nicht näher. Vier Wochen nach Beginn der Ruhrbesetzung meldete er (Min., S. 574, Nr. 520), daß die Radikalen an der Herstellung von Kontakten zwischen deutschen und französischen Industriellen zu arbeiten schienen.

<sup>67</sup> Min., S. 352, Nr. 498.

<sup>68</sup> Min., S. 218.

halten, um jede Beeinträchtigung seiner von französischen oder deutschen Lieferungen abhängigen Industriezweige durch irgendeine Art deutsch-französischer Interessengemeinschaft zu verhindern.<sup>69</sup> Es erscheint somit gesichert, daß die Verhütung eines deutsch-französischen Wirtschaftsblocks ein entscheidender Grund für Mussolinis unmittelbare Teilnahme an der Ruhrbesetzung war.

Die Schwäche der italienischen Position kam jedoch darin zum Ausdruck, daß Mussolini bei der Form dieser Teilnahme sein Ziel nur dann erreichen konnte, wenn der zivile Charakter der französischen Aktion gewahrt blieb. Am 17. Dezember 1922 hatte Poincaré Romano Avezana erklärt, daß es sich bei dem geplanten französischen Unternehmen nicht um eine militärische Besetzung handle, sondern um die Entsendung einiger, von einer kleinen Abteilung Gendarmerie begleiteter Ingenieure und Zollbeamten.<sup>70</sup> Unter dieser Voraussetzung war auch (am 7. Januar) die italienische Entscheidung getroffen worden.<sup>71</sup> Die Nachricht von dem betont militärischen Charakter der französischen Ruhraktion kam für Rom völlig überraschend. Bereits am 10. Januar ließ Mussolini der französischen Regierung mitteilen, daß Italien die Militarisierung der geplanten Besitzergreifung aus vielen Gründen für verhängnisvoll halte, und am 12. Januar ordnete er an, daß die nach dem Ruhrgebiet entsandten Ingenieure den französischen Militärbehörden gegenüber absolut autonom bleiben müßten. Keiner dieser Proteste und Warnungen vermochte jedoch die Tatsache zu verdecken, daß ein Kräftegleichgewicht Frankreich-Italien im Ruhrgebiet, wie es Mussolini zur Verhinderung eines deutsch-französischen Wirtschaftsblocks vorgeschwebt haben mochte, nicht gegeben und auch in Zukunft nicht zu erreichen war. Nur so ist es verständlich, daß Mussolini am 10. Januar, gleichzeitig mit seinen Instruktionen an Romano Avezana zur Überwachung der deutsch-französischen Beziehungen und seiner ersten Warnung an Frankreich vor den Folgen einer militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, abrupt die Initiative zur Errichtung eines europäischen Wirtschaftsblocks Italien-Frankreich-Belgien-Deutschland ergriff, der vorläufig auf Moratorien und Reparationen beschränkt sein sollte. Man hat damals und später vor allem die anti-englische Orientierung betont,<sup>72</sup> die das (auch in der italienischen Presse lancierte) Projekt in Mussolinis Formulierung aufwies<sup>73</sup> und sie als momentanes Aufflackern der bei Mussolini immer latent vorhandenen englandfeindlichen Stimmung bezeichnet. Zweifellos spielte in dem Projekt die Enttäuschung über Englands ablehnende Hal-

<sup>69</sup> Min., S. 227. Vgl. auch Mussolinis Hinweis auf eine Gefährdung der Kohlenversorgung Italiens als mögliche Folge seiner völligen Zurückziehung von der französischen Ruhraktion in seiner Rede vom 16. November 1923 im Senat: Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1923, S. 337.

<sup>70</sup> Min., S. 158.

<sup>71</sup> Moscati a.a.O., S. 423. Vgl. auch die Äußerungen der „Tribuna“, Schultheß a.a.O., S. 324. Ebenda Mussolinis Erklärung im Ministerrat vom 24. Januar 1923.

<sup>72</sup> Moscati a.a.O., S. 424.

<sup>73</sup> Vgl. Mussolinis Telegramm an Avezana in Min., S. 219, worin bemerkt wird, daß Englands neue „splendid isolation“ gegenüber Europa der Existenz des britischen Weltreiches vielleicht gefährlich werden könnte.

tion in der Reparationsfrage eine Rolle; die Sorge jedoch, nun an der Ruhr mit dem eindrucksvollen französischen Militärapparat verkoppelt zu sein, war wohl der ausschlaggebende Faktor.<sup>74</sup> Wie anders konnte Mussolini hoffen, diesem französischen Druck zu entgehen, als durch einen europäischen Wirtschaftsblock, in welchen die von Italien zunächst zwischen Frankreich und England erstrebte Mittelstellung nunmehr in ähnlicher Form zwischen Frankreich und Deutschland verwirklicht würde? Und wie anders konnte er hoffen, Frankreich, das nach den vorliegenden Informationen die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung nicht ausschloß, für die Berücksichtigung eines machtpolitisch unterlegenen Italien zu gewinnen, als durch den Köder einer anti-englischen Orientierung des vorgeschlagenen Wirtschaftsblocks? Bei seiner begrenzten Kenntnis der internationalen Zusammenhänge mochte Mussolini das englisch-französische Zerwürfnis in der Reparationsfrage noch tiefer und umfassender erscheinen, als es dies wirklich war. Dazu kam der für ihn stets charakteristische Glaube an die Macht einer vagen journalistischen Konzeption, die politische Wirklichkeit zu gestalten. Nur so wird es andererseits auch verständlich, daß Mussolini nach den zur Vorsicht mahnenden Berichten Romano Avezanas und des neuen Botschafters in Berlin, Graf De Bisdari,<sup>75</sup> einen hastigen Rückzug antrat und in einer Kabinettsitzung am 15. Januar jeden Plan einer anti-englischen kontinentalen Blockbildung offiziell verleugnete.<sup>76</sup>

Zu dieser bleibend ungünstigen Stellung Italiens gegenüber Frankreich an der Ruhr trat als weitere Sorge für Mussolini hinzu, daß ein Fiasko der Ruhrpolitik zum Sturz Poincarés und zu einer deutsch-französischen Einigung führen könnte. Er befürchtete, daß ihm dann seine Unterstützung der Ruhraktion von französischer Seite vorgehalten und Italien von allen deutsch-französischen Abmachungen ausgeschlossen werden würde.<sup>77</sup> Diese Gesichtspunkte, die allgemeine italienische Abneigung gegen die Ruhrinvasion sowie seine eigene Besorgnis vor Zusammenstößen zwischen deutschen und französischen Truppen bewogen Mussolini daher, eine Annäherung an England zu suchen.<sup>78</sup> Allein englische Rückendeckung konnte ihm jetzt jene Selbstsicherheit gegenüber Frankreich wiedergeben, die er zunächst mehr in seinen Kontinentalblockphantasien auf anti-englischer Grundlage zu finden gehofft hatte.<sup>79</sup> Nichts war dafür bezeichnender als Mussolinis Instruktionen

<sup>74</sup> Am 29. Januar 1923 schrieb Mussolini an Botschafter Della Torretta nach London, daß der passive Widerstand der Arbeiterschaft an der Ruhr sowie die Intensivierung der französischen politischen und militärischen Maßnahmen die Rolle der italienischen Ingenieure auf die von Beobachtern reduziert hätten (Min., S. 297f).

<sup>75</sup> Min., S. 225 u. 242f. Der erstere warnte vor dem gefährlichen Ausmaß des zu erwartenden englischen Widerstandes gegen ein solches Projekt, während der letztere die Ernsthaftigkeit des französischen Willens zur wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands betonte.

<sup>76</sup> Salvemini a.a.O., S. 53f.

<sup>77</sup> Min., S. 311.

<sup>78</sup> Vgl. Mussolinis Telegramme nach London in Min., S. 240, 243f., 250, 260, 401.

<sup>79</sup> Min., S. 297f. Der italienische Druck auf Poincaré, um diesen zu veranlassen, den französischen Finanz- und Industriekreisen die Notwendigkeit einer Beteiligung Italiens an deutsch-französischen Kontakten vor Augen zu führen, wurde natürlich unterdessen fort-

vom 3. Februar an Botschafter Della Torretta in London.<sup>80</sup> Weder der englischen noch der italienischen Regierung, so schrieb er, könne es im Hinblick auf die Interessen beider Länder gleichgültig sein, wenn sich eine deutsch-französische Wirtschafts- und Finanzentente, wie sie von einem nicht einflußlosen Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs befürwortet werde, unter Ausschluß der übrigen Alliierten entwickle. Die Nachrichten Della Torrettas vom gleichen Tage<sup>81</sup> konnten ihn in dieser Einstellung nur bestärken. Die anfängliche Tendenz der City, die italienische Währung mit der französischen zusammenzukoppeln, hatte offenbar einem größeren Verständnis für die Stellung Italiens Platz gemacht. Während der französische Franc ständig sank, blieb der Kurs der Lira fest: nach der Deutung führender italienischer Geschäftsleute in London begann man hier also von der bisherigen Auffassung völliger Solidarität Italiens mit Frankreich abzurücken. Eine entsprechende Sinnesänderung konnte der Botschafter auch im Foreign Office spüren. Die bald darauf sich häufenden Gerüchte, nach denen einflußreiche englische Interessenten eine französisch-belgisch-deutsche Verbindung auf wirtschaftlichem Gebiet befürworteten,<sup>82</sup> ließen es Mussolini erst recht geraten erscheinen, Italiens Position durch engeres Zusammengehen mit England zu untermauern. Sowohl dieses Bestreben wie die unverminderte Furcht vor einem deutsch-französischen Wirtschaftsbündnis, läßt sich noch zwölf Monate später, im Jahre des Dawesplans, feststellen. Mit fast den gleichen Worten wie am 3. Februar 1923 bemühte sich Mussolini am 19. Februar 1924, die englische Labour-Regierung vor der Gefahr eines von Frankreich dirigierten, riesenhaften Industrie- und Finanzblocks an Rhein und Ruhr zu warnen und eine gemeinsame englisch-italienische Abwehrfront anzubahnen.<sup>83</sup>

Die Frage, ob Mussolinis Sorge vor einer deutsch-französischen Einigung seinen eigenen Erwägungen oder überwiegend einer Einwirkung der italienischen Industrie entsprang, läßt sich nach dem bis heute vorliegenden Material nicht endgültig beantworten. Ernesto Rossi's gründliche Darstellung der Beziehungen zwischen dem

---

gesetzt (Min., a.a.O., S. 348). Andererseits sah sich Botschafter Avezzana bereits am 22. Februar (Min., S. 387) veranlaßt, einen Stimmungsumschwung am Quai d'Orsay vorauszusagen. Dort war man auf Grund der Berichterstattung von Botschafter Barrère aus Rom zu der Überzeugung gekommen, daß in Italien eine pro-englische Orientierung die Frankreichs Ziele begünstigende Politik abgelöst habe. Die Aussichten für umfassende wirtschaftliche Abmachungen mit Frankreich seien daher nicht sehr günstig.

<sup>80</sup> Min., S. 317 f.

<sup>81</sup> Min., S. 322. Botschafter Della Torretta unterstrich in seinem Telegramm vom 12. Februar (Min., S. 352) die Tatsache, daß ein erheblicher Teil des an der Ruhr investierten Kapitals englischen Ursprungs sei.

<sup>82</sup> Min., S. 348.

<sup>83</sup> Ministero degli Affari Esteri . . . , I Documenti Diplomatici Italiani, Settima Serie: 1922–1935, Volume II (27 aprile 1923–22 febbraio 1924, Roma 1955, künftig zitiert: Min. II), S. 451. Guariglia a.a.O., S. 24 stellt die Annäherung an England, die auch gleichzeitig in Lausanne zum Ausdruck kam, als eine Rückkehr zu der traditionellen italienischen Englandpolitik dar, die er der beharrlichen Tätigkeit Contarinis zuschreibt.

Faschismus und dem Italienischen Industriellenverband<sup>84</sup> schenkt diesem Problem keine Beachtung. Soweit jedoch die italienischen Akten des Jahres 1923 bisher erkennen lassen,<sup>85</sup> ging die Initiative von Mussolini aus. Er habe, so schrieb er am 11. Februar 1923 an Romano Avezzano, die italienischen Banken und Industrieverbände auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich ihrerseits über die Aussichten der anscheinend im Gange befindlichen französisch-belgisch-deutschen Verhandlungen zu orientieren und dafür zu sorgen, daß italienische Stellen zu solchen Verhandlungen zugezogen würden.<sup>86</sup>

## IV

Ungefähr einen Monat nach der Bildung des Kabinetts Stresemann im August 1923 nahmen die deutsch-italienischen Beziehungen eine überraschende Wendung. Die Gründe dafür liegen jedoch erst in zweiter Linie in der deutschen Situation. Ausgelöst wurde die neue Entwicklung vor allem durch die italienisch-jugoslawische Spannung um den Status des Adriaufens Fiume, die weder durch die Errichtung des Freistaates Fiume im Vertrag von Rapallo vom 12. November 1920 noch durch das am 23. Oktober 1922 unterzeichnete Abkommen von S. Margherita Ligure beseitigt worden war.<sup>87</sup> Als im Sommer 1923 die zwischen den beiden Regierungen seit fünf Monaten geführten Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt waren, konfrontierte Mussolini Jugoslawien am 8. August mit einem bis Ende des Monats befristeten Ultimatum:<sup>88</sup> Sei bis dahin keine Lösung gefunden, die den historischen und den gegenwärtigen italienischen Charakter der Stadt sowie die Rechte des Hinterlandes berücksichtige, so werde Italien, um die politische Unruhe und den wirtschaftlichen Stillstand in Fiume zu beheben, andere Maßnahmen treffen müssen. Die drohende Krise wurde durch den damals ausbrechenden und von Mussolini mit allen Mitteln verschärften Korfu-Konflikt mit Griechenland nur vorübergehend verdeckt. Nach dem Rücktritt des Führers der Minderheit in der verfassungsgebenden Versammlung und Leiters der provisorischen Regierung von Fiume, Attilio Depoli, am 2. September<sup>89</sup> beschloß der italienische Ministerrat am 16. September, General Giardino zum Gouverneur zu ernennen,<sup>90</sup> ein Schritt, der

<sup>84</sup> Ernesto Rossi, *I padroni del vapore*, Bari 1955.

<sup>85</sup> *Min.*, S. 348.

<sup>86</sup> *Min.*, S. 352; Am folgenden Tage berichtete Della Torretta aus London, daß die City vom Abbruch der vor kurzem wiederaufgenommenen Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Finanzkreisen erfahren habe.

<sup>87</sup> Michele La Torre, *Cento anni di vita politica ed amministrativa italiana 1848-1948*, Firenze 1953, Bd. II, S. 43. Vgl. das Memorandum Roccas vom 7. Sept. 1923, abgedruckt in *Min.* II, S. 203 f.

<sup>88</sup> M. an den Präsidenten der ital.-jugosl. Fiumekommission in *Min.* II, S. 112 f. (Neuer Termin: 15. 9.; S. 204 u. Schultheß a. a. O., S. 335, Mussolini im Ministerrat v. 13. 9. 23.)

<sup>89</sup> *Min.* II, S. 165-167.

<sup>90</sup> *Min.* II, S. 242 f. Vgl. Vlastimyl Kybal, *Czechoslovakia and Italy: My negotiations with Mussolini 1922-1923*, in *Journal of Central European Affairs*, Vol. XIII, January 1954, Nr. 4, S. 364.

praktisch die Annexion Fiumes bedeutete. Es kann kaum überraschen, daß Mussolini, der damit die endgültige Bereinigung der Frage in italienischem Sinne erzwingen wollte, sich dennoch der etwaigen Konsequenzen seines Schrittes keineswegs sicher war. Nicht nur war das Gesamtbild in Fiume selbst für Italien wenig ermutigend,<sup>91</sup> auch die Stimmung in Belgrad erweckte bei dem dortigen italienischen Geschäftsträger den Eindruck unmittelbar bevorstehender militärischer Verwicklungen.<sup>92</sup> Die jugoslawische Atmosphäre wurde erst wieder freundlicher, als am 18. September die ausführliche italienische Begründung des unternommenen Schrittes bekannt wurde.<sup>93</sup>

Als nun Anfang September der seit neun Monaten in Berlin akkreditierte italienische Botschafter, Graf De Bosdari, in Rom allgemein über seine Berliner Eindrücke berichtete, stellte Mussolini ihm unvermittelt die Frage, ob im Falle eines italienisch-jugoslawischen Krieges, in den Frankreich zugunsten Jugoslawiens eingreifen würde, Deutschland bei seiner augenblicklichen Lage wenigstens einen Teil der französischen Streitkräfte am Rhein immobilisieren könnte.<sup>94</sup> Mussolinis Frage veranlaßte Bosdari, anscheinend am 14. September (zwei Tage vor der Ernennung General Giardinos zum Gouverneur von Fiume), zu einem Gespräch mit Reichskanzler Stresemann. Dieser betonte dabei, daß er, wenn Poincaré weiterhin mechanisch seine Formel von der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet wiederhole, keine Möglichkeit für die von ihm, Stresemann, erhofften Verhandlungen sehe. Die deutsche Situation werde ohnehin in Kürze verzweifelt sein. Der Reichskanzler beklagte sich über die unsichere und widerspruchsvolle Haltung Englands. Das Gespräch berührte dann das gespannte italienisch-jugoslawische Verhältnis.<sup>95</sup> Stresemann war im Zweifel darüber, welche Haltung Deutschland in einem Konflikt zwischen Italien und einem von Frankreich unterstützten Jugoslawien einnehmen sollte. Er ließ aber durchblicken, daß er bald auf das Thema zurückkommen und den italienischen Botschafter von den Entschlüssen der Reichsregierung in Kenntnis setzen werde.

Mussolinis Antwort auf Bosdaris Bericht, die noch am gleichen Abend erfolgte,<sup>96</sup> zeigt klar, wie wesentlich ihm die deutsche Haltung erschien. Der Text des Telegramms stammt von seiner eigenen Hand.<sup>97</sup> Mussolini bezeichnete darin die Mit-

<sup>91</sup> Vgl. den Bericht General Giardinos an Mussolini vom 19. Okt. 1923 in Min. II, S. 293.

<sup>92</sup> Min. II, S. 279.

<sup>93</sup> Min. II, S. 249. Die wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen beiden Mächten führten dann zu dem Abkommen vom 27. Jan. 1924, durch das Fiume Italien zugesprochen wurde.

<sup>94</sup> Vgl. den Auszug aus den unveröffentlichten Memoiren De Bosdaris in Min. II, S. 238, Anm. 3.

<sup>95</sup> De Bosdaris Bericht an Mussolini vom 14. September 1922 (Min. II, S. 232) läßt nicht deutlich erkennen, wer die Fiumekrise zuerst erwähnte.

<sup>96</sup> Min. II, S. 238 (Nr. 360) mit Anm. 4.

<sup>97</sup> Ebenda, Anmerkung 4. Einen weiteren Beweis für Mussolinis damalige Bewertung Deutschlands in der internationalen Politik liefert sein Vorwort zu dem im September 1923 erschienenen Deutschlandbuch des Berliner Korrespondenten des *Popolo d'Italia*, Roberto

teilungen des Botschafters als „recht wichtig“ (assai importante), denn die deutsche Haltung könne im Falle einer mehr oder weniger starken französischen Solidarität mit Belgrad „interessant“ werden, und bat Bosdari, den Kontakt mit Stresemann zu pflegen. Eine Gelegenheit dazu ergab sich einige Tage später. Der Botschafter informierte Stresemann dabei über Mussolinis Telegramm vom 14. September sowie über dessen Kommentar zur Ernennung General Giardinis, der in zwei weiteren Mitteilungen Mussolinis vom 16. September enthalten war.<sup>98</sup> Stresemann entnahm diesen Erläuterungen, wie er zu Bosdari bemerkte, daß der Fiumekonflikt wesentlich ernster sei, als die offiziellen Verlautbarungen zu erkennen gegeben hätten. Er habe über die Frage der deutschen Haltung in einem italienisch-jugoslawischen Konflikt nachgedacht. Da Deutschland sich seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Lösung der Reparationsfrage widmen müsse, könne es in einem solchen Konflikt keine Stellung nehmen. Er könne daher nur hoffen, daß sich dieser vermeiden lasse und daß Italiens Aufmerksamkeit nicht durch Fiume in einem Grade in Anspruch genommen werde, der Rom veranlaßte, seinen bisherigen maßgebenden Einfluß in der Reparationsfrage aufzugeben.<sup>99</sup>

De Bosdari, der sich weiterhin bemühte, die deutsche Situation für die Stellung Italiens im Fiumekonflikt auszunutzen, war seinerseits überzeugt, daß die ihm entgegnetretenden Schwierigkeiten nicht auf der mangelhaften Rüstung Deutschlands beruhten. Der industrielle Apparat des Reiches sei, so meinte er,<sup>100</sup> jederzeit in der Lage, bei genügenden Lieferungen durch eine andere interessierte Macht die großen, durch seine Entwaffnung entstandenen Lücken auszufüllen. Ein auf deutschem Boden stehendes, die Reichsgrenzen nicht überschreitendes Heer auszurüsten und zu unterhalten, sei nicht unmöglich. Das negative Ergebnis seiner bisherigen Sondierungen führte der Botschafter vielmehr allein auf den „moralischen und politischen Zustand“ Deutschlands zurück. Die „völlig in den Händen der Sozialdemokraten“ befindliche Reichsregierung könne einen inneren Ausgleich nicht zustandebringen; von ihr sei nichts anderes zu erwarten als eine schimpfliche Kapitulation. Allein gewaltige moralische Anstrengungen könnten die einer militärischen Aktivität Deutschlands entgegenstehenden materiellen Schwierigkeiten überwinden. Bosdari ließ daher Mussolini wissen, daß er zu einem Versuch bereit sei, aus den hier und da erkennbaren schüchternen Ansätzen zu einem Wiederaufleben des nationalen Selbstbehauptungswillens in Deutschland größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Das erste Ergebnis dieser neuen Zielsetzung war eine Zu-

Suster, „Germania Republicana“. Es begann mit den Worten: „Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Augenblick die Achse [sic!] der europäischen Geschichte durch Berlin läuft“ (Pini a. a. O., S. 242). Weitere Zitate aus Mussolinis Vorwort bei Herre a. a. O., S. 301. Mussolini vor dem Senat gehaltene Rede vom 16. November 1923 wird von Kybal (a. a. O., S. 368) als Beweis dafür angesehen, daß Mussolini damals bereits mit Deutschlands aktiver Wiedereinschaltung in die europäische Politik rechnete. Vgl. den Auszug bei Schultheß a. a. O., S. 337 f. und Herre a. a. O.

<sup>98</sup> Min. II, S. 247

<sup>99</sup> Ebenda. Vgl. auch Guariglia a. a. O., S. 89 f.

<sup>100</sup> Min. II, S. 254.

sammenkunft mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Karl Helfferich, Ende September 1923.<sup>101</sup> Helfferich bekräftigte dabei die unerschütterliche Opposition der „nationalen Parteien“ gegen die Außenpolitik Stresemanns, sowie ihre Absicht, in naher Zukunft an die Macht zu gelangen und dann einen Bruch mit Frankreich zu vollziehen. Er hoffe auf eine Annäherung und Verständigung Italiens und Deutschlands im Interesse beider Länder.<sup>102</sup> Bosdari erblickte in den Äußerungen Helfferichs eine Bestätigung für seine Überzeugung von der Nützlichkeit italienischer Kontakte mit der deutschen Rechten, wenn es auch für die Bildung einer Rechtsregierung und für deren Entschlossenheit, ihr Programm vollständig zu verwirklichen, keine Sicherheit gebe. Er war freilich der Meinung, daß ein Gedankenaustausch mit einer nationalistischen deutschen Regierung nur dann Sinn haben würde, wenn Italien bereit wäre, seine Italianisierungsmaßnahmen in Südtirol abzubremesen. Außerdem müßte Rom den Verdacht beseitigen, daß seiner wohlwollenden Haltung gegenüber der französischen Ruhrbesetzung ein französisches Äquivalent für Italien auf anderen Gebieten entspreche.<sup>103</sup> Drei Wochen später – einige Tage, nachdem das jugoslawische Außenministerium dem italienischen Geschäftsträger in Belgrad einen raschen und erfolgreichen Abschluß der Fiume-Verhandlungen in Aussicht gestellt hatte<sup>104</sup> – antwortete Mussolini, daß er mit Bosdari<sup>105</sup> darin übereinstimme, im Augenblick keine weiteren Schritte zu unternehmen. Doch solle der Botschafter mit aller gebotenen Vorsicht die notwendigen Kontakte pflegen, um im Bedarfsfall über die erforderliche Basis zu verfügen.

Bereits in den erregten Wochen, die dem Münchener nationalsozialistischen Novemberputsch vorausgingen,<sup>106</sup> verlegte De Bosdari den Schwerpunkt seiner

<sup>101</sup> Min. II, S. 265.

<sup>102</sup> Die Antwort Mussolinis auf diesen Bericht war im Archiv des italienischen Außenministeriums nicht aufzufinden (Min., S. 265, Anm. 1).

<sup>103</sup> Vgl. den Auszug aus den unveröffentlichten Memoiren De Bosdaris ebenda.

<sup>104</sup> Min. II, S. 289.

<sup>105</sup> Ein zweiter, offenbar ausführlicher gehaltener Bericht De Bosdaris über die mit Helfferich geführte Unterredung wird vom Herausgeber des hier zitierten Bandes der italienischen Dokumente lediglich erwähnt. – Vgl. zum Vorstehenden wie zum Folgenden auch die nicht näher belegten Angaben von Herre a.a.O., S. 502, über eine antifranzösische Annäherung sowie ein Waffenangebot Mussolinis (über General Capello) an Berliner nationalistische Kreise (u. a. General von Cramon), die sich jedoch vorsichtig zurückgehalten hätten, während die amtlichen Stellen sich scharf ablehnend verhielten.

<sup>106</sup> Der von Hitler unternommene Putschversuch findet in den italienischen Dokumenten nur ein schwaches Echo in einigen zeitlich vorausgehenden Telegrammen Bosdaris (Min. II, S. 295 und 307) sowie einem ausführlichen Bericht über den Putsch und dessen Fehlschlag aus der Feder des italienischen Generalkonsuls in München, Graf Durini di Monza (Min. II, S. 315–318). Die von Pese a.a.O., S. 125 aufgeworfene Frage, ob Mussolini im Münchener Putsch eine Rolle gespielt habe, klären diese Dokumente nicht. Eine solche Rolle erscheint nicht allzu plausibel, wenn man die Worte Durinis am Ende seines Berichts in Betracht zieht. Der Generalkonsul erinnert hier Mussolini daran, daß dieser bei einem kürzlichen Besuch Durinis in Rom – also vor dem 10. November! – dem Generalkonsul gegenüber die Nationalsozialisten als „Narren“ (*buffoni*) bezeichnet habe. Diese Äußerung könnte als indi-



Erkundungen auf deutsche militärische Kreise. Dies schien in Anbetracht der im November noch steigenden Bedeutung der Reichswehr, charakterisiert durch die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf General von Seeckt,<sup>107</sup> nur gerechtfertigt. Als der Botschafter in den letzten Novembertagen von einer Unterredung des italienischen Marineattachés in Berlin, Marchese Denti di Piraino, mit dem Chef des Truppenamts General Hasse berichten konnte, bezeichnete Mussolini das ihm zugeleitete Schriftstück als „höchst interessant“ und ließ De Bosdari mitteilen, daß dieser, wie von ihm selbst vorgeschlagen, in der ersten Januarhälfte zur mündlichen Berichterstattung nach Rom kommen solle.<sup>108</sup> General Hasse hatte sehr freimütig über die Möglichkeit einer deutsch-italienischen militärischen Zusammenarbeit bei der Abwehr eines künftigen französischen Angriffs gesprochen und angedeutet, daß ein Staat, der zu gegebener Zeit ein Interesse hätte, sich auf deutsche Streitkräfte zu stützen, zuallererst bereit sein müsse, diejenigen Waffen zu liefern, welche Deutschland gegenwärtig nicht besitze.<sup>109</sup> Es kam in der Folge zu Unterredungen des Marineattachés mit dem Staatssekretär Freiherr von Maltzan sowie mit Seeckt, über die wir freilich nicht durch Originalberichte, sondern nur durch Bosdaris unveröffentlichte Memoiren unterrichtet sind.<sup>110</sup> Die Unterredung mit Maltzan war hauptsächlich einer Analyse der Stresemannschen Außenpolitik gewidmet und wurde von dem deutschen Gesprächspartner offenbar mit großem Geschick geführt. Der Staatssekretär zeichnete ein Bild von Stresemann, das diesen

rekte Bestätigung der Darstellung des auch von Pese (a.a.O., S. 135–145) zitierten Kurt Lüdecke angesehen werden, daß er im Auftrag Hitlers Ende August 1923 nach Italien gefahren, doch von Mussolini kurz abgefertigt worden sei. Vgl. auch den in Min. II, S. 285 angeführten Bericht des römischen Korrespondenten der „Wiener Neuen Freien Presse“ von Anfang Oktober 1923, der über Lüdeckes Ankomst in der italienischen Hauptstadt berichtete. Diesem Bericht zufolge hätte Lüdecke vergeblich um eine Besprechung mit Mussolini nachgesucht. Als Gegenleistung für faschistische Hilfe bei einem geplanten Marsch Hitlers auf Berlin biete dieser Mussolini die deutsche Anerkennung der Brennergrenze an. Der Bericht Durinis wiederum spricht für die laufende sorgfältige Beobachtung der Vorgänge im nationalsozialistischen Lager während des Jahres 1923 durch Mussolini. Vgl. auch Salvemini (a.a.O., S. 60) Angaben über den Münchener Abel-Prozeß im Februar 1930. Dagegen besteht wohl kein zwingender Grund, an eine finanzielle Unterstützung der nationalsozialistischen Partei durch Mussolini im Jahre 1923 zu glauben (wie Salvemini a.a.O., S. 61, dies einer sich auf das Jahr 1930 beziehenden Information Hermann Ullsteins entnimmt). Die Hinweise von Filippo Anfuso, Roma–Berlino–Salo, Milano 1950, S. 39 sind zu allgemein gehalten.

<sup>107</sup> Vgl. dazu Gordon Craig, *The Politics of the Prussian Army*, Oxford 1955, S. 419. – De Bosdari zeigte sich in seinem Bericht an Mussolini vom 28. November 1923 (Min. II, S. 328f.) äußerst pessimistisch. Selbst wenn die Rechtsparteien an die Macht gelangen sollten, so schrieb er, sei eine derartige Verwässerung ihres Programms zu erwarten, daß sie für Italiens Zwecke jeden Wert verlieren dürften.

<sup>108</sup> Min. II, S. 329, Anm. 1. Am 5. Dezember ließ Mussolini nach Moskau telegraphieren, um festzustellen, ob sich an der in dem Bericht des Marineattachés angegebenen Adresse eine Fabrik zur Herstellung eines besonderen deutschen Giftgases befinde. Die Telegramme selbst sind im Archiv des italienischen Außenministeriums nicht mehr vorhanden. Vgl. hierzu Craig a.a.O., S. 410 und Anm. 4 über die Giftgasfabrik in Samara.

<sup>109</sup> Min. II, S. 328.

<sup>110</sup> Vgl. den Auszug aus De Bosdaris Memoiren in Min. II, S. 329f., Anm. 1.

eher als Parlamentarier und vom eigenen Wort faszinierten Redner denn als Diplomaten erscheinen ließ. Im Grunde aber sei der Minister davon überzeugt, daß Deutschland früher oder später in einen Konflikt mit Frankreich geraten werde. Daher sei er auch von der außerordentlichen Bedeutung durchdrungen, die in einem solchen Falle Italien zukommen würde. Andererseits sei er in Anbetracht der neuen italienischen Außenpolitik Rom gegenüber nicht ganz frei von einem Gefühl des Mißtrauens, das von den meisten Deutschen geteilt werde. Wenn Stresemann die Sondierungen des italienischen Botschafters mit einer unverhohlenen Neutralitätserklärung beantwortet habe, so schließe das nicht aus, daß er im Falle eines präziseren und umfassenderen Angebots zu Abmachungen militärischer Natur bereit wäre. Im Augenblick sei aber, besonders aus parlamentarischen Opportunitätsgründen, die Befreiung Deutschlands von der militärischen Kontrolle der Alliierten seine nächste Sorge. Wenn Italien ihn dabei unterstützen würde, so könne es sich Anspruch auf Deutschlands unauslöschlichen Dank erwerben.<sup>111</sup>

Wesentlich schärfer charakterisierte – ebenfalls jener nachträglichen Aufzeichnung Bosdaris zufolge – Seeckt dem italienischen Marineattaché gegenüber die europäische Lage.<sup>112</sup> Deutschland, so führte er aus, müßte so schnell wie möglich einen neuen Krieg mit Frankreich führen, um sich von dem Druck des Versailler Vertrages zu befreien, der langsam aber sicher zur völligen Zerstörung des Reiches führe. Jugoslawien, von Italien geschaffen, sei Italiens ärgster Feind, genau so wie das von Deutschland geschaffene Polen Deutschlands ärgster Feind sei.<sup>113</sup> Ungeachtet aller gegenteiligen französischen Anstrengungen werde Deutschland in seinem unvermeidlichen Kampf mit Polen Rußland als natürlichen Verbündeten auf seiner Seite haben, während Italien in einem etwaigen Kriege mit Jugoslawien

<sup>111</sup> Ebenda. Vgl. zur Beurteilung von Maltzans und Stresemans Ausführungen auch die Tagebuchnotizen des britischen Botschafters in Berlin, Viscount d'Abernon, vom 24. Dez. 1923 (Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Memoiren Bd. 2, Leipzig o. J., S. 528f.): „Ich höre, daß der Außenminister in letzter Zeit auf zwei verschiedenen Wegen sondiert wurde, wie er sich zu einem italienisch-deutschen Bündnis stellen würde. Man trat von italienischer Seite an ihn heran mit der Frage, wie sich Deutschland verhalten würde, wenn sich die Lage zwischen Italien und Jugoslawien zuspitzen sollte. Er erwiderte, daß Deutschland erst bündnisfähig sein müsse, bevor es ein Bündnis schließen könne. Heute sei es das noch nicht. Außerdem müsse eine so ernste Frage wie ein Bündnis sorgfältig geprüft werden und könne nicht ohne reife Überlegung und Berücksichtigung aller Gründe und Gegengründe erörtert werden.“ – Andererseits den von Hans W. Gatzke (Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954, S. 18, und „Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik“, in dieser Zeitschrift 4 [1956], S. 5) zitierten, in „Stresemann, Vermächtnis“, Berlin 1932/33, Band I, S. 260 ausgelassenen Passus in einem Brief vom 1. Dez. 1923 an den deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, wo Stresemann davon spricht, daß Deutschland „in geschichtlich absehbarer Zeit wieder zu Kräften kommen, bündnisfähig für unsere Freunde und gefährlich für unsere Gegner werden könne“. Es ist anzunehmen, daß diese Worte auch für die deutsch-italienischen Beziehungen galten.

<sup>112</sup> Vgl. Anm. 110.

<sup>113</sup> Vgl. auch Hallgarten a.a.O., S. 20f. und 77, Anm. 33 über die Ziele Seeckts.

wahrscheinlich isoliert bleiben würde. Ein allgemeines Militärabkommen zwischen Deutschland und Italien sei aber nicht unmöglich. Deutschland habe große Sympathien für Italien und würde eine rasche, eindeutige und aufrichtige Wiederannäherung der beiden Länder begrüßen. Eine solche Wiederannäherung, die unmittelbar darauf zu einem konkreten Abkommen und einer ins einzelne gehenden Militärkonvention führen müßte, würde sich für beide Nationen als äußerst vorteilhaft erweisen. Er persönlich, so meinte Seeckt, hätte nichts dagegen, und er wäre auch dazu ermächtigt, nötigenfalls einen Offizier, der sein volles Vertrauen habe und mit der deutschen Situation sowie mit der Weltlage, soweit sie Deutschland angehe, vertraut sei, nach Italien zu entsenden, um der italienischen Regierung alle gewünschten Informationen zu geben. Schon einmal, vor vielen Jahren, seien die ersten Verhandlungen über ein Bündnis zwischen beiden Ländern von militärischen Unterhändlern geführt worden. Seeckt behielt sich vor, mit Stresemann über ein deutsch-italienisches Abkommen dieser Art zu sprechen und ihm zu sagen, daß er es für ratsam halte, dem deutschen Botschafter in Rom entsprechende Instruktionen zu geben.

Wenn im Jahre 1927 von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid erklärt worden ist,<sup>114</sup> die italienische Regierung habe sich erboten, im Rahmen einer Zusammenarbeit beider Länder an Deutschland Waffen zu liefern, so läßt sich der wirkliche Sachverhalt heute auf Grund der italienischen Dokumente genauer feststellen. Ein konkretes Angebot, Waffen zu liefern, ist Deutschland von Mussolini nicht gemacht worden, während die deutschen Generale sich in Anbetracht der prekären Rüstungslage des Reiches zunächst einmal an dieser praktischen Frage interessiert zeigten. Was von italienischer Seite aus hierzu in den Berliner Besprechungen gesagt wurde, entsprang wahrscheinlich eher der persönlichen Initiative des Botschafters De Bosdari.<sup>115</sup> Die unvermittelt kommende Sondierung Mussolinis war vorerst grundsätzlicher Natur, schloß allerdings die Möglichkeit weitreichender praktischer Konsequenzen, auch militärischen Charakters, in sich. Daß aber die deutsche politische Leitung für ein so unrealistisches, ja abenteuerliches Angebot ernstliches Interesse bekundet hätte, davon kann selbst in der verzweifelten Situation Deutschlands im Herbst 1923 trotz der freundlichen Reaktion Stresemanns und Maltzans auf den italienischen Schritt nicht die Rede sein. Beide hatten den italienischen Diktator im Endeffekt auf die konkreten Fragen der rauhen deutschen Wirklichkeit – Wirtschaftslage, Reparationsproblem und Militärkontrolle – zurückgelenkt.<sup>116</sup> Der italienische Botschafter motivierte dies freilich nach seiner Denkweise oder im Sinne der Denkweise seines Chefs.

<sup>114</sup> Vgl. den bei Salvemini a.a.O., S. 59 zitierten Artikel Breitscheids im Berliner „Vorwärts“ vom 29. Dez. 1927.

<sup>115</sup> Für Breitscheids weitere Behauptung (ebenda), daß „der Reichswehrminister“ sich von der gesamten Frage distanziert habe, nachdem er ihr zunächst positiv gegenübergestanden hätte, bieten die italienischen Dokumente, in denen lediglich die Person des Chefs der Heeresleitung erscheint, naturgemäß keine Unterlage.

<sup>116</sup> Vgl. dazu die in Anm. 111 zitierten Informationen des britischen Botschafters über die deutsche Haltung.

Als Bosdari Anfang Januar 1924 mit den Berichten seines Marineattachés in Rom eintraf, stand, ohne sein Wissen, seine Zusammenkunft mit Mussolini bereits unter dem Einfluß der aussichtsreichen Verhandlungen mit Jugoslawien über Fiume. Dem Botschafter wurde denn auch keine Gelegenheit gegeben, Mussolini seine Berichte vorzutragen; vielmehr behielt dieser die Akten, wie es hieß, zu eingehenderem Studium und zur Vorbereitung für eine zweite Besprechung. Bevor er sich verabschiedete, betonte Bosdari noch einmal, daß er Seeckt als den Vertreter alles dessen betrachtete, was in Deutschland noch an Festigkeit und Dauerhaftigkeit vorhanden sei, und ihm durchaus vertraue. Dagegen gab er seinen Bedenken hinsichtlich Stresemanns und Maltzans<sup>117</sup> Ausdruck und riet, die nächsten Wahlen in Deutschland abzuwarten, um zu sehen, ob sie durch neue und verlässlichere Männer abgelöst werden würden!

Die zweite Zusammenkunft von Botschafter und Duce, acht Tage später, war jedoch ebenso ergebnislos. Mussolini bemerkte zu den Berliner Berichten, wie man denn wissen könne, ob das, was die deutsche Seite gesagt habe, der Wahrheit entspreche. Er persönlich sei dafür, die kommenden deutschen Wahlen abzuwarten. Am nächsten Tage erfuhr Bosdari von dem umfassenden Charakter des italienisch-jugoslawischen Vertrages<sup>118</sup> und fand die Erklärung für Mussolinis Verhalten darin, daß die politischen Voraussetzungen für ein Militärabkommen mit Deutschland, wie sie ein halbes Jahr vorher bestanden hatten, nicht mehr gegeben seien.<sup>119</sup>

## V

Zusammenfassend läßt sich über die Haltung Mussolinis in den Krisenjahren 1922–23 der Weimarer Republik etwa sagen: Gegenüber der Zeit vor dem Marsch auf Rom zeichnet sich bei ihm trotz der teilweise chaotischen Verhältnisse im Reich eine stärkere Einschätzung der machtpolitischen Potenz Deutschlands ab, wobei jedoch das Bestehen nationalsozialistischer Strömungen noch keine Rolle spielt. Diese positive Einschätzung Deutschlands fand jedoch nur vorübergehend, auf dem Höhepunkt der Fiumekrise, eine schärfere, wenn auch wenig realpolitische Ausprägung und wich sehr bald wieder dem alten skeptischen Mißtrauen, das lange vor dem Marsch auf Rom in Erscheinung getreten war und auch die Reaktionen Mussolinis vor und während der Ruhrkrise mitbeeinflusste. In dem gleichen Maße, in dem es Deutschland nach 1923 gelang, seine innerpolitische und wirtschaftliche Krise zu überwinden, und dabei die Stresemannsche Außenpolitik einer deutsch-französischen Annäherung sich durchsetzte, kam auch die ablehnende Haltung Mussolinis Deutschland gegenüber schärfer zum Ausdruck. Im ganzen war und blieb das jeweilige deutsch-französische Verhältnis für Mussolinis Einstellung zu Deutschland bestimmend.

<sup>117</sup> Vgl. dagegen die Beurteilung Maltzans durch den amerikanischen Botschafter Houghton vom Dezember 1924 bei Felix Hirsch, „Stresemann, Ballin und die Vereinigten Staaten“ in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 34.

<sup>118</sup> Min. II, S. 407 (Nr. 587).

<sup>119</sup> Ebenfalls nach dem Auszug aus De Bosdaris Memoiren.

KURT SONTHEIMER

## ANTIDEMOKRATISCHES DENKEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Die hier folgende Abhandlung wird gegen das Mißverständnis abzuschirmen sein, als wolle sie im Stil des üblichen Suchens nach „Vorläufern“ den Nationalsozialismus zu einem Ergebnis der Literatur- und Geistesgeschichte machen. Aber in der Fragestellung wie auch in der sachlichen Aufhellung eines Sektors politischen Denkens, nicht zuletzt auch im warnenden Hinweis auf die Verantwortlichkeit des Geistes, enthält sie Anregungen zum Arbeitsgebiet dieser Zeitschrift, die wir gerne vor unsere Leser bringen.

H. R.

Montesquieu hat in der Tugend das Lebensprinzip der Demokratie gesehen. Er hat dieses Prinzip streng geschieden von der Natur der Demokratie als ihrer formalen Staatsstruktur. In der Verfassung von Weimar hatte Deutschland zum erstenmal in seiner Geschichte ein demokratisches Grundgesetz bekommen. Am formal demokratischen Charakter dieser Verfassung ist nie gezweifelt worden. Wie war es möglich, daß sie nur 14 Jahre in Kraft blieb, ja daß sie den Weg freimachte für einen deutschen Totalstaat, der in nicht weniger als zwölf Jahren durch einen selbstmörderischen Krieg ganz Europa in Trümmer stürzte und eine völlige Neuordnung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses bewirkte?

Es ist daher politisch wie historisch bedeutsam zu fragen: Woran ist die Weimarer Republik zugrunde gegangen? An der Weltwirtschaftskrise, am Verhältniswahlrecht, an der außenpolitischen Belastung, an den Reparationen, an einer superdemokratischen Verfassung, die nicht mit verfassungsfeindlichen Gruppen gerechnet hatte, an dem Mangel an staatlicher Integration? Alle diese Antworten lassen sich mit Recht anführen und sind auch verschiedentlich gegeben worden. Diesem Bündel von eng miteinander verknüpften Faktoren ist aber ein weiterer hinzuzufügen: die vorwiegend kritische Stellung der geistig führenden Schichten zum republikanisch-demokratischen Staat. Diese Demokratie sah sich von Anfang an zur notdürftigen Existenz in einem geistig vorwiegend antidemokratischen Klima verdammt. Sie wurde ins Leben gerufen in einem Augenblick, in dem das deutsche Geistesleben noch entschiedener als bisher von der mit der Entwicklung der liberalen Demokratie verknüpften westeuropäischen Tradition der Aufklärung, des Liberalismus und des säkularen Naturrechtsdenkens abrückte und in einer vehementen Erneuerung romantischen Denkens und Fühlens einen eigenen Weg auch im Politischen suchte. Die bloße Existenz einer formaldemokratischen Verfassung mußte die Opposition gegen die ideologischen Grundlagen der liberalen Demokratie nur noch stärken, so daß die Weimarer Republik schließlich in einem geistigen Raum vegetierte, in dem alles, was sie von innen heraus stärken und stützen konnte, nicht mehr tragfähig war. Sie war eine Demokratie, in der es weithin keine demokratische Gesinnung gab. Sie war eine Republik, die ihr inneres Lebensprinzip, das Montesquieu die Tugend nennt, verloren hatte, ja, die auf Grund der geistigen Situation

der Zeit gar nicht dazu kommen konnte, dieses Prinzip zu beleben und ins Spiel zu bringen. Es war die Tragik dieser Demokratie, daß sie dazu verurteilt war, durch ihren Formalismus, der sich durch ein langsames Vertrautwerden mit den demokratischen Institutionen vielleicht hätte überwinden lassen, zu immer stärkerer Kritik herauszufordern und schließlich den Weg zu ihrer eigenen Vernichtung freizulegen.

Die Wirksamkeit des Geistes in der Geschichte ist unbestritten. Es wird für den Historiker jedoch immer schwierig bleiben, den Anteil ideeller Triebkräfte an der geschichtlichen Entwicklung genau zu bestimmen. Zu innig ist das Geistige verwoben mit den konkreten, materiellen Bedingungen des Lebens, zu eng ist es verknüpft mit dem Gesamtzusammenhang des Daseins, als daß man es in seiner prägenden Kraft und Wirksamkeit exakt bestimmen könnte. Aber es gibt keine geschichtliche Situation, in der das geistige Moment, der Impuls der Ideen und Leitbilder, nicht im Spiele wäre. Die Weimarer Demokratie dürfte ein instruktives Beispiel dafür sein, wie die formale politische Struktur und die vorherrschenden geistigen Bewegungen einer Nation in ein wachsendes Mißverhältnis zueinander geraten und wie dieses Mißverhältnis schließlich, begünstigt von einer Reihe von Real faktoren, wie Wirtschaftskrise usw., zu einer folgenschweren Verwandlung der politischen Struktur beiträgt. Verfassungsrechtliche Struktur und geistiges Selbstverständnis eines großen Teiles der Nation traten in diesem Staat in ein Verhältnis zunehmender Spannung, anstatt in das der notwendigen Übereinstimmung. Es bestand eine tiefe Kluft zwischen politischer Existenz des Staates und den geistigen Auffassungen, die den Staat tragen und erhalten sollten.

Antidemokratische Geistesströmungen hat es in Deutschland und nicht nur in Deutschland schon vor den zwanziger Jahren gegeben.<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang nennt man immer wieder die Ideen der deutschen Romantik, die Überwindung der Aufklärung in der Philosophie des deutschen Idealismus vornehmlich bei Hegel, Fichte und Schelling, dann fortgesetzt in der Philosophie Schopenhauers und schließlich gipfelnd im Werk Friedrich Nietzsches. Dazu kommen weniger bedeutende, aber einflußreiche Denker wie Constantin Frantz, Paul de Lagarde, Chamberlain und andere. Der deutsche Geist hatte sich in einigen seiner führenden Vertreter seit der Romantik abgewandt von der naturrechtlich-humanitären, in der Aufklärung begründeten Tradition des Westens und stellte dieser Tradition eine organische, das historische Wachsen und Werden stärker betonende Schwere entgegen.<sup>2</sup> Dieser Gegensatz brach in den zwanziger Jahren in voller Schärfe auf, als im Angesicht einer „westlichen“ Staatskonstruktion von vielen Seiten versucht wurde, die deutschen, aus der romantischen Gegenrevolution stammenden Ideen gegen die abschätzig als „westlerisch“ bezeichneten Ideen zu behaupten. Die-

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Rohan Butler: *The Roots of National-Socialism*, 1944. Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft*, Berlin 1953. *The Third Reich*, London 1955, passim.

<sup>2</sup> Ernst Troeltsch: *Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik*, in: „*Deutscher Geist und Westeuropa*“, Tübingen 1925.

ser Versuch, ein eigenes deutsches Denken auch im Bereich des Politischen den westeuropäischen Auffassungen von Parlament, Demokratie und politischem Liberalismus entgegenzustellen, mußte dem bestehenden demokratischen Staat weithin den geistigen Boden entziehen. In dieser Bewegung des Geistes, die in ihrer politischen und sozialen Ausrichtung antidemokratisch war, war auch ein Stück Lebensphilosophie von Bedeutung gewesen. Die Kategorie des Lebendigen, des organisch Gewachsenen, des Vitalen wurde in den Vordergrund gerückt. Aus der Thematik der Lebensphilosophie und des organizistischen Denkens kommen die wichtigsten begrifflichen Gegenüberstellungen, die die literarische Diskussion um eine politische Neugestaltung des Reiches belebten: Formalismus der Verfassung gegen lebendigen Ausdruck des Volkswillens; Mechanismus der Gesellschaft gegen Qualität einer Elite oder Führerschaft; amorphe Masse gegen eine hierarchisch und ständisch gegliederte Sozialstruktur; anonymen Herrschaftsapparat gegen persönliche Verantwortlichkeit eines Führers; egoistisches Parteiinteresse gegen Dienst am Volke; kalte, gefühlsleere Gesellschaftsbeziehungen gegen innerlich gefestigte, organisch gewachsene Gemeinschaftsformen; Zivilisation gegen Kultur . . .

Die geistige Bewegung dieser Jahre, wie sie in der Jugendbewegung ihren vielleicht deutlichsten Ausdruck findet,<sup>3</sup> versteht sich von dem lebensphilosophischen Ansatz her als ein Ausbrechen aus erstarrten gesellschaftlichen Formen, als Ausdruck eines unmittelbaren menschlichen Gemeinschaftswillens, als Reaktion gegen historisch gewachsene Tradition und Bindung; Quantität der Stimmen gegen eine fortschreitende Nivellierung des Menschen in der industriellen Massengesellschaft. Im Bereich des Politischen konnte sich dieser geistige Wille gegen die liberale Demokratie richten. Man sah in ihrem egalitären Ansatz das Mengenprinzip der Quantität, in der Verfassung einen bloßen Formalismus, in der Machtausübung eine Anonymität der Herrschaft, einen Stil der Entscheidungslosigkeit und Passivität. So gingen vom geistigen Leben der Zeit wenig befruchtende Wirkungen auf das demokratische System aus; die Demokratie von Weimar vegetierte sozusagen in einem geistigen Vakuum, umgeben von einer Unzahl von Ideen und Weltanschauungen, die diesem Gebilde den Anspruch auf staatliche Formung erbittert streitig machten.

Es wird einer gründlichen, nicht sehr leicht durchzuführenden Untersuchung bedürfen, um herauszuarbeiten, welche soziologische Breitenwirkung die antidemokratischen Ideen hatten. Das kann hier nicht geschehen. Es soll auch nicht den vielfältigen Ursprüngen dieses Denkens nachgespürt werden. Es gilt, hier nur einmal die hervorstechendsten Gedankenkreise dieser antidemokratischen Literatur darzustellen. Man kann innerhalb des antidemokratischen Schrifttums trotz der großen Vielfalt und Nuanciertheit der an ihm mitwirkenden Autoren, von Thomas Mann über Ernst Jünger, Moeller van den Bruck bis Carl Schmitt, um nur einige zu nennen, eine Reihe von allgemein verbreiteten Vorstellungen und Gesichtspunkten finden, die es erlauben, eine halbwegs systematische Behandlung des Stoffes anhand

<sup>3</sup> Vgl. Theodor Litt: *The national-socialist Use of moral Tendencies in Germany*, in: „*The Third Reich*“, S. 438 ff.

der literarischen Topoi vorzunehmen. Der Vorteil dieser Methode liegt darin, daß auf diese Weise das System der antidemokratischen Anschauungen in einer gewissen Modellhaftigkeit hervortritt, während eine Behandlung nach den Hauptvertretern, gerade wegen ihrer Übereinstimmung in vielen entscheidenden Punkten, zu überflüssigen Wiederholungen führen müßte. Es kann nicht die Absicht dieser kurzen Abhandlung sein, die historische Bedeutung des antidemokratischen Denkens für die Weimarer Republik und die Zeit nach ihr auch nur annähernd zu bestimmen und seinen Anteil an der geschichtlichen Entwicklung gegenüber anderen Determinanten abzugrenzen. Sie will zunächst nur überhaupt das Augenmerk auf die politischen und weltanschaulichen Denkweisen dieser Zeit richten, als einen Forschungsgegenstand, der gerade von deutscher Seite einer eingehenden Behandlung bedarf. Dies um so mehr, als verschiedene ausländische Beobachter, etwa Vermeil, Butler und Lukács, die Verbindungslinien zwischen deutschem Geist und jüngster deutscher Geschichte wohl manchmal allzu unbekümmert ziehen. Es werden deshalb hier nur die antidemokratischen Ideenkreise behandelt, ohne ihre konkrete Verknüpfung mit der jeweiligen historischen Lage mehr als andeutungsweise zu berücksichtigen. In dieser Hinsicht bleibt noch viel Arbeit vor allem wissenschaftssoziologischer Art zu leisten. Die zitierten Stellungnahmen dürften typisch für das antidemokratische Denken sein, ohne daß die erwähnten Autoren unbedingt seine führenden und einflußreichsten Vertreter gewesen wären. So will dieser Beitrag jedenfalls nicht ein Scherbengericht veranstalten, sondern einen Aspekt unserer jüngsten Geschichte ins Licht rücken, der bisher kaum die nötige Beachtung gefunden haben dürfte.

Es ist heute eine Binsenwahrheit, daß die Weimarer Demokratie nicht allein dem Angriff der politischen Rechten, sondern auch dem Ansturm der politischen Linken, d. h. der Kommunisten, erlegen ist. Wenn wir es uns hier versagen, auf die antidemokratischen Ideen der extremen Linken einzugehen, so darum, weil die Struktur dieses Denkens von der politik-wissenschaftlichen Forschung bereits weitgehend erschlossen ist und vor allem, weil diese Form des antidemokratischen Denkens im deutschen Geistesleben der Jahre 1919 bis 1933 letztlich doch keine erhebliche Rolle spielte. Soziologisch gesehen hatte das antidemokratische Denken der Rechten weitaus größere Bedeutung. Es konnte seine aktive politische Wirksamkeit auf dem Boden eines Geisteslebens entfalten, dessen ausgesprochen kulturkritische Tendenz einer Republik- und Demokratiefeindlichkeit Vorschub leistete. Das geistige Klima, wie es etwa die damaligen Universitäten und anderen Bildungsanstalten beherrschte, war von einer tiefgreifenden Krise des Geistes bestimmt, zu deren Ausbreitung die unbewältigte Tatsache des verlorenen Krieges und die Wirren der Revolution wesentlich beitrugen. Daß die antidemokratischen Strömungen, deren Ideengehalt uns in der Folge beschäftigen soll, eine teilweise so scharfe und kompromißlose Ausprägung erfuhren, ist in manchen Fällen auch durch die kommunistischen Tendenzen bedingt, die auf der Rechten vielfach eine besonders heftige Art bürgerlicher Reaktion erzeugten.

Es wäre zweifellos verfehlt, vom deutschen Geistesleben jener Zeit als einer Ein-



heit zu sprechen. Eine umfassende Betrachtung dürfte die vielfältigen Motivationen und Akzentuierungen des antidemokratischen Denkens nicht außer acht lassen, wozu wir hier bis zu gewissem Grade gezwungen sind. Für die historische Beurteilung der Wirksamkeit der antidemokratischen Ideen bleibt jedoch die unbestreitbare Tatsache von Bedeutung, daß ihre literarischen Erzeugnisse in der Republik von Weimar ihr gemeinsames Angriffsziel hatten. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir sie betrachten, und diese Betrachtungsweise gewinnt eine weitere historische Relevanz durch die mehr oder weniger große Nähe des antidemokratischen Denkens der Weimarer Zeit zum Ideenkonglomerat des Nationalsozialismus, der die Weimarer Republik ablöste.

\* \* \*

Die umfassendste Formel, mit der man der politischen Gestalt des Weimarer Staates gegenübertrat, war die, daß dieser Staat ein Produkt des Westens sei, daß Deutschland dagegen als das Land der Mitte eine eigene staatliche Form potentiell habe und aktuell finden müsse und nicht länger in staatlicher Schwäche den falschen Idealen eines „faulen Westlertums“ verschrieben sein dürfe. Denn diese Ideale seien gerade das Gegenteil echter deutscher Staatlichkeit, und nur wenn es gelinge, aus der Kraft unseres Volkstums, aus der Vitalität des deutschen Menschen, aus den Quellen deutschen Blutes oder den Bedingungen deutschen Bodens ein neues staatliches Gebilde zu schaffen, könnten dieser Staat und seine Kultur sich wieder zur Größe erheben und ihre echte deutsche Form finden.

Thomas Mann hatte dieses Thema schon sehr früh angeschlagen, als er in einer „mühseligen“ Arbeit gründlicher Selbsterforschung während des ersten Weltkrieges den deutschen Geist gegen den westlichen stellte, der der Geist der Politik und der Demokratie, der Zivilisation und der Literatur sei. Der Schriftsteller sah damals in der Verbündung der nationalen Demokratien des Westens gegen Deutschland eine unmittelbare Bedrohung des deutschen Geistes, der gerade nicht der Geist der Politik sei. In seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“<sup>4</sup> rang er verzweifelt um die Frage, wie man das Deutschtum vor der Vergiftung durch die Demokratisierung und Politisierung nach westlichem Muster retten könnte. Dieser Versuch, den deutschen Geist, die deutsche bürgerliche Kultur abzuschirmen gegenüber der Politik und der alles zersetzenden Zivilisation, wurde bei Thomas Mann um so verzweifelter, als er in der Gestalt des Zivilisationsliteraten, personifiziert durch seinen Bruder Heinrich, im eigenen Vaterland den verderblichen, widerdeutschen Geist zu erkennen glaubte. Für Thomas Mann bedeutete damals Demokratisierung die Entdeutschung schlechthin. Sein Konservatismus wollte „Deutschland deutsch erhalten“, Politik aber und Demokratie seien an und für sich etwas Undeutsches.

In diesen hochpolitischen Betrachtungen eines Unpolitischen wurde in schroffer

<sup>4</sup> Thomas Mann: „Betrachtungen eines Unpolitischen“, Frankfurt 1956. Das Werk entstand vor der Revolution von 1918, richtete sich bei seinem ersten Erscheinen also nicht gegen die bestehende Staatsform. Seine große Wirkung entfaltete es aber gerade in der Zeit nach dem ersten Weltkriege, so daß es nicht ohne Grund hier einbezogen wird.

Form das Deutsche allen westlichen Gedankeninhalten entgegengestellt. Dieses „leidenschaftliche Stück Selbsterforschung“, wie Thomas Mann es nennt, war im Grunde die letzte Bemühung eines deutschen Bürgers, durch die Abwehr von Politik und Zivilisation eine Sphäre der Kunst und Humanität rein zu erhalten, einen „Ästhetizismus“ zu pflegen, der seiner Natur nach aristokratisch war. „Ich will nicht die Parlaments- und Parteiwirtschaft, welche die Verpestung des gesamten nationalen Lebens mit Politik bewirkt . . . ich will Sachlichkeit, Ordnung und Anstand.“<sup>5</sup> Thomas Mann wollte gegenüber den Ansprüchen der westlichen Form von Politik die Wahrheit verteidigen, daß das Wesentliche des Lebens, daß das Menschliche vom Politischen nie auch nur berührt werden kann. „Deutschland als Republik“, so beschwört er seine Leser, „als Tugend-Staat mit Gesellschaftsvertrag, demokratischer Volksregierung und vollständigem Aufgehen des Individuums in der Gesamtheit, das wäre der Schrecken!“<sup>6</sup>

Mit der ganzen Leidenschaftlichkeit, deren er fähig war, hatte Thomas Mann deutsche Kultur, deutschen Geist und deutsche Humanität unpolitisch erhalten wollen; der Geist, so glaubte er damals, müsse von der Politik und ihrem humanitären Glückspathos getrennt werden; er war der festen Überzeugung, daß die politische Demokratie den Deutschen nicht entspreche. So wurde das 1918 veröffentlichte Buch für das deutsche Bürgertum eine Art Vulgär-Katechismus des antidemokratischen Denkens in seiner geistig umfassendsten Form. Thomas Mann hat sich wenige Jahre später davon distanziert und 1922 in seinem Aufsatz „Von deutscher Republik“ um der Humanität und Kunst willen Republik und Demokratie verteidigt. Er wurde darob oft angegriffen und fühlte sich mißverstanden in der Funktion der Selbsterforschung als Katharsis.

Das gleiche Thema: Deutscher Geist gegen westlichen Demokratismus, deutsches Gemeinwesen gegen westlichen Individualismus und Liberalismus, klingt in fast allen Schriften der nationalen Opposition gegen Weimar an. August Winnig, ein national-konservativ gewordener Sozialdemokrat, schreibt in „Das Reich als Republik“: „Es gehört zu den verhängnisvollsten Wirkungen des deutschen Kulturzusammenbruchs, daß der deutsche bürgerliche Geist nach seiner Wiedererhebung im 18. Jahrhundert nicht die Kraft fand, sein eigenes politisches Wesen auszubilden, sondern dem Einfluß der großen Staatsvölker des Westens unterlag.“ Aus der Ohnmacht des deutschen Bürgertums habe sich eine „Aufgeschlossenheit für das politische Wesen des Westens“ ergeben, „eine Anlehnung des deutschen politischen Denkens an das fremde Vorbild“. Der westliche Geist wird nach der berühmten Unterscheidung von Spengler als Zivilisation gesehen. Die Zivilisation ist das Entseelte, das Mechanische, das Starre, das korrupte Spiel der Interessen, der „Fremdgeist“, der Deutschlands Seele verdirbt. „Die Zivilisation“, sagt Winnig, „ist die Lebensform des Menschen ohne Ideal und hat darum nichts, was ihn über sich selbst hinausweist und ihm die Kraft zu Dienst und Opferung geben könnte. Er ist ein Mensch ohne Ehrfurcht, er hat nur Interessen. Die entseelte Arbeit und

<sup>5</sup> A.a.O., S. 255.

<sup>6</sup> A.a.O., S. 270.

die entseelte Zivilisation gehören zusammen . . . Wo das Herz krank ist, da hilft es dem Menschen nichts, daß er seidene Wäsche trägt.“ „Bisher“, so schreibt derselbe Autor, „lebten wir in fremden Wertungen, lebten nach dem Geist der Westvölker . . .“ Die „jungen Kräfte . . . bäumen sich auf gegen die alten Wertungen, sie . . . fühlen sich abgestoßen vom mammonistischen Denken und seinen Idealen, sie entziehen sich dem Dienste der Scheinautoritäten und suchen den Ausweg aus der seelischen Wüste des Spätgeistes.“

An anderer Stelle sagt Winnig: „Die Lebensformen der Zivilisation sind nicht von uns geschaffen, wir haben sie übernommen. Der nicht in sie hineingeborene deutsche Mensch fühlt ihre Fremdheit. Er trägt den Widerstand gegen sie in sich. Es ist der Widerstand gegen die Entseelung des Lebens, in welcher der Deutsche die Gefahr der Auflösung und des Verfalls der Gemeinschaft wittert. Aus dem volkhaften deutschen Wesen ergibt sich die Abwehrstellung gegen den Geist der Zivilisation.“<sup>7</sup>

In allen diesen Äußerungen wird eine ideale Vorstellung vom Deutschtum, von „deutscher Volkheit“, den Erscheinungen der Zivilisation und der industriellen Massenwelt entgegengesetzt. Der deutsche Geist wird schließlich zum alleinigen Garanten abendländischer Kultur, und alles, was an Deutschland als schlecht empfunden wird, also Demokratie, Zivilisation, Vermassung . . . gilt als ein Ausdruck des Undeutschen und Westlerischen, das die Deutschen in ihrer nationalen Schwäche bei sich haben eindringen lassen und das man wieder vertreiben muß, wenn man das Reich, Deutschland, die abendländische Kultur bauen will.

Bei Othmar Spann, dem einflußreichen Soziologen der Weimarer Tage, ist der Gegensatz von Deutschtum und Westlertum reduziert auf den Gegensatz von Individualismus und Universalismus.<sup>8</sup> Spann spricht von einer Krise des Zeitgeistes und glaubt zu sehen, daß eine alte Ideenrichtung, der aus dem Westen stammende Individualismus, abstirbt und eine neue Denkweise, die er die ganzheitliche nennt, sich Bahn bricht. „Auch das deutsche Volk“, sagt Spann, „hat Schmerzen und Ungemach, ja Schmach erduldet; nun gilt es, die Schmach zu sühnen, die Eiterbeule, die da heißt Demokratie und Marxismus, auszuschneiden.“ Demokratie, Liberalismus und Sozialismus sind für Spann ein Produkt des Individualismus. Dieser sei kulturfeindlich. „Wer den Kulturstaat will“, sagt Spann, „wer ein Geistiges vom Staate verlangt, kann nicht mehr Demokrat sein.“ Demokratie bedeutet für Spann die Herauslösung des Individuums aus dem Ganzen, die Atomisierung des Menschen, die Mechanisierung der Gesellschaft. Demokratisch ist für ihn synonym mit lösen, bindungslos machen. Von seiner Position her kommt Spann zu einer neuen wissenschaftlichen Methodik, die für den vorherrschenden Typus antidemokratischer Weltanschauung charakteristisch sein dürfte. Diese Position ist apriorisch statt relativistisch; deduktiv statt induktiv; intuitiv statt empiristisch; sie ist durch-

<sup>7</sup> August Winnig: *Das Reich als Republik*, Stuttgart 1928, S. 37, 42, 333 ff.

<sup>8</sup> Dieser Gegensatz liegt fast allen Arbeiten Spanns zugrunde. Für die politische Geistesgeschichte am ergiebigsten sind seine Vorlesungen über den „Wahren Staat“, Leipzig 1921.

setzt mit Irrationalität, sie ist inneres Wesen statt Aufklärung, sie ist metaphysisch statt ametaphysisch.<sup>9</sup>

Deutschland als dem Land des universalistischen Denkens wird die Aufgabe zugewiesen, sich dem verderblichen, zur Anarchie führenden Individualismus des Westens entgegenzustellen. Mit dem Anspruch des Propheten sagt Spann in seinem „Wahren Staat“: „Wenn das deutsche Volk einmal nach vielen Jahrtausenden nicht mehr da sein wird, dann wird doch ein ewiger Glanz an dem deutschen Namen haften, weil der deutsche Geist die abendländische Kultur vor dem Untergang bewahrte, indem er sich den würgenden Umarmungen der Mitgardschlange des Individualismus entwand.“<sup>10</sup>

Spann geht es um eine der Romantik entlehnte, an einem Idealbild des Mittelalters orientierte organische Konstruktion des Staates. Je reiner ein solches Idealbild vor Augen steht, um so härter ist die Kritik an der liberalen Wirtschaft, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, der Demokratie, kurz: an den „westlichen“ Ideen.

Ernst Jünger, der in seiner Studie über den Arbeiter die neue heroische Gestalt des nachliberalen Menschen zeichnet, sieht die Demokratie bereits im Zustande der Verwesung. Er sagt: „Das Gesicht der späten Demokratie, in das Verrat und Ohnmacht ihre Zeichen eingegraben haben, ist allzu bekannt. In diesem Zustande sind alle Mächte der Verwesung, alle abgelebten, fremden und feindlichen Elemente herrlich gediehen.“ Man müsse alle jene Schlupfwinkel ausbrennen, aus denen in den Stunden der höchsten Inanspruchnahme der Verrat wie aus dem Bauch des trojanischen Pferdes seine Hilfstruppen entlasse.<sup>11</sup> Für Ernst Jünger hat in der Demokratie die Gesellschaft über den Staat triumphiert. Der Staat sei den gesellschaftlichen Massen unterworfen, während er in Wahrheit über ihnen zu stehen habe. Dazu kam es nach Jünger durch die Lehre vom Staatsvertrag und die aus ihm entwickelten bürgerlichen Freiheiten. Alle verantwortlichen Bindungen an den Staat seien in Vertragsverhältnisse auf Kündigung umgewandelt. Aber der liberale Nationalstaat, sagt er, die politische Wende ankündigend, sei für uns Ausland geworden, ja schon immer gewesen.

Oswald Spengler hat in seinen weitverbreiteten politischen Schriften ein deutsches politisches Prinzip dem Prinzip westlicher Demokratie und westlichen Liberalismus' entgegengestellt. In „Preußentum und Sozialismus“ aus dem Jahre 1919 beschreibt er die Verbindung von preußischem Staatsgedanken und gesellschaftlicher Einheit als die Deutschland gemäße politische Form. „Jede Kultur und jedes einzelne Volk einer Kultur führt seine Geschäfte und erfüllt sein Schicksal in Formen, die mit ihm geboren und die dem Wesen nach unveränderlich sind. Ohne die Beziehung auf ein bestimmtes Volk sind Republik, Parlamentarismus, Demokratie bloße Redensarten. England hat alle Staaten ohnmächtig gemacht, denen es das

<sup>9</sup> Othmar Spann: *Der Wahre Staat*, S. 300, 118, 95.

<sup>10</sup> A.a.O., S. 92.

<sup>11</sup> Ernst Jünger: *Der Arbeiter*, Hamburg 1932, S. 236.

Gift seiner eigenen Form als Arznei überreichte.<sup>12</sup> Indem nun Deutschland auf die liberale Demokratie englischen und französischen Musters einging, verlor es sein staatliches Prinzip. Es war deutsche Narrheit, meint Spengler, die parlamentarische Demokratie einzuführen, als sie selbst in den klassischen Ländern der Demokratie bereits im Niedergehen war. Er fordert rigoros die Befreiung Deutschlands von den Formen der englisch-französischen Demokratie. Er glaubt, in Preußentum und antimarxistischem Sozialismus den Kern deutscher Staatlichkeit zu erkennen, und sucht ihn freizulegen gegenüber der Überfremdung durch ausländische Formen.

Allen diesen Autoren – es ließen sich noch viele anführen – ist, wie gesagt, gemeinsam die Front gegen das sogenannte Westlertum. Die aus der Französischen Revolution und dem englischen wirtschaftlichen Liberalismus stammenden Ideen gelten als widerdeutsch. Der Staat von Weimar, der die liberale Demokratie in Deutschland verkörperte, mußte demnach als Inkarnation des Antinationalen erscheinen. Das philosophische Prinzip, aus dem dieser Angriff gegen das Liberale, gegen die Demokratie, gegen die Prinzipien der industriellen Massengesellschaft im Zeitalter des Kapitalismus gespeist wird, ist der Begriff des Organismus, der Ganzheit. Das Instrument zur Erkenntnis dieser organischen Zusammenhänge ist nicht eine „einseitige“ Vernunft, sondern die Intuition, die Wesensschau. Die ratio wird als Erkenntnisorgan zurückgedrängt, sie verhilft angeblich nicht zum eigentlichen Wissen. Moeller van den Bruck z.B. spricht vom Verstand als dem gemäßen Erkenntniswerkzeug und meint damit ein gefühlsbestimmtes Erkennen.<sup>13</sup> Im Kielwasser der großen geistigen Umwälzungen, die bei uns nach 1900 auf allen Gebieten der Geisteswissenschaften zu einer Neuorientierung und entschiedenen Abkehr von Positivismus und Rationalismus führten, tobt sich ein durch praktisch keine Vernunftkontrollen gebändigter politischer Romantizismus aus, der das tatsächliche Vorhandensein irrationaler gesellschaftlicher Kräfte durch den Irrationalismus seines politischen Wollens gefährlich steigert. Der deutsche Geist, so glaubt man, sei allein imstande, die verhängnisvollen Folgeerscheinungen der Aufklärung und des Liberalismus für die moderne Welt durch neue Konzeptionen und Formen zu ersetzen. Die Kritik dieser Autoren an der Republik ist eine Kritik an den Fundamenten, auf denen der liberaldemokratische Verfassungsstaat beruht. Sie hat als Kritik einen unverkennbaren Totalitätscharakter.

Innerhalb dieser eindeutigen Frontstellung gibt es nun eine Reihe weiterer Topoi, die in der Literatur der nationalen Opposition gegen Weimar immer wiederkehren und noch kurz herauszustellen sind:

Die politische Institution der Republik, die am meisten bekämpft wurde, war das Parlament. Als parlamentarische Demokratie hatte die erste deutsche Republik sich verfassungsmäßig ausgewiesen; als solche ist sie immer wieder in ihren geistigen Grundlagen in Frage gestellt worden.

Carl Schmitt hat in seiner Untersuchung über die „geistesgeschichtliche Lage

<sup>12</sup> Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus, in „Politische Schriften“, München 1955, S. 57.

<sup>13</sup> Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich, 2. Auflage, Berlin 1926, S. 286.

des Parlamentarismus“<sup>14</sup> eine der bedeutendsten Schriften zu diesem Problemkreis geschrieben. Er wollte mit seiner Arbeit „den letzten Kern der Institution des modernen Parlaments treffen“. Sahen viele andere Autoren in der parlamentarischen Demokratie einfach eine ausländische Importware, die Deutschland um seiner nationalen Gesundheit willen ausscheiden sollte, so wies dieser Staatsrechtler darauf hin, daß der Parlamentarismus heute aller geistigen Grundlagen entbehre. Das Parlament als politisches Instrument des Bürgertums des 19. Jahrhunderts, beruhend auf dem Prinzip der allgemeinen Diskussion, hat nach Schmitt „seine bisherige Grundlage und seinen Sinn verloren“. Es stehe der plebiszitären Massendemokratie des industriellen Zeitalters im Wege. Das Parlament sei eine veraltete Institution, nicht mehr tauglich als oberstes Organ der politischen Willensbildung.

Dem so verstandenen Parlamentarismus stellt Schmitt eine eigene Auffassung von Demokratie gegenüber. Das Parlament, das als ein Produkt eines nun immer mehr verblassenden Liberalismus gesehen wird, steht im Gegensatz zur Demokratie als *volonté générale*, als Identität von Regierenden und Regierten. Demokratie wird wesentlich als Akklamation verstanden und allen liberalen Inhalts entkleidet. So kommt es zu einer scharfen begrifflichen Trennung von Liberalismus und Demokratie, ja zu einer Behauptung von Wesensgleichheit zwischen Demokratie und Diktatur. Prof. M. J. Bonn sprach diesen Sachverhalt sehr klar aus: „Parlamentarismus und Diktatur sind Gegensätze. Aber Demokratie und Diktatur schließen sich nicht aus. Ein Diktator kann durch Plebiszit gewählt werden.“<sup>15</sup>

Auch Prinz Rohan, Herausgeber der Zeitschrift „Europäische Revue“, spricht von einer notwendigen Fortentwicklung der Demokratie im völkischen Sinne, da ihre bisherige Form als zu primitiv erkannt worden sei.<sup>16</sup> „Der Staat“, klagt M. H. Böhm, ein Mitglied des Kreises um Moeller van den Bruck, „diese bevorzugte Ausgeburt des neuzeitlichen Verständlertums, hat seinen Höhepunkt überschritten. Er hat sich gänzlich dem rein mechanischen Prinzip des Parteiparlamentarismus verschrieben. Damit hat er seine Seele ausgehaucht. Der Verwesungsgeruch, der ihn umgibt, zeigt es an.“ Böhm, dem es auf die „Selbstbeherrschung des Volksganzen“ ankommt, sieht den „Volksleib in formaler Demokratie verzwängt“, er strebt nach einer neuen Demokratie korporativen Charakters, die nur entstehen könne, wenn die formalen Irrbilder des Westens überwunden seien.<sup>17</sup>

Es ist also nicht immer die Demokratie überhaupt, die zur Zielscheibe der Kritik gemacht wird. Es ist die parlamentarische Demokratie, die Parteiendemokratie, die liberale Demokratie, wie sie der Westen ursprünglich entwickelt hat. Sie gilt es dem Charakter der Zeit entsprechend zu überwinden. Sie habe im Zeitalter der industriellen Massen keine Berechtigung mehr. Die Zeichen der Zeit deuten viel-

<sup>14</sup> Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 2. Aufl., München/Leipzig, 1926.

<sup>15</sup> M. J. Bonn: in „Neue Presse“ Wien vom 5. 1. 1926, zit. b. <sup>16</sup>.

<sup>16</sup> Karl Anton Prinz Rohan: Umbruch der Zeit, Berlin 1930.

<sup>17</sup> Max Hildebert Böhm: Körperschaft und Gemeinwesen, Grundbegriffe der Politik, Heft 1, Leipzig 1920.

mehr auf andere Formen politischer Gestaltung. Carl Schmitt verweist in anderem Zusammenhang auf das Auftreten des politischen Mythos als Beispiel für irrationale Kräfte des politischen Lebens. Der Gedanke der völkischen Einheit wird ausgespielt gegen den Interessenpluralismus der Gesellschaft und dessen Vertretung im Parlament.

Mit dem Parlament wurden logischerweise auch die Parteien angegriffen. Sie wurden nicht allein als konkrete politische Organisationen in ihren jeweiligen Handlungen und Zielsetzungen kritisiert. Der Angriff auf sie war total, d. h., sie wurden als solche in Frage gestellt. Man sah in der Parteibildung nicht ein notwendiges Mittel zur politischen Willensformierung in einer durch eine Pluralität von verschiedenartigen Interessen bestimmten Gesellschaft, sondern ein desintegrierendes Moment des Staates schlechthin, hinter dem jeweils das nackte Gruppeninteresse stand. Spengler schrieb 1924 in seiner polemischen Schrift: „Der Neubau des Deutschen Reiches“:

„Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine Firma. In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von Parteien, nicht von Macht, von Ehre und Größe, sondern von Parteien, keine Rechte, sondern Parteien, kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von Parteien. So ist der deutsche Parlamentarismus. Seit fünf Jahren keine Tat, kein Entschluß, kein Gedanke, nicht einmal eine Haltung.“<sup>18</sup>

Derselbe Spengler gibt zynisch eine Definition der Politik mit einer karikierenden Zitierung von Clausewitz: „Die Politik ist die Fortsetzung der Privatgeschäfte mit anderen Mitteln.“

In diesen Jahren wurde das Wort von der Quasselbude oder Nörgelbude des Parlaments schnell zum Gemeinplatz ebenso wie das vom Stimmvieh der Abgeordneten und Wähler. Spengler wiederum spricht von der Diktatur des Parteiklüngels als einer Gemeinschaft beschränktester und schmutzigster Interessen.

In all diesen Anklagen gegen die parlamentarische Demokratie und das Parteiensystem, die in sehr entscheidendem Maße auch die konservativen Kreise um Moeller van den Bruck in Berlin bestimmten, spielt offensichtlich auch ein ästhetisches Moment eine Rolle. Man spricht von den schmutzigen Interessen, weil man Politik für eine Sphäre hoher staatsmännischer Entscheidungen hält; man verachtet die Demokratie, weil ihr Prinzip der politischen Gleichheit die gesellschaftlichen Rangunterschiede nicht genügend berücksichtigt; man empfindet es in vielen, vor allem großbürgerlichen Kreisen als einen Affront, daß mit der Sozialdemokratie im wesentlichen eine Partei an die Macht kam, die ihre Führerschicht aus den niedrigen, einst nicht an der Politik beteiligten Volksschichten rekrutiert. Hinter diesen Angriffen gegen die Demokratie verbirgt sich neben jenem aristokratischen Ästhetizismus, der die Massen verachtet, eine gute Portion Ressentiment gegen politische Gleichheit und Demokratisierung des Staates. Politik soll von einer sozial heraus-

<sup>18</sup> Spengler a. a. O. (München 1924), S. 10.

gehobenen Schicht von Herren, von Tatmenschen, gemacht werden, nicht von der vermeintlichen Masse.

Das Parlament hatte im 19. Jahrhundert im wesentlichen die politisch homogene Klasse des Besitzbürgertums repräsentiert, während der kleinere Mittelstand und vor allem die Arbeiterklasse praktisch außerhalb des politischen Raumes standen. Für diese Zeit mochte das Parlament manchen Kritikern von Weimar noch eher sinnvoll erscheinen; sie mußten es jedoch um so stärker angreifen, als es zu einer Institution wurde, die allen Gruppeninteressen des Volkes Rechnung trug und dadurch den bisher vom Staat im wesentlichen ausgeschlossenen Gruppen die Möglichkeit der Beteiligung an der Gestaltung des staatlichen Lebens gab. Durch die politische Umschichtung konnte das Parlament in der Tat zu einer für alle dem alten Staat und seiner Tradition verbundenen Menschen zum Ärgernis werden, unabhängig davon, wie gut oder schlecht es funktionierte. Außerdem verschärfte sich durch die Verschiedenartigkeit der Parteiinteressen der innere Kampf im Parlament, und es traten jene nicht zu übersehenden Umwandlungen des Parlamentarismus zutage, die C. Schmitt in seiner vorerwähnten Untersuchung beschrieben hat. Die Kritik am Parlament und den Parteien wurde dabei genährt durch das wenig erhebende Bild, das sie der Öffentlichkeit boten. Die Politiker fanden jedoch in den außerordentlichen Schwierigkeiten der politischen Lage Deutschlands kaum das nach dem ersten Weltkrieg so notwendige Verständnis von seiten vieler Vertreter auch der gebildeten Schichten. Im Gegenteil! Anstatt den Maßstab ihrer Kritik aus den realen Bedingungen der deutschen Lage zu gewinnen, häuften diese ihre Anklagen auf die demokratischen Institutionen und ihre Amtsträger, als seien diese allein verantwortlich für alle politischen Schwierigkeiten im Innern und nach außen.

In den Weimarer Jahren wurde das Problem der Masse eine Hauptbeschäftigung vieler Kulturphilosophen. Masse wurde dabei vornehmlich negativ gesehen, und gerade die konservativen Kreise bemühten sich um eine Einschränkung der Vermassungstendenzen, indem sie den Wert auf Verantwortung, Bindung, Tradition, Eigenständigkeit usw. legten. Für sie war die Massengesellschaft ein Produkt der Ideen des 19. Jahrhunderts, gegen dessen geistige Strömungen sie sich zur Wehr setzten. Sie wollten der Mechanisierung und Rationalisierung des Lebens organisch gewachsene Haltungen entgegensetzen, sie wollten das qualitative Prinzip des Führertums gegen das quantitative der demokratischen Massen behaupten.<sup>19</sup> August Winnig z. B. sieht im „formfeindlichen Mengenprinzip“ das entscheidende

<sup>19</sup> Rauschning: *The Conservative Revolution*, Putnams N. Y. 1941. Die damals sehr zahlreichen Überlegungen dieser Art lassen zugleich die vielfach durchaus wohlgemeinten Intentionen ihrer Verfasser erkennen. In keiner Zeit vorher, so schien es, waren die problematischen menschlichen und kulturellen Begleiterscheinungen des industriellen Massenzeitalters so augenfällig wie nach dem ersten Weltkrieg. Die sehr unterschiedlichen geistigen Entwürfe zur Behebung der Krisensituation beleuchten die Krise des Denkens überhaupt. Der verhängnisvolle Trugschluß der Autoren der konservativen Revolution lag darin, daß sie glaubten, mit den Problemen des Massenzeitalters durch die Beseitigung der liberalen Demokratie leichter fertig werden zu können.



Kriterium der westlichen Staatsauffassung: „Die Macht im Staat wird nach der Zahl verteilt. Die Menge des Geldes oder der Wähler entscheidet über den Besitz der Macht im Staate.“<sup>20</sup> In der Gesellschaft, die die demokratisch-individualistische ablösen soll, wird es nicht auf die Zahl ankommen, nicht auf die Summe, sondern auf die Ganzheit, nicht auf das Individuelle, sondern auf das Universale, nicht auf die Mehrheit, sondern auf den Führer, dem seine Gefolgschaft nach dem Vorbild altgermanischer Treue verbunden ist. So werden in allen entscheidenden Fragen der politischen Verfassung andere Kriterien den demokratischen entgegengesetzt. Es ist keineswegs zufällig, daß diese Zeit durch Carl Schmitt das Politische als das Verhältnis von Freund und Feind definiert. Denn die Natur dieser antidemokratischen Schriften ist absolut auf die Überwindung der parlamentarischen Demokratie gerichtet. Die Vertreter dieser Demokratie werden als Feinde ausgemacht und wie Feinde bekämpft. Die innerhalb der Demokratie durchaus berechnete Kritik an deren Institutionen wird mißbraucht, weil es nicht um Reform der Institutionen, sondern um deren Abschaffung geht, um ihre Ersetzung durch eine Form des autoritären Staats, der in der Lage ist, Machtpolitik zu treiben, der die Außenpolitik entsprechend althergebrachten deutschen Vorstellungen der Innenpolitik rangmäßig voranstellt, der die angeblich ziellose Freiheit des Bürgers im demokratischen Staat verwandelt in die freiheitliche Bindung an die Gemeinschaft, der die Anonymität der demokratischen Herrschaft auflöst zugunsten der persönlichen Verantwortung eines Führers, der die seelenlose Mechanik eines staatlichen Formalismus umgießt in das lebendige Gebilde eines organischen Staatswesens, in dem Männlichkeit, Entschlossenheit, Wachstum, Herrschaft, Autorität und Heroismus zu neuer Entfaltung kommen.

Ein anderes entscheidendes Gegensatzpaar dieser Weltanschauungsliteratur ist das von Liberalismus und Sozialismus. Der Liberalismus als wirtschaftliches Prinzip richtet sich an das egoistische Interesse des einzelnen, im Politischen geht er gleichfalls aus von den Interessen des Individuums. Auf Nationen übertragen, wird er verstanden als politische Geschäftemacherei. Moeller van den Bruck läßt in diesem Zusammenhang nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig:<sup>21</sup> Der Liberalismus ist für ihn eine moralische Erkrankung der Völker, der den Volkscharakter verderbe. Der Liberalismus sei die Freiheit, keine Gesinnung zu haben und gleichwohl zu behaupten, daß eben dies Gesinnung ist. – Der Liberalismus wird bei Moeller zum Hauptschuldigen der Moderne: Er hat Kulturen untergraben, er hat Religionen vernichtet, er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstauflösung der Menschheit. Der Liberalismus gilt ihm als Ausdruck einer Gesellschaft, die sich aus den minderwertigen Teilen des Volks zusammensetzt. Der Liberalismus sei die Partei der Opportunisten und Emporkömmlinge. Das erfolgreiche Buch eines anderen Autors dieser Jahre trägt charakteristischerweise den Titel: Die Herrschaft der Minderwertigen.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> A.a.O., S. 144.

<sup>21</sup> Moeller van den Bruck a.a.O., S. 99 ff.

<sup>22</sup> Edgar J. Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich. Berlin 1930.

In einem Atemzuge wird dann mit diesem Liberalismus der Sozialismus von Marx genannt. Man weist immer wieder nach, daß dieser Sozialismus nichts als ein Liberalismus mit umgekehrten Vorzeichen sei, daß er auf denselben Prinzipien des Denkens beruhe und darum nicht minder gefährlich sei als der Liberalismus. Auf diese Weise gelang es, geistig eine Verbindung zwischen liberalen Kapitalisten und marxistischen Antikapitalisten zu ziehen und beide zu bekämpfen, eine Stellung, die z. B. von der weithin gelesenen Zeitschrift DIE TAT sehr betont bezogen wurde. Dagegen stellte man nun einen volkhaften deutschen, nationalen Sozialismus. Spengler hat ihn mit dem Preußentum verbunden und daraus etwas wie eine Volksgemeinschaft der Diener des Staates gemacht. „Wir sind die radikalsten, reinsten und echtsten Sozialisten, die jemals eine Nation hervorgebracht hat. Denn unser Sozialismus ist nicht Eigennutz, sondern uneigennützigster Idealismus. Dieser unser ganz neuer Begriff des Sozialismus, der aus der Nation geboren ist, steht himmelhoch über allem Klassensozialismus marxistischer Prägung. Wir wissen heute, daß der marxistische Klassensozialismus überhaupt kein echter Sozialismus gewesen ist, sondern der schlimmste Verrat am wahren sozialen Gedanken. Sozialismus das ist uns: die reinste soziale Sachlichkeit, Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit zum ausschließlichen Wohl und im Dienst der menschlichen, der nationalen Sozietät. So verschmelzen uns heute Sozialismus und Nationalismus in eins zu dem neuen, dem ersten deutschen Sozialismus . . .“<sup>23</sup>

Die völkische Lebensform, die als wie auch immer geartete Vorstellung die Kritik an der formalen Weimarer Demokratie beflügelt, wird soziologisch charakterisiert durch das Prinzip der Gemeinschaft. Die bekannte Gegenüberstellung: Gemeinschaft und Gesellschaft wird hier politisch gesehen als die Aufgabe, die liberale, auf Vertrag beruhende Gesellschaft, deren Regierungsform die parlamentarische Demokratie ist, durch eine innerlich verbundene staatliche Gemeinschaft, durch Volksgemeinschaft, durch Volkhaftigkeit, durch Blut- oder Rassegemeinschaft abzulösen. Dieser Begriff der Gemeinschaft zielt auf die Erfassung des gesamten Menschen. In der Gesellschaft, so argumentiert man, ist er nur funktional engagiert, atomisiert und dem Volksgeist entfremdet, in der Gemeinschaft dagegen steht er unter dem Gesetz des Ganzen, unter der Autorität des Führers; er verschreibt sich ihr ganz, widmet sich ihrem Dienst und erfährt darin höchstes Menschentum. Alle diese Auffassungen zielen auf die Überwindung des Gegensatzes zwischen Gesellschaft und Staat; sie wollen die Einheit des staatlichen Ganzen, von der Spitze bis in den entferntesten Winkel des Staates, „die Einung im Geiste“, sie wollen eine Gesellschaft, die von der staatlichen Führung das Prinzip ihrer Gestaltung empfängt, die trotz ihrer rangmäßigen Gliederung, z. B. im Ständestaat, doch klar auf die Einheit Staat ausgerichtet ist.

Eine entscheidende Rolle in der Ideengeschichte dieser Tage spielte nun der neue Demokratiebegriff. Die Mehrzahl der Autoren, die gegen den Parlamentarismus

<sup>23</sup> E. Günther Gründel: Die Sendung der jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise. München 1932, S. 399 f.

zu Felde zogen, führten, wie wir schon andeuteten, gegen den westlichen Begriff der parlamentarischen Demokratie einen anderen Demokratiebegriff ins Feld, der umgeformt war zu einer autoritären, wenn nicht totalitären Auffassung vom Staate.

Es gelang durch eine strenge begriffliche Scheidung von Demokratie und Liberalismus, die auch heute noch in Deutschland weithin geläufig ist, die Demokratie vom Liberalismus zu lösen und zuzurichten zu einem Synonym für den Ausdruck des absoluten Volkswillens und seiner Herrschaft. Das klang schon an bei den Zitaten über die Nähe von Diktatur und Demokratie. Es findet sich in vielen Schriften dieser Zeit in modifizierter Gestalt wieder: Gerhard Günther – den politischen Anschauungen C. Schmitts sehr nahestehend – schreibt in seinem 1932 erschienenen Buch: „Das werdende Reich“:

„Volk ist die Einheit derer, die gelebt haben, die leben und die leben werden. Es ist eine Ganzheit, die sich in Generationen entfaltet. Den Willen des Volkes erfaßt man nicht durch den immer sorgfältigeren Ausbau einer statistischen Wahlmaschinerie. Es ist durchaus denkbar, daß der wirkliche Wille des Volkes sich unverfälschter ausspricht in einer einfachen Akklamation, in dem selbstverständlichen und unwidersprochenen Dasein einer aktiven politischen Führung und Gestaltung.

Das Wesen der Demokratie besteht darin, daß das Volk als politische Ganzheit in Erscheinung tritt. Möglich ist eine Demokratie nur unter Gleichen, und sie hört nicht auf, Demokratie zu sein, wenn sie die im Staate lebenden Ungleichen beherrscht und unter ein minderes Recht stellt. Darum kann auch eine Diktatur als vorübergehende Notwendigkeit demokratisch sein, wenn sie zwar nicht dem Willen der Gesamtsumme von Privatleuten, aber der Staatsnotwendigkeit und damit dem Willen der Volkheit entspricht.“<sup>24</sup>

Ähnlich schreibt Moeller van den Bruck: „Nicht die Staatsform macht eine Demokratie aus, sondern die Anteilnahme des Volkes am Staate.“ Die Grundlage der Demokratie sei die Volklichkeit. Was Moeller anstrebt, ist eine geführte Demokratie. Das Geheimnis aller Führung erblickt er in der geistigen Überlegenheit, mit der ein Führer aus dem Willen der Massen heraus handelt, „als ob sein Wille der ihre und ihr Wille der seine wäre, während er ihnen in Wirklichkeit die Richtung gibt“. In diesem Sinne spricht M. H. Böhm von einer urtümlich deutschen Demokratie, historisch verwirklicht im germanischen Stammesleben und seinem Treueverhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft.

Die so gewonnene positive Auffassung der Demokratie wird aufs engste verbunden mit den völkischen Ideen. Demokratie ist Willensausdruck des Volkes als Kollektiv. Für diesen Volksbegriff gilt nicht das einzelne Interesse, sondern die Ganzheit. Der Demokratiebegriff erhält durch die völlige Lösung von allen liberalen Bestandteilen einen totalitären Zuschnitt. In engster Verbindung steht damit das Führerproblem, dem eine zentrale Bedeutung zukommt. Mit der Einsetzung eines Führers glaubt man die Gefahr der Massengesellschaft und ihres angeblichen Anarchismus bannen zu können. Im Führer sieht man ein Organ der persönlichen

<sup>24</sup> Gerhard Günther: Das werdende Reich, Hamburg 1934, S. 177.

Verantwortung gegenüber der oft angeprangerten Anonymität des demokratischen Herrschaftsapparates. Prinz Rohan in einem Artikel seiner „Europäischen Revue“ umschreibt das folgendermaßen:

„Wir haben die Minderwertigkeit, ja die Widernatürlichkeit des sachlichen Prinzips durchschauen gelernt. Wir sind vom militärischen Denken des Weltkrieges herangebildet worden und daher geneigt, militärische Vorstellungen von Führer und Gefolgschaft in das 20. Jahrhundert zu übertragen.

Nicht willenslose Unterordnung der Gefolgschaft unter die *potestas patris* des Führers, sondern hingebende Unterordnung an den als stärkste Verwirklichung seiner selbst erkannten Bruderführer.“

„Unsere Aufgabe heißt: Gemeinschaft. Nur eine neue, viel tiefere nationale Gemeinschaft kann uns aus der demokratischen Anonymität der Macht herausführen.“<sup>25</sup>

Der Angriff gegen die Seelenlosigkeit der Massengesellschaft als Produkt des Liberalismus wird also positiv gewendet in eine Erhöhung des Prinzips der Gemeinschaft und ihrer Führung. Die Tönniessche Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft ist damit aufgegriffen und politisch verwertet worden. Der neue Staat sollte auf dem Prinzip der Volksgemeinschaft gründen. Er sollte eine Einheit bilden, in der es keine Klassen, Parteien, Syndikate mehr geben dürfe. In dieser Gemeinschaft des Volkes sollten die echten Wachstumskräfte der Nation zur Entfaltung gelangen.

„Schweig mir vom Volk“, formuliert pathetisch M. H. Böhm, „ihr Volksparteien allesamt . . ., die ihr nur Massen aufpeitschen, Gier und Neid schüren und Racheinstinkte entzünden könnt! Bescheidet euch in Demut vor dem tiefen Geheimnis einer Leibwerdung der Nation, die nie und nimmer aus der Errechnung, nicht einmal letztlich aus dem Willen, sondern aus dem Glauben und aus der Begnadung kommt.“<sup>26</sup>

Diese Volksgemeinschaft ist etwas Irrationales, ein Mystikum. Aber man traut ihr unter der Macht eines echten Führertums große Kräfte zu; man glaubt, mit einem solchen Volk endlich Taten vollbringen zu können. Sie alle verkünden die Religion der Tat, ob Spengler in seiner brutalen Beschreibung der Bestie Mensch oder Jünger in seiner Vision des Arbeiters als der künftigen Gestalt des nachliberalen Menschen. Für Böhm gelten selbst die Grundbegriffe der Politik nicht als Theorie, sondern als Bausteine der Tat. Das antidemokratische Schrifttum dieser Zeit hat eine offen kämpferische Note. Es will die liberale Demokratie à tout prix durch eine andere Staatsform ersetzen. Diese Literatur läßt nicht mit sich reden. Sie hat den Charakter des Unbedingten, und sie ist beflügelt von einem sicheren Wissen um die kommende Zeit. Sie hat einen starken utopischen Einschlag. Ernst Jünger sieht die Gestalt des Arbeiters als den Herrschaftstypus der Zukunft, der immer mehr Besitz ergreift von der bürgerlichen Welt und diese schließlich ganz hinwegfegen wird. Moeller van den Bruck hat das Bild des Dritten Reiches als den

<sup>25</sup> Rohan a.a.O., S. 60 u. 62.

<sup>26</sup> Böhm a.a.O., S. 160.

Weg alles deutschen Werdens gesehen, als das Reich, das uns bleiben müsse, als das Endreich, das uns immer verheißen sei. Es gebe nur ein Reich, wie es nur eine Kirche gebe; im Reich liege die besondere Verheißung des deutschen Volkes. Oswald Spengler erwartet das Heraufkommen eines neuen Cäsarismus, der sich auf kleine, starke Minderheiten stützen wird. August Winnig glaubt an die baldige Auferstehung des Reiches, Gerhard Günther an die Neugeburt des Reichsgedankens durch eine reformatio, die die parlamentarische Demokratie beseitigt. Die antidemokratische Bewegung empfängt ihre Stoßkraft gegen Liberalismus und parlamentarische Demokratie von einer Utopie oder Weltanschauung her, von einem Mythos, einem Glauben an eine neue größere Zukunft des Deutschen Reiches. Je phantastischer diese Vorstellung einer neuen Größe Deutschlands ist, je mehr diese Schriftsteller sich darauf kaprizieren, im deutschen Wesen und seiner organischen Entfaltung, im deutschen Geiste, im deutschen Volkstum eine Kraft besonderer Art zu sehen, um so unerbittlicher wird ihr Kampf gegen die bestehenden demokratischen Institutionen, um so heftiger und einseitiger ihre Kritik an diesen Institutionen. Die Angriffe gegen die Weimarer Demokratie, von denen wir nur einige Beispiele geben konnten, werden genährt von einer mächtigen anspornenden Vision der Zukunft. Wie das künftige Reich aussehen, was für eine politische Gestalt es haben sollte, darüber gab es natürlich verschiedene Auffassungen, aber es sollte jedenfalls nicht mehr auf dem liberalen, demokratischen Gedanken beruhen. Es sollte eine Staatsform haben, die Staat und Gesellschaft miteinander vereinigt, weil sie eine Ganzheit bedeuten, die den internationalen Sozialismus der Marxisten überwindet, weil sie den nationalen Sozialismus der Volksgemeinschaft an dessen Stelle setzt, die die sozialen Spannungen überbrückt, weil sie dem Prinzip der gesellschaftlichen Gliederung entsprechend einem jeden seinen Ort in der Gesellschaft zuweist, und die schließlich als Machtkörper den Bau des Reiches fördert als Zeichen deutscher Macht und Größe, denn „alles Deutsche meint das Reich“.<sup>27</sup>

\* \* \*

Es ist an der Zeit, den Begriff der „konservativen Revolution“ einzuführen, der als Sammelbezeichnung für diese politischen Strömungen des Antiliberalismus und Antidemokratismus üblich geworden ist, vor allem seit Mohlers einführender Studie über den geistigen Standort der diversen antidemokratischen Gruppen. Der Begriff, dem ein Wort von Hofmannsthal aus dem Jahre 1927 allgemeine Anerkennung verschafft hat,<sup>28</sup> war schon früher vereinzelt im Gebrauch. E. Troeltsch z. B. erwähnt ihn in seiner oben zitierten Rede aus dem Jahre 1922. Mit dieser seltsam erscheinenden Verbindung der Begriffe konservativ und revolutionär scheint mir

<sup>27</sup> Winnig: *Der weite Weg*, Hamburg 1932, Motto.

<sup>28</sup> Hugo von Hofmannsthal: *Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation*, Bremen 1927, S. 31. Hofmannsthal hatte allerdings nichts Politisches im Auge. Es ging ihm im letzten um den revolutionären Willen des Individuums, das Leben mit Geist zu erfüllen, es im Geiste umzugestalten.

sehr präzise eine Haltung bezeichnet, deren Programm die Restauration alter Werte und Traditionen ist, die aber nur durch einen revolutionären Umsturz der Staatsverfassung wieder zu allgemeiner staatlicher Geltung kommen können.

Der Herkunft nach muß man sicherlich zwei große antidemokratische Gruppen unterscheiden. Zur einen gehören Vertreter eines alten Nationalismus, die eine Restauration der Monarchie wollen und dem Bismarckschen Machtstaate anhängen. Daneben treten die Vertreter der jungen Generation, die vom Kriegserlebnis des ersten Weltkrieges ihre Legitimation zum Kampf gegen Weimar beziehen und sowohl antibürgerlich und antikapitalistisch wie antiliberal und antidemokratisch sind.<sup>29</sup>

Die meisten Autoren dieser Geistesrichtung sahen in dem Weimarer Staat den Ausdruck eines undeutschen, liberalen, individualistischen Geistes. Konservativ sein, so formuliert A. Winnig, heißt demgegenüber das innere Verbundensein mit dem volkhafte Lebensgrunde, bedeutet Bewahrung unserer seelischen Form. Um jedoch die Errichtung des Volksstaates erreichen zu können, um Herr über Demokratie und Individualismus zu werden, bedurfte es eines revolutionären Impulses. Denn es gab für diese Menschen an dieser Staatsform nichts zu bewahren. Das, was ihnen teuer war, wurde durch die Weimarer Staatsschöpfung entstellt und verzerrt. Es konnte in seiner Reinheit nur hervortreten, wenn dieses Staatsgebilde, das ihrer Meinung nach auf so falschen und irrigen Prämissen beruhte, in eine andere Verfassungsform übergeführt wurde. Die Revolution kam, und zwar in Gestalt des Nationalsozialismus. Nicht alle, die auf die Umwälzung gehofft und zugleich im Kampf gegen Weimar pathetische Federn geführt hatten, waren mit der nationalsozialistischen Form der revolutionären Ablösung des Weimarer Staates einverstanden. Nicht wenige werden zur Opposition stoßen. Aber der Nationalsozialismus war geistig auf den Wellen der antidemokratischen Stimmung geschwommen und hatte trotz seiner ideologischen Verschwommenheit eine wesentliche Stütze an ihr.<sup>30</sup>

So ist diese Literaturgattung in zweierlei Hinsicht bedeutsam:

1. sie trug sehr wesentlich dazu bei, daß die bestehende republikanische Staatsform innerlich ausgehöhlt wurde;

2. sie war zugleich die Schrittmacherin eines neuen Staates, der schließlich im nationalsozialistischen Führerstaat seine Verwirklichung fand. Sie hat sich immer als Anwalt einer Neugestaltung des Reiches empfunden; sie hat mindestens insofern ihr Ziel erreicht, als die demokratische Staatsverfassung tatsächlich ersetzt wurde

<sup>29</sup> Vgl. hierzu Walter Gerhart (Pseudonym für Waldemar Gurian): „Um des Reiches Zukunft“, Freiburg 1932. Wer die große politische Umwälzung bedenkt, die in Deutschland nach der Abdankung des Kaisers vor sich ging, wird dieser konservativen Haltung – die eine politische Tugend sein kann, solange sie nicht reaktionär wird – psychologisches Verständnis nicht versagen.

<sup>30</sup> Dies geht deutlich aus Gurians zeitgenössischer Analyse hervor, der in der NSDAP die politische Organisation dieser antidemokratischen Strömungen sieht. Zur Frage der inneren Nähe dieser geistigen Bewegung zur offiziellen nationalsozialistischen Philosophie vgl. F. Grégoire: *The Use and Misuse of Philosophy and Philosophers*, in: „The Third Reich“, S. 678 ff.

durch ein neues Staatsgebilde, das nach seiner inneren Struktur den Forderungen dieser antidemokratischen Publizisten mehr entsprach als das bisherige System, wie sehr Hitlers Staat manche von ihnen auch im einzelnen enttäuschen und schließlich erschüttern mochte.

Es bleibt noch eine Eigentümlichkeit dieses Schrifttums hervorzuheben, die charakteristisch zu sein scheint: das ist seine Sprache. Zweifellos läßt sich darüber nichts Verallgemeinerndes aussagen, aber es scheint einer näheren Untersuchung wert, zu ermitteln, inwieweit sich der intuitive, irrationale Ansatz dieser Schriftsteller niederschlägt in einem Stil, der begriffliche Reinheit und Sauberkeit vermissen läßt zugunsten einer teilweise bombastisch aufgeschwollenen Rhetorik, die durch massive sprachliche Mittel den Mangel an analytischer Schärfe verdecken soll. Gerade diese Literaturgattung, die sich so vehement gegen das „Literatentum“ der Zeit stellt, weil ihre Autoren sich im Besitze der wesentlichen Erkenntnisse und Wahrheiten glauben, zeigt überall die Merkmale des Irrationalen und des Ideologischen. Es sei nur erinnert an das seltsame Wechselspiel von Rationalität und Mystik bei Ernst Jünger, an die beschwörenden Wahrheitsformeln Moeller van den Brucks. Zweifellos liegt aber gerade im schillernden Charakter mancher dieser Werke ein Grund für ihre außerordentliche Suggestivität und Durchschlagskraft. Karl Jaspers hat diesen Sachverhalt in einer Anmerkung über die Gebrüder Jünger sehr klar zu fassen vermocht. Er sieht in ihren Werken eine Analogie zum mythischen Denken: „Nicht Erkenntnis, sondern Bild, nicht Analyse, sondern Entwurf einer Vision, aber im Medium moderner Denkkategorien, so daß der Leser meinen kann, mit rationaler Erkenntnis zu tun zu haben. Daher das Einseitige und Leidenschaftliche. Es wird nicht abgewogen, es werden keine Gegeninstanzen herangezogen außer in Auswahl, um mit ihrer Verwerfung das Podium der eigenen Rede zu erhöhen. Es ist keine Nüchternheit des Erkennens, sondern eine Ergriffenheit, die nicht überwunden ist, weder in der Gebärde der exakt formulierenden Nüchternheit noch in der Stimmung von Kälte diktatorischer Feststellungen und Wertungen. Es ist vor allem eine ästhetische Haltung, die aus der Lust an dem geistigen Produkt lebt . . . In solchem Denken ist im Ernste eigentlich nichts wahr. Aber es ist verführend auf der Ebene des bodenlos Modernen, auf der die Besonnenheit verloren, das methodische Erkennen verlassen, das Grundwissen oder das lebenswährende Suchen nach ihm preisgegeben wurde.“<sup>21</sup>

Es sei nicht vergessen, daß die gleichen Jahre, in denen sich politische Denker, von einer Vision des neuen Staates befeuert, zu geistigen Sachwaltern eines politischen Aufbruchs machten, der schließlich nicht mehr gebändigt werden konnte, eine fruchtbare und reiche innere Bewegung der Wissenschaft zeitigten, deren Tragweite und Bedeutsamkeit heute noch anhält. Die Abkehr von der liberalen Theologie, die Vertiefung eines Seinsverständnisses des Menschen durch Phänomenologie und Ontologie, die wissenschaftliche Erschließung und Fruchtbarmachung der irrationalen Triebkräfte der Seele, all dies wird jenen geistig so bewegten Jahren ver-

<sup>21</sup> Karl Jaspers: Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München 1949, S. 545.

dankt. Gleichzeitig aber läßt der Nationalsozialismus als Ideologie auch die Gefahren sehen, die in einer zu radikalen Abkehr von Aufklärung und Rationalismus liegen können. Hier mündet die geschichtliche Analyse in die schwierige Aufgabe der Selbstbesinnung. Es geht darum, die geistigen Grundlagen zu bestimmen, die eine Demokratie lebendig erhalten, eine Demokratie, in der der einzelne vor den Übergriffen des Staates geschützt ist und in der zugleich ein innerer Zusammenhalt der Bürger hergestellt wird, der die Verantwortung des einzelnen für das Ganze sichert. Die Autoren der konservativen Revolution haben offensichtlich die Grenze zwischen den berechtigten liberalen Forderungen des einzelnen und der Gruppen gegenüber dem Staat einerseits und dem ganzheitlichen Prinzip der staatlichen Gemeinschaft andererseits nicht beachtet. Ihre Ideen haben eine unverkennbare Tendenz zum Totalitären, die der Nationalsozialismus mit Nutzen für sich ausbeutete. Die Verabsolutierung der Gemeinschaft und des Staates zieht die Entmachtung des Individuums nach sich. Der Staat wird Selbstzweck und dient nicht mehr dem Menschen als Menschen.

Man darf, wenn man Demokratie haben will, die Vernunft, den common sense, nicht zugunsten eines visionären, utopischen, auf Intuition beruhenden Denkens von sich stoßen. Es ist ausgemacht, daß ein Denken, das ausschließlich bestimmt wird vom Begriff der Ganzheit, in dem politische Mythen beispielhaft zur Gestalt emporgehoben, in dem die Irrationalität des Führertums, die Mystik der Volksgemeinschaft, die metaphysische Qualität des Staates einseitig und kompromißlos vertreten werden, einer demokratischen Gesinnung feindlich sein muß. Vielleicht wußten diese Autoren nicht, was für Kräfte sie entbanden, als sie der Vernunft, gerade im Bereich des Politischen, einen Fußtritt gaben und irrationale Leitbilder an ihre Stelle setzten; sie haben damit letzten Endes der guten Sache, der sie wohl zu dienen glaubten, einen schlechten Dienst erwiesen. Es bedarf in der Tat der geistigen Klärung, ob wir Demokratie heute noch ausschließlich auf den Ideen des 18. Jahrhunderts verbindlich begründen können, aber es ist unbestreitbar, daß eine Demokratie kein inneres Leben haben, daß sie keine lebende Verfassung besitzen kann, wenn sie in ihren liberalen Prinzipien radikal angegriffen wird, wenn sie in einem geistigen Klima steht, das ihren Untergang will oder bloß wertneutral bleibt. Das war die Situation der Weimarer Republik. Sie war als demokratische Republik nie eine geistige Macht. Je geringer mit der Zeit und vor allem in den letzten Jahren ihres Bestehens nach 1928 der geistige Kredit dieser Staatsform wurde, um so schwerer konnte sie sich gegenüber den neuen politischen Bewegungen behaupten. Eine Staatsform, das wußten alle diese Denker, bedarf einer geistigen Stütze, die sie trägt. In der Weimarer Zeit jedoch fanden sich nicht genügend Bürger, die für die liberale Demokratie eingetreten wären. Die nationale Opposition gegen den Weimarer Staat hingegen war nicht nur eine politische Kraft und Bewegung im Volke, sondern auch eine geistige Macht in höchster Potenz.

Durch die Radikalität ihrer Auffassungen, die fundamentale Kritik an den staatlichen Institutionen, waren diese Antidemokraten nicht legitime demokratische Kritiker einer demokratischen Staatsordnung, sondern Wegbereiter eines nicht demokratischen Deutschlands, welche Gestalt sie auch immer für es erträumten.



Ernst Troeltsch hat in seiner Rede aus dem Jahre 1922<sup>32</sup> kurz vor seinem Tode seine Hörer daran erinnert, daß die deutschen, aus der Romantik stammenden Ideen nicht isoliert gepflegt werden dürften, sondern daß es darum gehe, eine Kultursynthese mit den westlichen Völkern und ihren aus Naturrecht und Humanitätsidee hervorgegangenen politischen Formen einzugehen. In diesen Ideen stecke ein unverlierbarer moralischer Kern, den man nicht grundsätzlich preisgeben dürfe. Die deutschen Traditionen müßten in Verbindung mit den großen Weltbewegungen gebracht werden. Die vorherrschende politische Denkrichtung der Weimarer Zeit hat dieser Mahnung zum Trotz das genaue Gegenteil getan. Franz Neumann hat vom Hintergrund des NS-Experiments her die These aufgestellt, daß heute jede antidemokratische Bewegung in eine Art Faschismus münden müsse.<sup>33</sup> Nichts ist darum dringlicher, sofern wir Demokratie erhalten wollen, als daß wir sie geistig bewältigen und tragen und nicht wie die politischen Romantiker jener Tage von Weimar dem Phantom einer deutschen Sonderbestimmung nachjagen, dessen Verwirklichung unter Hitler vor unseren und aller Welt Augen Deutschlands Staatswesen zum Inbegriff eines alle Menschlichkeit mißachtenden Leviathans erniedrigte.

<sup>32</sup> Siehe Anmerkung 2.

<sup>33</sup> Franz Neumann: Politische und akademische Freiheit, in: *Sociologica*, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 1, Frankfurt 1955.

Miszellen

KARL DIETRICH BRACHER

## DAS ANFANGSSTADIUM DER HITLERSCHEN AUSSENPOLITIK\*

Für den Versuch, die wirkenden Kräfte, den Verlauf und den Charakter jener Perioden zu bestimmen, in denen die geschichtliche Entwicklung in raschere Bewegung gerät oder auf eine Wendung, einen Bruch zusteuert, gewinnt die Art der Fragestellung methodisch wie sachlich besonderes Gewicht. Es ist vor allem das alte Problem des Verhältnisses von Kontinuität und Neueinsatz, von Tradition und Revolution, das an solchen Nahtstellen der Geschichte mit schwer zu lösender Intensität aufbricht und Erfassung wie Beurteilung der historischen Zusammenhänge kompliziert. Die noch keineswegs abgeschlossene, ja, eigentlich erst beginnende wissenschaftliche Diskussion um die deutsche Revolution von 1918/19 ist – um im Bereich der Zeitgeschichte zu bleiben – ganz wesentlich von dieser Problemstellung bestimmt, und wohl noch schärfer tritt sie in jenen Ereignissen zutage, die, ausdrücklich als radikale Gegenantwort auf 1918 und das folgende Experiment einer parlamentarischen Demokratie, 14 Jahre später die nationalsozialistische Revolution auslöst und getragen haben.

Das gilt besonders augenfällig von der innenpolitischen Entwicklung. In ihrem Bereich und getrieben von ihren Impulsen haben sich die großen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts vollzogen. Mit dem Zurücktreten der Kabinettpolitik hinter die innenpolitisch bestimmten Antriebe der Massendemokratien und mit dem Aufkommen totalitärer Herrschaftssysteme hat aber zugleich auch der Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik eine tiefgreifende Wandlung erfahren.<sup>1</sup> Wenn auch die Quellenlage eine durchdetaillierte Darstellung nationalsozialistischer Außenpolitik in ihren Anfängen noch nicht erlaubt, so zeigen doch Einzelbeispiele wie Max Braubachs Studie über den Rheinlandeinmarsch oder auch schon Gordon Craigs und Paul Seaburys freilich korrekturbedürftige Darstellungen des Auswärtigen Amtes unter Neurath,<sup>2</sup> mit welchem Gewinn für die Beurteilung sowohl der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und Herrschaftsziele wie der Kontinui-

\* Vortrag auf dem Historikertag zu Ulm am 14. September 1956. (Ursprünglich unter dem Titel: „Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik“.)

<sup>1</sup> Zum Grundsätzlichen vgl. Hans Rothfels, „Sinn und Grenzen des Primats der Außenpolitik“, in: Außenpolitik 8 (1955), S. 277 ff.; für den Bereich der bolschewistischen Taktik vgl. jetzt z. B. Theodor Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrags, Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922–1926 (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 43), Köln-Opladen 1956, S. 5 ff.

<sup>2</sup> Max Braubach, Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936, Ein Beitrag zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges (Arbeitsgemeinschaft a.a.O., Heft 54), Köln-Opladen 1956; Gordon A. Craig, „The German Foreign Office from Neurath to Ribbentrop“, in: The Diplomats 1919–1939, Princeton 1953, S. 406–436; Paul Seabury, The Wilhelmstraße, A Study of German Diplomats under the Nazi Regime, Berkeley 1954.

tätsfrage und des Problems der Verflechtung von Innen- und Außenpolitik doch auch diese frühe Phase schon durchleuchtet werden kann.<sup>3</sup>

So erscheint die Frage nach den Anfängen nationalsozialistischer Außenpolitik in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Sie könnte die verständlicherweise übliche Isolierung der Betrachtung der „Machtergreifung“ auf die innenpolitischen Vorgänge auflockern; sie würde ferner durch den Rückgriff hinter das „klassische“ Datum der Hoßbach-Aufzeichnung vom 5. November 1937 die allzu enge Einschränkung der Diskussion über die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges zu durchbrechen suchen; und sie hätte nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die Einbettung der „Machtergreifung“ in den Rahmen der europäischen Politik die Frage nach den frühen Voraussetzungen der Policy of Appeasement abzuwägen. Noch ein weiteres Problem ist damit aufgeworfen. Man mag fragen, ob für diese Periode sachlich überhaupt von „nationalsozialistischer Außenpolitik“ die Rede sein könne, ob sie nicht vielmehr ganz im Zeichen jener innenpolitischen Umwälzung stand, deren Ablauf die Aktivität der Regierung Hitler zunächst bestimmte. Die weitgehende personelle Kontinuität im Auswärtigen Amt wie in den deutschen Missionen besaß in der Tat ähnliche Funktionen und Wirkungen wie die Übernahme und der kontrollierte Einsatz des kaum veränderten Verwaltungsapparats im Bereich der inneren Politik. Es war eine Kontinuität, die die „Legalität“ des neuen Regimes zu verbürgen schien und dadurch ihre Wirkung auch auf die zögernden inneren wie äußeren Gegner des Regimes nicht verfehlte.

Die Memoiren und Apologien beteiligter Zeitgenossen pflegen denn auch die unerwartet rasche und widerstandslose Umwälzung von 1933/34 vornehmlich durch zwei Thesen zu erklären: durch den Hinweis auf eine angeblich entwaffnende „Legalität“ der Machtergreifung und durch die Behauptung von einer allmählichen Entwicklung Hitlers zum Bösen hin: besonders seine Außenpolitik habe sich erst in den späteren Jahren zu jener freilich gründlichen Entartung ursprünglich positiver Ansätze, jedenfalls gemäßigter oder doch nicht geradezu zerstörerischer Aktivität entwickelt.<sup>4</sup> Solche Thesen sind, wie ihre ungebrochene Fortdauer lehrt,<sup>5</sup> nicht leicht zu nehmen. Denn wie Hitlers Abkehr von der Staatsstreich-

<sup>3</sup> Den anregendsten, an wertvollen Gesichtspunkten reichen Überblick bietet nach wie vor der Beitrag von Hermann Mau und Helmut Krausnick zu dem Sammelwerk: *Deutsche Geschichte im Überblick*, Stuttgart 1953; jetzt erfreulicherweise auch gesondert erschienen unter dem Titel: *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933–1945*, Tübingen und Stuttgart 1956.

<sup>4</sup> So etwa – im Sinne einer Selbstrechtfertigung – Franz v. Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 295 ff.; Otto Meißner, *Staatssekretär unter Ebert – Hindenburg – Hitler*, Hamburg 1950, S. 271 ff.; aber auch von militärischer Seite: z. B. Kurt Assmann, *Deutsche Schicksalsjahre*, Wiesbaden 1950, S. 18; 57 f.; Friedrich Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938*, Wolfenbüttel-Hannover 1949, S. 9 ff. und viele andere.

<sup>5</sup> Die Legalitätsthese liegt besonders den juristischen Kontinuitätsbegründungen (z. B. in der Beamtenrechts- oder jüngst in der Konkordatsfrage) zugrunde und wird bei verschiedenen Anlässen von der Bundesregierung wie einer großen Zahl von Staats- und Völkerrechtlern vertreten.

taktik zum Legalitätskurs nach dem mißglückten Putsch von 1923 die innenpolitischen Fronten zu verwirren und den totalitär-terroristischen Charakter der Machtergreifung zu verschleiern vermochte, so hat außenpolitisch die Zurückstellung der in „Mein Kampf“ formulierten Eroberungspläne, die weit über eine Revision des Versailler Vertrags hinausstrebten, hat die laute Proklamierung eines Friedenskurses in Hitlers großen offiziellen Bekundungen von 1933 an die Erkenntnis und Beurteilung der Geschehnisse erschwert und verwirrt.

Das Problem wird deutlicher und zugleich durchsichtiger, wenn man solche außenpolitischen Erklärungen und Gesten vor dem Hintergrund der Ausführungen sieht, die Hitler ein Jahr zuvor, am 27. Januar 1932, in seinem bekannten Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftsführern im Industrieklub zu Düsseldorf gemacht hat. In Anknüpfung an frühere Andeutungen – wie schon anlässlich der Kritik am Ruhrkampf –<sup>6</sup> ging Hitler bei diesem Vortrag besonders nachdrücklich von einem Primat der innenpolitischen Neuordnung aus, indem er entgegen der gängigen Auffassung und entgegen dem Brüning'schen Glauben an den Vorrang der außenpolitischen Revisionspolitik<sup>7</sup> betonte: „Nicht das außenpolitische Primat kann unser inneres Handeln bestimmen, sondern die Art unseres inneren Handelns ist bestimmend für die Art unserer außenpolitischen Erfolge, ja sogar unserer Zielsetzung überhaupt.“ Auch die gegenwärtige Notlage sei nicht eine Folge des Versailler Vertrags, sondern dieser vielmehr die Folge der inneren Fehler; man müsse also, wenn man „überhaupt die Situation bessern will, erst den Wert der Nation wieder ändern“.<sup>8</sup>

Hier liegt das taktische Prinzip der nationalsozialistischen Außenpolitik in der Periode der Machtergreifung, zugleich die Art ihrer Verflechtung mit der rigorosen innenpolitischen Machtbefestigung. In Hitlers Worten: „Wesentlich ist die politische Willensbildung der gesamten Nation, sie ist der Ausgangspunkt für politische Aktionen. Ist diese Willensbildung garantiert . . . , dann kann eine Regierung . . . , auch die Wege wählen, die eines Tages zum Erfolg führen können.“ Deshalb gehe es zuerst um die innenpolitische Überwindung der schwankenden Parteiendemokratie, die eben „niemals fähig“ sei, „diesen Plan wirklich bis zur letzten Konsequenz durchzuführen“. Wie in einer Kompanie vor dem Feind kein freies Koalitionsrecht herrschen dürfe, so müsse der Staat zuerst im nationalsozialistischen Sinne geändert und das Volk zu einer einmütigen Auffassung gebracht werden, bevor man der Tatsache Rechnung tragen könne, „daß ein Volk, um bestehen zu können, seine Kraft nach außen wenden muß“.<sup>9</sup> Das waren Bekundungen, die in notdürftig konventioneller Verkleidung den natürlichen Vorrang der inneren Machtergreifung vor der Verwirklichung eines in „Mein Kampf“ niedergelegten außenpolitischen Expansionskurses feststellten und propagandistisch in den Satz

<sup>6</sup> Mein Kampf, Volksausgabe, S. 771 ff.

<sup>7</sup> Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J. [1932], S. 6f.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 25f.

ausklingen: „So sehe ich denn das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs im Unterschied zu unserer offiziellen Regierung [Brüning] nicht im Primat der deutschen Außenpolitik, sondern im Primat der Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen deutschen Volkskörpers.“<sup>10</sup>

Tatsächlich bezeichnete die Zurückstellung der Innenpolitik zugunsten eines rigorosen Spar- und Durchhalteprogramms und mit der Hoffnung auf die krisenlösende Wirkung außenpolitischer Erfolge eine entscheidende, verhängnisvolle Schwäche des Brüning-Kurses in der Ära der Wirtschaftskrise.<sup>11</sup> Wenn dadurch der Zug zur Radikalisierung der Bevölkerung und deren Anfälligkeit für den Aufruf zur Änderung aller Dinge bis zur revolutionsreifen Situation von 1932/33 fortgetrieben wurde, dann schien das nationalsozialistische Rezept eines innenpolitischen Primats der gegebenen Lage geradezu geschichtlich zu entsprechen. Und jedenfalls trägt der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft das Signum solcher Taktik, die denn auch damals – ganz analog der Wirkung der Legalitätstaktik – die Illusion nähren konnte, Hitler werde in der Verantwortung vernünftig werden und nicht auf die ebenso dilettantischen wie maßlosen Entwürfe zurückfallen, die das außenpolitische Programm von „Mein Kampf“ enthielt. Solche auch in der These von der Entwicklung Hitlers enthaltenen Beurteilungen verkennen jedoch den deutlich faßbaren taktischen Charakter der Anfangsphase nationalsozialistischer Außenpolitik; sie unterschätzen auch den Realitätsanspruch des unverändert in Millionenauflagen verbreiteten Kampf-Buches, das man ob seiner Stil- und Formmängel verächtlich beiseite zu schieben pflegte; und sie übersehen den Tenor der nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerungen Hitlers und seiner Umgebung, die – wenn man schon das Zeugnis Hermann Rauschnings anzweifeln will –<sup>12</sup> doch z. B. in der sogleich zu erwähnenden Befehlshaberbesprechung vom 3. Februar 1933 schon keinen Zweifel an der expansionistischen Grundrichtung lassen.

Über diese außenpolitische Doktrin, die jetzt Paul Klukes Analyse der nationalsozialistischen Europaideologie in ihrem Realitätsgehalt bloßgelegt hat,<sup>13</sup> ist hier im einzelnen nicht zu handeln. Festzustellen bleibt, daß die außenpolitische Taktik zunächst durch die Ziele und Hindernisse der inneren Gleichschaltung bestimmt war. Ihr Kennzeichen war ein verwirrendes Lavieren zwischen Kontinuität und Neueinsatz, zwischen den europäischen Gegebenheiten und den von der innenpolitischen Umwälzung diktierten und zugleich eingeschränkten Fernzielen einer neuen Bündnis- und Expansionspolitik. Aber ihre ersten Ziele, vor allem die Auflösung des kollektiven Völkerbundsystems durch Einzelpakte, eine Bündnisfront

<sup>10</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>11</sup> Vgl. K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart–Düsseldorf 1955, S. 341 ff.; S. 508 ff.

<sup>12</sup> Besonders in: *Gespräche mit Hitler*, Zürich, Wien, New York 1940, S. 44 ff. u. a.

<sup>13</sup> Paul Kluke, „Nationalsozialistische Europaideologie“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 240 ff.

mit England und Italien und die Isolierung Frankreichs, zeichneten sich doch schon früh ab, so stark die taktischen Rücksichten und so empfindlich die Rückschläge auch sein mochten.

\*

Dieser erste Grundzug hat nun freilich eine bedeutsame Kehrseite, die im Ansatz schon die spätere Position nationalsozialistischer Außenpolitik vorzeichnet. Die Potentialität zum Umschlagen lag in der Tatsache, daß ein wesentlicher Teil der neuen Innenpolitik letztlich doch Funktion der neuen Außenpolitik zu werden bestimmt war. Wie in Hitlers Vortrag vor dem Industrieklub ausgesprochen und zuvor schon mit monotoner Wiederholung in „Mein Kampf“ und anderwärts betont, sollte der Primat der Innenpolitik gerade jene Voraussetzung psychischer, organisatorischer und militärischer Bereitschaft schaffen, aus der heraus erst die Verwirklichung der Expansions- und Herrschaftsziele möglich würde. Auch nach Görings Zeugnis in Nürnberg galt Hitlers stärkstes Interesse ja stets der Außenpolitik und mit ihr der Wehrpolitik.<sup>14</sup> In diesem Sinne verband sich der Zweck der Machtergreifung und Machtbefestigung dem Ziel einer steten Steigerung zunächst noch verhaltener, dann ausgreifender und auf die Innenpolitik zurückwirkender Außenpolitik, die in der Tat schon wenige Jahre später tief und bestimmend in alle Lebensbereiche eingriff, um schließlich auf dem Weg zum totalen Krieg zugleich als wichtigstes Mittel totaler, auf unbegrenzte Dynamik gegründeter Herrschaft zum alleinigen Maßstab der Politik zu werden.

Den augenfälligsten und wichtigsten Ansatzpunkt für eine solche Entwicklung bot der militärische Bereich. Von den zahlreichen Zeugnissen, die hierfür herangezogen werden können, seien nur die Aufzeichnungen des damaligen Generalleutnants Liebmann erwähnt. Auf dem Hintergrund des schwerwiegenden Interessenbündnisses zwischen Reichswehrführung und nationalsozialistischer Politik wird hier geradezu eine methodische Zeit- und Aktionstafel der nationalsozialistischen Taktik sichtbar, die die Stufen sowohl des Verhältnisses von Wehrmacht und Politik wie des außenpolitischen *modus procedendi* vorzeichnet. Das gilt besonders von den Ausführungen, die Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine in der Wohnung des doch keineswegs nationalsozialistisch gesinnten Chefs der Heeresleitung, des Generals v. Hammerstein, schon am 3. Februar 1935 gemacht hat. Ihr Leitgedanke war die Konzentrierung der gesamten Staatsführung auf Wiedergewinnung der politischen Macht, zunächst durch die „völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände“, die rücksichtslose Zerschlagung von Pazifismus und Marxismus, die Schaffung einer absoluten Kampf- und Wehrbereitschaft des ganzen Volkes durch „strafste autoritäre Staatsführung“; erst nach Festigung der politischen Macht, als deren wichtigste Voraussetzung Hitler hier den Aufbau der Wehrmacht bezeichnete, konnte dann, ausgehend vom Kampf gegen

<sup>14</sup> IMT Bd. IX, S. 174.

Versailles, die außenpolitische Aktivität bis zur „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung“ fortgetrieben werden.<sup>15</sup>

Hier war schon offen ausgesprochen, in welchem Verhältnis nationalsozialistische Innen- und Außenpolitik zu sehen und wie bewußt die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen dieser Anfangsjahre nur als [sic!] „Aushilfsmittel“ vorübergehender Art vorgeschoben waren. Hitlers Schlußsätze, die den bemerkenswert unverhüllten Tenor der Ansprache durch einen Appell an die Eigeninteressen und das Nationalgefühl der Militärs überwölbten, unterstrichen diesen Doppelaspekt nationalsozialistischer Machtpolitik durch die Versicherung, die Wehrmacht werde überparteilich und von inneren Auseinandersetzungen unberührt bleiben. Die gefährlichste Periode sei die ihres Wiederaufbaus; da werde sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner habe: „Wenn ja, wird es uns nicht Zeit lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).“

Damit ist zugleich der kritische Punkt und die erste Funktion nationalsozialistischer Außenpolitik in ihren Anfängen angedeutet. Ohne die zweite Stufe einer aktiven Verwirklichung der Expansionspläne mit der Unterordnung aller wirtschafts- und innenpolitischen, aller sozialreformerischen und ideologischen Belange je aus dem Auge zu verlieren, hatte die Außenpolitik sich zunächst den Erfordernissen der inneren Stabilisierung des totalen Staates zu unterwerfen, bis diese dann die militante Wendung nach außen tragen konnte. Methodisches Ziel dieses Prozesses war jene totale Manipulierfähigkeit, die kurz vor ihrem Höhepunkt im Hitler-Stalin-Pakt beispielsweise in einem Schreiben Ribbentrops an seinen Botschafter in Moskau (3. August 1939) ausgedrückt ist: Ribbentrop betont hier, er habe dem sowjetischen Geschäftsträger zu verstehen gegeben, „daß wir in der großen Politik keine Taktik treiben, wie die demokratischen Mächte. Wir hätten die Gewohnheit, auf solidem Boden zu bauen, brauchten auf schwankende öffentliche Meinung keine Rücksicht zu nehmen . . .“.<sup>16</sup>

Gewiß liegt dies Zeugnis sechs Jahre später; aber es sei bemerkt, daß sich der Leitgedanke schon in den Verhandlungen um das Reichskonkordat von 1933 findet. Die noch unveröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes, die wichtige Anhaltspunkte auch für die Beurteilung der Kontinuitäts- und Primatsfrage vermitteln, bestätigen dies: so, wenn sich eine zur Instruktion Papens für seine Verhandlungen mit dem Vatikan gefertigte Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 5. April 1933 bewußt auf die volle Handlungsfreiheit berief, die das neue Regime durch das

<sup>15</sup> Veröffentlicht durch Thilo Vogelsang, „Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 434f. Es ist bemerkenswert, daß die prominenten Zuhörer sich noch heute konsequent über die Details der Hitlerschen Ausführungen ausschweigen. So jetzt auch die Erinnerungen von Erich Raeder (Mein Weg, Bd. 1, Tübingen 1956, S. 280f.), in denen mit naiver Genußtuung Hitlers Zusicherungen an das Unabhängigkeitsbedürfnis der Wehrmacht betont werden, die Kundgabe der Fernziele jedoch bewußt verschwiegen ist.

<sup>16</sup> Nazi-Soviet Relations 1939–1941, Washington 1948, S. 38; vgl. auch „Die Gegenwart“ v. 11. 8. 1950, S. 502.

Ermächtigungsgesetz und die Ausschaltung des Reichstags gewonnen habe.<sup>17</sup> Zur Zeit des Ribbentrop-Briefes freilich war die nationalsozialistische Außenpolitik dann längst auch äußerlich sichtbar von ihrer Anfangstaktik über eine Phase der vorbereitenden Aktivität mit der nun offen verstärkten Aufrüstung (1935–1937) zur Strategie der Kriegsdrohung und schließlich Gewaltlösung fortgeschritten.

So sehr ein Überblick über diese Phasen insgesamt den Anspruch der Außenpolitik wieder in den Vordergrund treten läßt und so entschieden auch bestimmte Ansätze der späteren Aufrüstungs-, Expansions- und Kriegspolitik schon seit Beginn des „Dritten Reiches“ entwickelt wurden, so vordringlich erschien in den beiden ersten Jahren doch die taktische Abschirmung des von innen wie von außen angefochtenen neuen Regimes – eine Stufenfolge, die übrigens in den amerikanischen diplomatischen Berichten von 1933 und 1934 schon klar gesehen wurde.<sup>18</sup> Es war angesichts solcher Einsichten kaum zu erwarten gewesen, daß dies Angefochtensein so gar nicht die erhoffte bzw. befürchtete Intensität haben und die innerdeutsche Resistenzfähigkeit wie auch die außenpolitischen Gegenwirkungen so überraschend schwach bleiben würden.

Solche Taktik gleichzeitiger Abschirmung und Vorbereitung mit den Mitteln der Kontinuität und Legalität stützte sich sowohl auf eine Anknüpfung an Argumente und Zielrichtungen der Weimarer Revisionspolitik wie zum andern, sachlich wie psychologisch damit verbunden, auf eine Nutzung jener zwischen Mißtrauen und Besänftigungsneigung schwankenden Wartepolitik der europäischen Nachbarn, die im zwischenstaatlichen Bereich den verhängnisvollen Immobilismus und Illusionismus geradezu wiederholte, der zuvor im Zeichen des Zähmungskonzepts dem Nationalsozialismus innenpolitisch den Weg zur Macht gebnet hatte.

\*

Das Problem der Kontinuität stellt sich demnach im Sinne einer Kontinuität der außenpolitischen Fassade. Der Anknüpfungspunkt lag bei der überkommenen Revisionspolitik, das taktische Mittel zur Exekution bei der kaum veränderten Zusammensetzung und Arbeitsweise des Auswärtigen Amtes und besonders bei der Gestalt Neuraths. Denn so selbstsichere Erwartungen Hindenburg und seine Ratgeber mit der Beibehaltung dieses Außenministers der Kabinette Papen und Schleicher verbanden, so deutlich wird aus den Protokollen schon der ersten Kabinettsitzungen die schwache, sich ganz der Hitlerschen Dynamik unterordnende Haltung Neu-

<sup>17</sup> Akten des AA, gestempelte Nr. E 460 619/20; vgl. K. D. Bracher, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, Ein Gutachten zur Frage des geschichtlichen Zusammenhangs und der politischen Verknüpfung von Reichskonkordat und nationalsozialistischer Revolution, Wiesbaden 1956, S. 53; ferner jetzt Hansjakob Stehle, „Motive des Reichskonkordats“, in: Außenpolitik 7 (1956), S. 558 ff.

<sup>18</sup> Peace and War, US Foreign Policy 1931–1941, Washington 1943, S. 191 ff.; besonders S. 211–214 (April 1934).



raths,<sup>19</sup> der zwar über eine reguläre diplomatische Karriere unter der Weimarer Republik verfügte, aber nicht deren elastische Kleinarbeit, sondern eher eine quasi-militärische Bündigkeit des Vorgehens schätzte<sup>20</sup> und sich für den neuen Modus des Regierens, Planens und Durchführens noch anfälliger zeigte als die meisten seiner konservativen Kollegen im „Einrahmungs-Kabinett“ von 1933. Auch die Ideologie der Beschwichtigung, des „Schlimmeres-Verhüten-Könnens“, vermag kaum die Tatsache zu verdecken, daß Neurath auf seinen nichtnationalsozialistischen Namen die Verantwortung für eine Außenpolitik nahm, die er nicht gemacht hat. Gewiß waren die für die nationalsozialistische Herrschaftstechnik überhaupt so charakteristischen Parallel-Organisationen wie die Büros von Ribbentrop und Rosenberg, die NS-Auslandsorganisation, auch das Propagandaministerium, die ihrerseits erbitterte Kompetenzkonflikte ausfochten, zunächst fast nur als potentielle Bedrohung des Auswärtigen Amtes wirksam; auch das soeben veröffentlichte Tagebuch Alfred Rosenbergs läßt dies erkennen.<sup>21</sup> Aber solche Taktik des Gegenineinanderausspielens drängte das Auswärtige Amt doch schon in die Rolle eines vorwiegend „technischen Apparats“,<sup>22</sup> bevor noch die dauernden Interventionsaktionen der Partei abgelöst waren durch den offiziellen Einzug der Diplomatie Ribbentropscher Prägung auch in dieses Amt, das sich so selbstbewußt als konservativen Träger außenpolitischer Tradition und Kontinuität gefühlt hatte. Dies wurde besonders spürbar in der Behandlung der Österreich-Frage, die Hitler von Anfang an ausdrücklich sich selbst vorbehalten hatte; es war zunächst das einzige Gebiet, auf dem „aktive Außenpolitik“ getrieben wurde.

Wohl hat das Auswärtige Amt zunächst und z. T. auch noch späterhin ein gewisses Maß an Eigengewicht und bremsender Wirkung zu bewahren vermocht. Aber Neuraths optimistische Lagebeurteilung, jenes Selbstbewußtsein des sich dem nationalsozialistischen Dilettantismus überlegen fühlenden „Fachmanns“, das sich in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter im Februar 1933 auf das Gewicht der konservativen Sicherungen berief<sup>23</sup> und seinen Eindruck vor allem auf die englische Seite nicht verfehlte, kam letztlich doch mehr Hitlers Taktik als echter Kontinuität oder gar einem Widerstand zugute: der Taktik nämlich, durch Beibehalten und Verschieben altangesehener Diplomaten dem neuen Regime Kredit zu verschaffen und die Appeasement-Illusionen zu fördern. In diesem Sinne ließ Hitler zunächst auch die vom Schleicher-Kabinett überkommenen Abrüstungsverhandlungen fortführen, ging in der Rede vom 17. Mai 1933 sogar noch hinter den

<sup>19</sup> So z. B. in den Kabinettsitzungen v. 15. und 20. März 1933 (IMT Bd. XXXI, S. 407; S. 415). Ähnlich anlässlich des Austritts aus dem Völkerbund, wie selbst Franz v. Papen (a.a.O., S. 534f.), besonders nachdrücklich aber Rudolf Nadolny bestätigt: Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 139f.

<sup>20</sup> Einige bezeichnende Züge dieser Haltung verdeutlicht der kritische Nachruf „Konstantin v. Neurath“, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung v. 18. August 1956, S. 2.

<sup>21</sup> Hans-Günther Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40, Göttingen 1956, S. 17ff.

<sup>22</sup> So auch der Ausdruck von Ernst v. Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950, S. 129.

<sup>23</sup> British Documents, 2nd. series, vol. IV, S. 406f.

Standpunkt der deutschen Delegation in Genf zurück und versicherte ausdrücklich dem Delegationschef Nadolny, er verstehe nichts von Außenpolitik und habe dafür auch niemanden in der Partei. Um Nadolny zu zitieren: „Zunächst müßte er [Hitler] ganz Deutschland nationalsozialistisch machen, und das würde etwa vier Jahre dauern. Erst dann könne er sich um die Außenpolitik kümmern. Außerdem sei das Auswärtige Amt eine Behörde, die nach alten Regeln verwaltet werde, und schließlich müßte er nach obenhin Rücksicht nehmen.“<sup>24</sup> Noch deutlicher sind die taktischen Bedingungen und die bremsende Rolle Hindenburgs in einem Gespräch mit Hitler greifbar, das Rosenberg im Mai 1934 notiert hat: Hitler glaube noch „an die Gutwilligkeit Neuraths . . .“, das Auswärtige Amt selbst ist ihm jedoch ‚eine Verschwörergesellschaft‘, er bedauere aber, immer noch gebunden zu sein an die Zusagen bei der Bildung des Kabinetts, wonach der Reichspräsident über Armee und Auswärtiges Amt bestimme. Das erste sei in Ordnung dank Blomberg, das andere nicht. Im übrigen sehe er selbst den Alten so, daß er dies Jahr nicht mehr überleben werde.“ Dann müsse „mit einem Schläge die ganze Kamarilla ausgefegt werden“.<sup>25</sup>

Nun entsprach das äußere Bild der nationalsozialistischen Außenpolitik in ihren Anfängen gewiß keineswegs dem Gepränge und dem lauten Erfolgsbewußtsein der inneren Machtergreifung. Im Bemühen um die doppelte Aufgabe, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Fernziele die Anfangstaktik der Abschirmung mit den traditionellen Mitteln zu betreiben, kam es zu bedenklichen Rückschlägen. Der Verlust wichtiger Positionen, die der Beharrlichkeit Weimarer Außenpolitik zu verdanken waren, hat die europäische Lage des neuen Regimes allen Demonstrationen der Stärke zum Trotz wiederholt bedrohlich verschlechtert und zu jenem Auseinanderklaffen von „innerer und äußerer Staatsräson“ geführt, von dem Karl Dietrich Erdmann in seiner Studie über die Locarnopolitik spricht.<sup>26</sup> Solche Krisenpunkte bezeichnet etwa das Verhältnis zu Polen im Frühjahr 1933, zum Völkerbund seit Herbst 1933, zu Österreich und Italien im Sommer 1934, dann zu Rußland-Frankreich, und schließlich die Gefahr einer massiven Gegenfront im Frühjahr 1935; dazu kamen die allgemeinen Rückwirkungen des Verfolgungsterrors und der Judenpolitik auf das internationale Klima.

Mit dem Rückzug der von Ley geführten Delegation aus der internationalen Arbeitskonferenz in Genf begann im Juni 1933 die deutsche Selbstisolierung. Gleichzeitig hat das von Mussolini betriebene Experiment eines Viermächtepakts mit Italien, England und Frankreich zwar einige propagandistische Illusionswirkung, aber, abgesehen von der dadurch eingeleiteten Umgestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses, wenig praktische Bedeutung erlangt. Dasselbe galt von dem Abschluß des Konkordats, das sich bald gegen die nationalsozialistischen Interessen auszuwirken begann. Es galt auch für das Verhältnis zur Sowjetunion mit dem

<sup>24</sup> Nadolny a.a.O., S. 150f.

<sup>25</sup> Alfred Rosenberg [Seraphim] a.a.O., S. 18; S. 20.

<sup>26</sup> „Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarnopolitik Stresemanns“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 6 (1955), S. 133ff.

Abbruch der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee sowie der Rüstungsindustrie im Sommer 1933.<sup>27</sup> Und im Völkerbund selbst, der doch bisher Gelegenheit nicht nur zu revisionistischer Kontaktverbesserung, sondern zur wirkungsvollen Vertretung deutscher Minderheiteninteressen geboten hatte, sah sich die deutsche Delegation durch die begründete Anprangerung nationalsozialistischer Terrorakte ins Unrecht gesetzt und gedemütigt; Versuche des im September 1933 eigens nach Genf gereisten Propagandaministers Goebbels, auch den Völkerbundsapparat für die eigenen Zwecke zu benützen, erreichten das Gegenteil,<sup>28</sup> und in dieser Zwangslage, nicht nur im Abrüstungskonflikt, liegt ein wesentlicher Grund für den überstürzten Austritt aus dem Völkerbund. Die Art, wie dies geschah, gegen den Rat und ohne Wissen des zuständigen Delegationschefs,<sup>29</sup> ließ schon jene Selbstherrlichkeit Hitlers gegenüber Neurath und dem diplomatischen Apparat erkennen, die den raschen Schwenkungen nationalsozialistischer Außenpolitik in den folgenden Jahren das Gepräge gegeben hat. Für die nationalsozialistische Propaganda, die für die Abschirmung durch ein Plebiszit sorgte und die „Abkehr vom Westen“ proklamierte,<sup>30</sup> sollte es ein Erfolg des neuen Kurses sein; aber die negativen Aspekte überwogen doch aufs fühlbarste. Man hatte sich damit der Genfer Möglichkeiten begeben, die Isolierung verschärft und den Völkerbund in die Rolle einer feindlichen Koalition gedrängt, in die nun auch die Sowjetunion nach langer internationaler Ächtung Aufnahme fand.

Während so der Revisions- und Kontinuitätsgedanke allen nationalsozialistischen Friedensbeteuerungen zum Trotz entscheidende Rückschläge erlitt, waren doch auch die hier zur Entfaltung drängenden nationalsozialistischen Impulse nichts weniger als erfolgreich. Am sichtbarsten wurde dies im Verhältnis zu Österreich und Italien, dem doch nach Hitlers Anschluß- und Bündnisplänen die vordringliche Aufmerksamkeit gelten sollte. Mit der Ermordung Dollfuß' im Sommer 1934 waren die Beziehungen zu beiden Ländern auf einem Tiefpunkt angelangt,<sup>30a</sup> der, im Widerspruch auch zu der hoffnungsträchtigen Systemverwandtschaft der drei autoritär regierten Staaten, die Entwicklung zur Selbstisolierung der nationalsozialistischen Außenpolitik noch nachdrücklicher bloßlegte und beschleunigte.<sup>31</sup> Damit und mit dem französisch-italienischen Abkommen vom Januar 1935 waren nicht nur die

<sup>27</sup> Vgl. Helm Speidel, „Reichswehr und Rote Armee“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 40f.

<sup>28</sup> Vgl. Max Beer, Die Auswärtige Politik des Dritten Reiches, Zürich 1934, S. 80f.

<sup>29</sup> Dazu Nadolny a.a.O., S. 140f.

<sup>30</sup> Vgl. z. B. die Ausführungen, die der (nachmals berückichtigte) damalige Gauleiter von Ostpreußen diesem Ereignis widmete: Erich Koch, „Abkehr vom Westen (Bilanz nach dem 12. November 1933)“, in seinem Buch: Aufbau im Osten, Breslau 1934, S. 183 ff.

<sup>30a</sup> Auch die Lagebeurteilung, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amts (v. Bülow) damals in vertraulichen Aussprachen mit dem Generalstabschef (Beck) entwickelte, war im Sommer 1934 besonders negativ; vgl. Becks Aufzeichnungen in: Wolfgang Foerster, Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1955, S. 53f.

<sup>31</sup> Am ausführlichsten, aber in vielen Punkten anfechtbar Ulrich Eichstädt, Von Dollfuß zu Hitler, Wiesbaden 1955, S. 22ff.; abgewogener die Beurteilungen von Walter Goldinger und Adam Wandruszka in: Geschichte der Republik Österreich, München 1954.

zunächst so hoffnungsvoll betriebenen Bemühungen um eine Gemeinschaftsfront von Faschismus und Nationalsozialismus, sondern sogar die guten Beziehungen der Weimarer Republik zu Italien wie Österreich abgebrochen.

Selbst im Fall der Rückgliederung des Saargebiets, die doch – nach der Räumung des besetzten Rheinlandes – schon durch die Außenpolitik der Weimarer Republik gesichert war und als reife Frucht in die Hände der nationalsozialistischen Propaganda fiel, waren neue Komplikationen aufgetreten, als deren Folge es jetzt plötzlich wieder ein „Saarproblem“ auf internationaler Ebene gab. Auch der Widerstandswille der deutschen Emigration im Saarland wirkte auf das Wiederaufflammen einer längst abgeschlossenen internationalen Diskussion hin und verstärkte eine für die Fortdauer der Völkerbundherrschaft eintretende, durch verschiedenste nicht-nationalsozialistische Gruppen getragene „Freiheitsfront“. Solche Entwicklungen haben dem Ereignis der Rückgliederung seine ursprüngliche Bedeutung für eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen genommen, wenn auch die Komplikationen schließlich in dem gestellten oder irreführenden Nationaljubel des Saarabstimmungssieges untergingen, angesichts dessen Laval dann vorübergehend einzulenken suchte.<sup>32</sup>

Nur an einer Front schien den Bemühungen um Ersetzung eines internationalen Sicherheitssystems durch bilaterale Bündnisse Erfolg beschieden: im Nichtangriffspakt mit Polen. Sehr wesentlich aus Hitlers Plan künftiger Ostexpansion, zum Teil auch aus der traditionellen Nervosität der deutschen Militärs gegenüber der Drohung einer polnischen Militäraktion im Augenblick der Krise erwachsen, hat dieser Pakt der greifbaren Furcht vor einem französisch-polnischen Zusammenwirken gegen das neue Regime, die besonders in der ungesicherten Lage vom Frühjahr 1933 aktuell erschienen war,<sup>33</sup> die Spitze zu nehmen gesucht. Aber auch in dieser nach dem Völkerbundscoup zweiten Sonderaktion, die zum Hauptargument der Hitlerschen Friedensreden wurde, überwogen doch die negativen Aspekte. Auch hier der verlustreiche Bruch mit der Revisions- und Minderheitenpolitik der Weimarer Ära, zugunsten einer bedenkenlosen „Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen“;<sup>34</sup> sichtbar etwa in der ferngelenkten Schwenkung des neuen nationalsozialistischen Regierungskurses in Danzig, der nicht nur die eigenen Befreiungsparolen, sondern auch die von der Republik und über den Völkerbund erreichten Verhandlungserfolge zunächst kurzerhand preisgab.<sup>35</sup> Nicht weniger bedeutsam war

<sup>32</sup> Zusammenfassend Helmut Hirsch, *Die Saar von Genf*, Bonn 1954.

<sup>33</sup> Dazu Hans Roos, „Die Präventivkriegspläne Pilsudskis von 1933“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 344–363, und Richard Breyer, *Das deutsche Reich und Polen 1932–1937*, Würzburg 1955, S. 71 ff.; vgl. auch Heinrich Brüning in seinem Brief an Rudolf Pechel (*Deutsche Rundschau* 70, 1947).

<sup>34</sup> Vgl. jetzt die besonders auf die deutschbaltische Volksgruppe in Lettland abgehobene Untersuchung von Hans v. Rimscha, „Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich“, in: *HZ* 182 (1956), S. 29 ff.

<sup>35</sup> Die Schwierigkeiten werden auch in der offiziellen Publizistik deutlich; vgl. etwa: *Das nationalsozialistische Gewissen in Danzig. Nach Reden und Niederschriften des Gauleiters von Danzig Albert Forster*, Danzig 1936.

die Rückwirkung auf die allgemeine europäische Mächtekonstellation, insofern die deutsch-polnische Sonderunternehmung die russische Neuorientierung beschleunigte und der Sowjetunion den Weg in den Völkerbund und in Frankreichs Gegenlager öffnete. Der entschiedene Bruch mit der bisherigen Außenpolitik hat durch den Abbau der Weimarer Revisionstaktik, für die der deutsch-russische Druck auf Polen ein wichtiges Mittel war, an Schärfe noch gewonnen.

\*

Ohne hier in Einzelbewertungen einzutreten, darf man doch als Ergebnis des verwirrenden Durcheinanders von nationalsozialistischen Ansätzen, Festhalten an einer Teilkontinuität und Bedürfnissen eines vorläufigen Primats der Innenpolitik vermerken, daß gemessen an den überkommenen Möglichkeiten, aber auch verglichen mit den Axiomen der nationalsozialistischen Doktrin die „neue“ Außenpolitik in den ersten beiden Jahren wenig Profit und Erfolg aufzuweisen hatte. Eine fast hoffnungslose Isolierung war der Preis für die einzige, um so bedeutsamere Funktion, die sie zu erfüllen vermochte: die Abschirmung der inneren Machtergreifung von 1933/34. Gewiß hatte England sich schon in den Abrüstungsverhandlungen dieser Periode anpassungs- und einlenkungswillig gezeigt; auch die entsprechende Haltung Simons und Edens Hitler gegenüber, die seit Anfang 1934 auch ihre Wirkung auf Barthou und Laval nicht verfehlte,<sup>36</sup> zielte in diese Richtung. Aber erst im Frühjahr 1935, zu einem Augenblick, da die hinter dieser Abschirmung angelaufene Aufrüstung und nun offene Verletzung der Versailler Militärbestimmungen die lange zögernden Signatarstaaten endlich zu einer übermächtigen Gegenfront zusammenschließen schien, gelang Hitler der Durchbruch durch die Isolierung und in eine neue Phase nun schon offen nationalsozialistischer Außenpolitik. Der äußere Wendepunkt liegt beim Abschluß des Flottenvertrags mit England, dessen Vorgeschichte nach Ausweis neuveröffentlichter Quellen übrigens noch über ein Jahr, eigentlich bis 1933 zurückreicht.<sup>37</sup>

Gewiß haben in der Folge besonders die revolutionären Aktionen anderer Diktaturen – im Abessinien- und Spanienkrieg – diese Entwicklung dann vielfach beschleunigt und verschärft. Aber den entscheidenden Einsatzzpunkt für den Durchbruch durch die bedrohliche europäische Koalition der Stresafrent, für den Ausbruch aus der Isolierung, damit auch eine Voraussetzung für das Wagnis des

<sup>36</sup> Dies nach einem dankenswerten Hinweis von Dr. Krausnick.

<sup>37</sup> Vgl. neben Rosenberg [Seraphim] a. a. O., S. 18f. (Mai 1934) jetzt auch Erich Raeder a. a. O., Bd. 1, S. 282ff. Zum Flottenvertrag neuerdings grundlegend D. C. Watt, „The Anglo-German Naval Agreement of 1935: An Interim Judgment“, in: *The Journal of Modern History* 28 (1956), S. 155–175. Zu den englischen Motiven vgl. besonders Sir Samuel Hoare, *Neun bewegte Jahre*, Düsseldorf 1955, S. 115ff. Die besondere Bedeutung für den nationalsozialistischen Durchbruch betont auch Wolfgang Malanowski: „Das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 als Ausgangspunkt für Hitlers doktrinäre Bündnispolitik“, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 5 (1955), S. 416ff.

Rheinlandeinmarsches und für die lange vergeblich erstrebte Annäherung an Italien und zeitweise England, bildete doch jener englische Entschluß, auf die vertragswidrigen Luftwaffen- und Wehrpflichtgesetze vom März 1935 nicht mit der Verhängung von Sanktionen, sondern mit der Sanktionierung der vollzogenen Tatsachen und der Anerkennung der Vertragsfähigkeit Hitlers, z. T. auch mit dem Wunschglauben an die Zähmbarkeit des nationalsozialistischen Regimes zu antworten – und dies entgegen den kurz zuvor gefaßten Gegenbeschlüssen des Völkerbunds und ohne Beteiligung der Flottenmächte Frankreich und Italien. Den Hinweisen auf die Notwendigkeit einer verlässlichen Kontinuität der deutschen Außenpolitik, mit denen die diplomatischen Fachleute nationalsozialistischen Sonderaktionen glaubten entgegentreten zu können, war durch diesen bis dahin größten Erfolg der Boden entzogen; zugleich beschleunigte er den Aufstieg des Außenseiters Ribbentrop, der ihn auf seine Sonderverhandlungsaktivität verbuchen und gleichzeitig triumphierend auf den skeptischen Widerstand des Auswärtigen Amtes verweisen konnte.<sup>38</sup> Offensichtlich gab es andere, raschere und augenfällig erfolgreichere Wege als die Weiterverfolgung einer vertragsgemäßen Revisionspolitik Weimarer Prägung. Sie eröffneten überdies einen willkommenen Umgruppierungsprozeß in der Konstellation der europäischen Mächte, der die drohende Koalition des Mißtrauens von 1933/34 auflockerte und die internationalen Fronten in neue Bewegung setzte.

Es war dies erste Epochenereignis der Politik des *Appeasement*, aus dem die gekräftigten Ansätze der kriegsvorbereitenden Phase nationalsozialistischer Außenpolitik erwachsen konnten. Das Nichtfunktionieren der europäischen Koalition gegen Hitler, der nun Stück um Stück das transitorische Abschirmungskonzept durch die ursprünglichen Konzeptionen gewaltsamer Revision und schließlich Expansion ersetzte, trifft freilich nur die eine Seite der Beurteilung. Die Grundlage für den folgenden Ausgriff vermittelte jene innenpolitische Gesamtgleichschaltung, die, gewiß in enger Wechselwirkung mit dem Versagen internationaler Sicherungen, sich durch die Taktik scheinbaren Kontinuitäts- und Friedensstrebens zunächst abzuschirmen, auch offensichtliche Rückschläge hinzunehmen und dafür den rücksichtslos durchgesetzten Prozeß der inneren Machtbefestigung rasch voranzutreiben vermochte. Und dies so nachhaltig, daß der Eigenmächtigkeit nationalsozialistischer Außenpolitik in ihrem zweiten Stadium keine wirksamen Kontrollen mehr entgegenstanden und den fortdauernden, in jeder der künftigen Krisen erneut aufflackernden Widerstandsversuchen auch innerhalb des Auswärtigen Amtes kein Erfolg, kaum mehr bremsende Wirkung beschieden war.

Der Vorgang gewinnt dadurch über seine besondere geschichtliche Tragweite hinaus Bedeutung für eine Einsicht in die Rolle, die das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik im Übergangsprozeß vom parlamentarischen Rechtsstaat zum totalitären Herrschaftssystem moderner Prägung spielt. Die Berufung auf das außenpolitische Versagen der europäischen Mächte dem „Dritten Reich“ gegen-

<sup>38</sup> Craig a.a.O., S. 424f.

über trifft nur ein Moment in der Folge der Ursachen. Gewiß stehen dahinter gewichtige außenpolitische Gründe: man nehme die ganzen Folgewirkungen von Versailles. Aber die erste Voraussetzung für den Expansionskurs blieb doch das Gelingen der innenpolitischen Machtergreifung, die alle Kontrollen und Hemmungen beseitigte. Darin liegt ihre Bedeutung für eine Analyse der so viel spektakulärereren Ereignisse um den zweiten Weltkrieg. Kein Hinweis auf Schuld oder Scheitern der Policy of Appeasement kann von dieser deutschen Selbsterkenntnis entbinden, die den Blick immer von neuem auf die innere Umwälzung von 1933 zurücklenkt.

HANS W. GATZKE

## STRESEMANN UND LITWIN

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Es ist über die neuen Einsichten, die sich aus dem Stresemann-Nachlaß für bestimmte sachliche Probleme ergeben, schon mehrfach in den Vierteljahrsheften gehandelt worden, zweimal allein schon von dem Verfasser der hier abgedruckten Miscelle. Weder ihm noch den Herausgebern liegt an sich daran, zu den abträglichen Glossen beizutragen, die sich aus der Vereinzelung bestimmter biographischer Züge ergeben können. Erst in einer Gesamtwürdigung des Staatsmannes können sie ihren Platz finden. Ebensovienig aber entspricht es der Linie der Zeitschrift, auf diesem Forschungsgebiet wie auf irgendeinem anderen, einen Artikel abzulehnen, der ein heikles Thema berührt, vorausgesetzt, daß die Behandlung wissenschaftlich einwandfrei ist wie im vorliegenden Fall und zugleich den Sinn für Proportionen nicht vermissen läßt.

H. R.

Wie kaum ein anderer Politiker der Weimarer Republik war Gustav Stresemann den offenen und versteckten Angriffen seiner politischen Gegner ausgesetzt, die in ihren Versuchen, seine Politik oder seine Person herabzusetzen, selbst vor den größten Verleumdungen nicht haltmachten.<sup>1</sup> Stresemann litt ganz besonders unter diesen fortwährenden Anfeindungen, da er von Natur aus sehr empfindlich war.<sup>2</sup> Im Laufe der Jahre erst gelang es ihm, wenigstens nach außen hin eine gewisse Souveränität gegenüber derartigen Angriffen zu zeigen. „Ich bin nicht jedem Narren für mein Tun Rechenschaft schuldig“, schrieb er 1923, „denn es gibt solcher Narren in einem 60 Millionenvolk immerhin ein gutes Dutzend. Meine Zeit ist mir aber

<sup>1</sup> Zu den öffentlichen Angriffen, besonders in der Rechtspresse, kamen die vielen anonymen Schmäh- und Drohbriebe, von denen Stresemanns unveröffentlichter „Nachlaß“ zahlreiche Beispiele enthält. Auch Stresemanns Familie wurde von diesen Verleumdungen betroffen. Vgl. Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Hrsg. Henry Bernhard (Berlin 1932–53), I, S. 322ff.; II, S. 95f.

<sup>2</sup> So konnte ihn bereits der Ton eines Briefes tief verletzen („In diesem Tone schreibe ich nicht einmal an mein Dienstmädchen“, Str. an Gen. v. Kessel, in Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, „Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann“, Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 3076, serial no. 6900, frame no. 135297, künftig zitiert als „Nachlaß“, 3076/6900/135297).

über trifft nur ein Moment in der Folge der Ursachen. Gewiß stehen dahinter gewichtige außenpolitische Gründe: man nehme die ganzen Folgewirkungen von Versailles. Aber die erste Voraussetzung für den Expansionskurs blieb doch das Gelingen der innenpolitischen Machtergreifung, die alle Kontrollen und Hemmungen beseitigte. Darin liegt ihre Bedeutung für eine Analyse der so viel spektakulärereren Ereignisse um den zweiten Weltkrieg. Kein Hinweis auf Schuld oder Scheitern der Policy of Appeasement kann von dieser deutschen Selbsterkenntnis entbinden, die den Blick immer von neuem auf die innere Umwälzung von 1933 zurücklenkt.

HANS W. GATZKE

## STRESEMANN UND LITWIN

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Es ist über die neuen Einsichten, die sich aus dem Stresemann-Nachlaß für bestimmte sachliche Probleme ergeben, schon mehrfach in den Vierteljahrsheften gehandelt worden, zweimal allein schon von dem Verfasser der hier abgedruckten *Miszelle*. Weder ihm noch den Herausgebern liegt an sich daran, zu den abträglichen Glossen beizutragen, die sich aus der Vereinzelung bestimmter biographischer Züge ergeben können. Erst in einer Gesamtwürdigung des Staatsmannes können sie ihren Platz finden. Ebenso wenig aber entspricht es der Linie der Zeitschrift, auf diesem Forschungsgebiet wie auf irgendeinem anderen, einen Artikel abzulehnen, der ein heikles Thema berührt, vorausgesetzt, daß die Behandlung wissenschaftlich einwandfrei ist wie im vorliegenden Fall und zugleich den Sinn für Proportionen nicht vermissen läßt.

H. R.

Wie kaum ein anderer Politiker der Weimarer Republik war Gustav Stresemann den offenen und versteckten Angriffen seiner politischen Gegner ausgesetzt, die in ihren Versuchen, seine Politik oder seine Person herabzusetzen, selbst vor den größten Verleumdungen nicht haltmachten.<sup>1</sup> Stresemann litt ganz besonders unter diesen fortwährenden Anfeindungen, da er von Natur aus sehr empfindlich war.<sup>2</sup> Im Laufe der Jahre erst gelang es ihm, wenigstens nach außen hin eine gewisse Souveränität gegenüber derartigen Angriffen zu zeigen. „Ich bin nicht jedem Narren für mein Tun Rechenschaft schuldig“, schrieb er 1923, „denn es gibt solcher Narren in einem 60 Millionenvolk immerhin ein gutes Dutzend. Meine Zeit ist mir aber

<sup>1</sup> Zu den öffentlichen Angriffen, besonders in der Rechtspresse, kamen die vielen anonymen Schmäh- und Drohbriebe, von denen Stresemanns unveröffentlichter „Nachlaß“ zahlreiche Beispiele enthält. Auch Stresemanns Familie wurde von diesen Verleumdungen betroffen. Vgl. Gustav Stresemann, *Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden*, Hrsg. Henry Bernhard (Berlin 1932–33), I, S. 322ff.; II, S. 95f.

<sup>2</sup> So konnte ihn bereits der Ton eines Briefes tief verletzen („In diesem Tone schreibe ich nicht einmal an mein Dienstmädchen“, Str. an Gen. v. Kessel, in *Answärtiges Amt, Politisches Archiv, „Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann“*, Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 5076, serial no. 6900, frame no. 155297, künftig zitiert als „Nachlaß“, 3076/6900/155297).



für Auseinandersetzungen dieser Art zu schade.“<sup>3</sup> Jedoch fünf Jahre später noch schrieb er mit Bitterkeit über eine geplante Biographie: „Die ersten, die sie kaufen, werden wahrscheinlich meine Feinde sein, um zu sehen, was sich daraus gegen mich machen läßt.“<sup>4</sup>

Unter den zahlreichen Beleidigungsprozessen, die Stresemann in den zwanziger Jahren zur Verteidigung seines Namens und seiner Politik führte, war der sog. „Plauener Prozeß“ im Frühjahr 1927 wohl derjenige, der das größte öffentliche Interesse erregte.<sup>5</sup> Die Anklage des Staatsanwalts und des Nebenklägers Stresemann richtete sich gegen den Plauener Rechtsanwalt Dr. Müller, der beschuldigt wurde, sowohl in Briefen an die Deutsche Volkspartei wie auf einer Tagung des „Alldeutschen Verbandes“ behauptet zu haben: „Dr. Stresemann habe sich dazu hergegeben, eine verbrecherische Handlung zu decken und habe der Korruption Vorschub geleistet“, indem er in ein gegen die „Deutsche Evaporator A. G.“ schwebendes Strafverfahren eingegriffen und so zum Versanden des Verfahrens beigetragen habe.<sup>6</sup> Im Laufe des Prozesses ergab sich folgender Tatbestand: Stresemann gehörte, bis zu seiner Ernennung zum Reichskanzler, dem Aufsichtsrat der „Deutschen Evaporator A.G.“ an. Im Sommer 1920 waren 29 Waggons entsicherter Granaten, welche die Gesellschaft an ein tschechisches Eisenwerk verkauft hatte, wegen unzureichender Ausfuhrgenehmigung an der sächsischen Grenze beschlagnahmt worden. Der Generaldirektor der Gesellschaft, Paul Litwin, wandte sich darauf an Stresemann mit der Bitte, zugunsten seiner Firma beim Reichswirtschaftsministerium zu intervenieren. Stresemann schrieb in dieser Sache an seinen Parteikollegen, Reichswirtschaftsminister Scholz: „Ich halte mit der Direktion der Gesellschaft diese Beschlagnahme für ungerechtfertigt und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie einmal prüfen lassen würden, ob diese Verfallerklärung juristisch und volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist.“ Stresemanns Eingabe blieb jedoch erfolglos, und sowohl Litwin wie sein Sohn wurden später wegen Vergehens gegen die Ausfuhrvorschriften zu geringen Geldstrafen verurteilt.

Der Angeklagte Müller versuchte nun in seinen Aussagen während des Prozesses das Verhältnis zwischen Stresemann und Litwin als äußerst eng darzustellen. Sowohl Reichsbankpräsident Schacht, der bis Ende 1923 Aufsichtsratsvorsitzender der „Evaporator A. G.“ war, als auch Litwin traten als Zeugen gegen ihn auf, und Litwin behauptete: „Niemals habe ich Stresemann für geschäftliche Dinge in Anspruch genommen.“ Das Gericht fand, daß der Angeklagte den Wahrheitsbeweis für seine Anschuldigungen gegen Stresemann schuldig geblieben sei. „Die Evaporatorgesellschaft“, so lautete die Urteilsbegründung, „ist von jedem Verdacht unerlaubter Machenschaften frei. Das Schreiben Dr. Stresemanns bedeutet keines-

<sup>3</sup> „Nachlaß“, 3098/7115/145450, Str. an Franz Miethke, 1. 5. 23..

<sup>4</sup> „Nachlaß“, 3116/7147/150827, Str. an Konsul Bernhard, 7. 2. 28.

<sup>5</sup> Material über den Prozeß findet sich in Str.'s „Nachlaß“, 5145/7327/161563 ff., sowie in der Tagespresse. Die Verhandlungen begannen am 23. 11. 26, wurden dann bis zum 28. 3. 27 vertagt, und das Urteil wurde am 11. 3. 27 verkündet.

<sup>6</sup> Vogtländer Anzeiger und Tagblatt, 23. 11. 26; „Nachlaß“, 3145/7227/161680 ff.

falls ein Eingreifen in ein Verfahren, geschweige denn ein Bestreben, das Verfahren abzubiegen, wie es der Angeklagte darzustellen versucht.“ Müller wurde daher zur Höchststrafe von 10 000 RM verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde Berufung bis in die höchste Instanz eingelegt, jedoch ohne Erfolg.<sup>7</sup>

Die Beurteilung des Prozesses in der Öffentlichkeit richtete sich, wie zu erwarten war, nach der politischen Einstellung des einzelnen gegenüber Stresemann. In einem Brief, den Stresemanns früherer Privatsekretär, Fritz Rauch, an den Vorsitzenden im Plauener Prozeß richtete, heißt es: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mensch, der selbst rein empfindet und der Dr. Stresemann auch nur einmal über Goethe hat sprechen hören, über den er nur in vertrautem, kleinem Kreise spricht, jemals den Gedanken fassen kann, daß materielle Gesichtspunkte für diesen Mann eine Rolle spielen.“<sup>8</sup> Das Gegenstück zu diesem Freundschaftsbekennnis bildeten die anzüglichen Bemerkungen des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten von Graefe im „Deutschen Tageblatt“, in denen sowohl Schacht wie Stresemann vorgeworfen wurde, falsche Aussagen unter Eid gemacht zu haben.<sup>9</sup> Im allgemeinen jedoch überwog die Entrüstung über die gehässigen Diffamierungsversuche, die, wie der Prozeß gezeigt hatte, von rechtsstehenden Gegnern Stresemanns tatkräftig unterstützt worden waren.<sup>10</sup>

In der zahlreichen Stresemannliteratur wird der Plauener Prozeß kaum erwähnt. Zu einer wissenschaftlichen Diskussion der in ihm angerührten Fragen gibt erst das im „Nachlaß“ liegende Material die Möglichkeit. Es ist vielleicht zu lückenhaft, um zu einem abschließenden Urteil zu führen, doch kann es von der Stresemannforschung nicht vernachlässigt werden.

Paul Litwin, der heute fast vollkommen in Vergessenheit geraten ist,<sup>11</sup> hat bei mehreren Gelegenheiten in der großen Politik eine gewisse Rolle gespielt. So wurde er im Jahre 1917 von Staatssekretär Zimmermann zu Verhandlungen mit den Russen in Stockholm benutzt.<sup>12</sup> Im Sommer 1918 nahm Litwin an den Vorverhandlungen über die deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Frieden von Brest-Litowsk teil.<sup>13</sup> Im Jahre 1919 wurde er von Außenminister Simons zur Fühlungnahme mit Frankreich verwendet.<sup>14</sup> Seine Verwendung zu derartigen Missionen ist

<sup>7</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 623 ff.      <sup>8</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 595.

<sup>9</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 616 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Dr. Ernst Feder, „Müller aus Plauen“, Berl. Tagebl., 11. 4. 27.

<sup>11</sup> Kurze Hinweise auf L. finden sich in Norbert Mühlens, *Schacht: Hitler's Magician* (New York 1939), S. 16f.; Stresemann, *Vermächtnis*, I, S. 368f.; Heinz Starkulla, „Organisation und Technik der Pressepolitik des Staatsmannes Gustav Stresemann“ (Maschinenschrift). Diss. München 1951, S. 34ff.; Carl Severing, *Mein Lebensweg* (Köln 1950), I, S. 452.

<sup>12</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 617, Str. an Staatssekr. Meissner, 16. 5. 27. L. behauptete, während des Plauener Prozesses zu ähnlichen Zwecken vom Generalstab und A. A. nach Rußland geschickt worden zu sein. Vgl. Berl. Tagebl., 1. 4. 27, M. A.

<sup>13</sup> Hans W. Gatzke, *Dokumentation*, „Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918“, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 71 ff.

<sup>14</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 617. Auch 1924 scheint sich L., diesmal auf eigene Initiative, in schwebende deutsch-französische Besprechungen eingeschaltet zu haben. Vgl. Stresemann, *Vermächtnis*, I, S. 368f.

um so bemerkenswerter, als Litwin erst seit Ende 1916 deutscher Staatsangehöriger war.

Über den Werdegang Litwins ist nur wenig bekannt. Er wurde 1866 in Rußland geboren, war jüdischer Konfession und hatte sich in den neunziger Jahren eine angesehene und wohlhabende Stellung im russischen Kupfer- und Goldbergbau erworben.<sup>15</sup> Im Jahre 1904 schickte er seine Familie nach Deutschland, um, wie er später sagte, seinen Kindern eine bessere Erziehung angedeihen zu lassen. Etwa fünf Jahre später ging er dann aus nicht näher feststellbaren Gründen selbst nach Deutschland, wo er die „Deutsche Evaporator A.G.“ gründete.<sup>16</sup> Die Tätigkeit der Gesellschaft lag anscheinend auf dem Gebiet der „Wärmetechnik und -wirtschaft“.<sup>17</sup> Litwin, so schrieb Stresemann in einem späteren Brief, war „auf technischem Gebiet außerordentlich versiert“ und gelangte „durch glückliche finanzielle Unternehmungen in den Besitz eines sehr großen Vermögens“.<sup>18</sup>

Stresemann lernte Litwin zu Beginn des ersten Weltkrieges kennen, und zwar durch Vermittlung von Kommerzienrat Friedrichs, dem Vorsitzenden des Bundes der Industriellen.<sup>19</sup> Er trat damals in den Aufsichtsrat der „Deutschen Evaporator A.G.“ ein, dem neben Friedrichs auch Dr. Hjalmar Schacht und Geheimrat Dr. Schweighoffer, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, angehörten. Stresemann war bereits Mitglied einer Reihe anderer Aufsichtsräte<sup>20</sup> und genoß auf Grund seiner Tätigkeit im „Verband Sächsischer Industrieller“ und im „Bund der Industriellen“ großes Ansehen in Wirtschaftskreisen. Lewinsohn nennt ihn einen „typischen Industrieparlamentarier“, fügt jedoch hinzu, daß Stresemann zu den wenigen aus dem Syndikusberuf hervorgegangenen Politikern gehörte, „die sich innerlich von ihren industriellen Aufträgen freigemacht haben“.<sup>21</sup> Es wird zu fragen sein, ob dies Urteil völlig zutrifft.

Kurz nach Ausbruch des Krieges wandte sich Litwin an Stresemann mit der Bitte, ihm bei der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit behilflich zu sein.<sup>22</sup> Stresemann war dazu bereit, da es ihm bedenklich erschien, „in einen allzu engen

<sup>15</sup> „Nachlaß“, 3166/7311/158 464 ff., Beglaubigte Übersetzung eines Briefes des Generalgouverneurs von Jenissei, Giers, an den Minister für Handel und Industrie, 8. 2. 08, mit der Bitte, L. den Kommerzienratstitel für seine Verdienste um die russische Wirtschaft zu verleihen.

<sup>16</sup> Berl. Tagebl., 1. 4. 27, A. A., Aussage Litwins im Plauener Prozeß.

<sup>17</sup> Über den Tätigkeitsbereich der Gesellschaft vgl. den Jahresabschluß für 1921 in „Nachlaß“, 3051/6820/123 327 ff., sowie das Protokoll der A. R. Sitzung vom 1. 12. 21, „Nachlaß“, 3051/6817/122 792 ff.

<sup>18</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123 234, Str. an Bankdir. Dietrich, 5. 1. 22.

<sup>19</sup> „Nachlaß“, 3117/7169/155 841 ff., Str. an Hauptm. Felix Neumann, 31. 5. 24. Berl. Tagebl., 31. 3. 27, M. A., Kommissarische Vernehmung Str.'s im Plauener Prozeß.

<sup>20</sup> Ebenda. Nach Str.'s eigenen Angaben war er „in etwa zwölf Aufsichtsräten“, u. a. der Sarotti A. G., Zucker-Raffinerie Genthin A. G., Ernemann Werke und Sachsenwerk Licht- und Kraft A. G.

<sup>21</sup> Richard Lewinsohn („Morus“), Das Geld in der Politik (Berlin 1930), S. 118 ff.

<sup>22</sup> „Nachlaß“, 3052/6823/124 055, L. an Str., 17. 2. 15.

Konex [sic] mit der [Evaporator] Gesellschaft zu treten, solange es Herrn Litwin noch nicht gelungen sei, sich in Deutschland naturalisieren zu lassen“.<sup>23</sup> Die Angelegenheit scheint jedoch steckengeblieben zu sein, und Stresemanns Aussage während des Plauener Prozesses, daß seine Unterstützung der Litwinschen Bemühungen auf Veranlassung von Kommerzienrat Friedrichs erfolgt sei, bezieht sich wohl auf Litwins zweiten Naturalisierungsversuch im Herbst 1916, bei dem Friedrichs tatsächlich Stresemanns Hilfe erbat.<sup>24</sup> Stresemann befürwortete darauf in einem Brief an Unterstaatssekretär Zimmermann Litwins Antrag, „da seine [d. h. Litwins] ganzen Interessen auf deutscher Seite liegen und da er auch für sich und seine Söhne nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten der Zugehörigkeit zum deutschen Staate gern auf sich nehmen will“.<sup>25</sup> Am 7. Dezember 1916 konnte er an Litwin telegrafieren: „Erfahre soeben, daß Preußisches Innenministerium Naturalisation zustimmt, und beglückwünsche Sie herzlichst zu diesem schönen Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen.“<sup>26</sup>

Ein weiteres Beispiel, daß Litwin die vielseitigen Verbindungen seines Aufsichtsratsmitglieds Stresemann gut auszunutzen wußte, findet sich in einem Schreiben des mit Stresemann befreundeten deutschen Marine-Attachés in Konstantinopel, Humann, vom Herbst 1917. Daraus geht hervor, daß Stresemann sich nach der Versetzungs- und Beförderungsmöglichkeit von Litwins Sohn, der im Militärdienst stand, erkundigt hatte. Nach Rücksprache mit seinem Kollegen, General von Losow, meinte Humann jedoch, daß es für den jungen Litwin besser wäre, im Felde bei Falkenhäyn zu bleiben, da es in Konstantinopel keine Verwendung für ihn gäbe. Gleichzeitig bedankte sich Humann „für die in Aussicht gestellten 10 000 M der Deutschen Evaporator-Gesellschaft“, welche anscheinend für kulturelle Zwecke bestimmt waren.<sup>27</sup>

Über die erwähnte Verwendung Litwins zu Verhandlungen mit den Russen im Jahre 1917 sind keine weiteren Einzelheiten festzustellen. Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk jedoch finden wir den Generaldirektor der Evaporator-Gesellschaft in einer neuen Rolle: Im April 1918 wurde er zum Geschäftsführer der „Deutschen Ausfuhr G.m.b.H.“ für die Ukraine ernannt. Stresemann wurde zur Zeit des Plauener Prozesses vorgeworfen, die Ernennung Litwins für diesen Posten unterstützt zu haben, eine Behauptung, die er unbeantwortet ließ.<sup>28</sup> Er erklärte lediglich, daß ihm über die Art von Litwins Verwendung bei dieser Gesellschaft nichts bekannt sei. Immerhin ist nachweisbar, daß er sich bei einer Ausfuhrstockung nach der Ukraine zugunsten der Ausfuhrsgesellschaft bei Staatssekretär

<sup>23</sup> „Nachlaß“, 3052/6823/124056, Str. an Rechtsanw. Netcke, 18. 2. 15.

<sup>24</sup> Frankf. Ztg., 1. 4. 27; „Nachlaß“, 3063/6865/129599ff., Friedrichs an Str., 11. 10. 16, 5. 11. 16.

<sup>25</sup> „Nachlaß“, 3063/6865/129603, Str. an Unterstaatssekr. Zimmermann, 5. 11. 16.

<sup>26</sup> „Nachlaß“, 3063/6865/129608, Str. an L., 7. 12. 16.

<sup>27</sup> „Nachlaß“, 3067/6887/133243ff., Humann an Str., 22. 11. 17.

<sup>28</sup> „Nachlaß“, 3218/7463/546254, Hauptmann a. D. Knoll an Reichsfinanzmin. Dr. Koehler, 16. 3. 27; Berl. Tagebl., 31. 3. 27, M. A., Kommissarische Vernehmung Str.'s im Plauener Prozeß.

von Kühlmann eingesetzt hat<sup>29</sup> und daß er Litwin Hilfestellung leistete gegenüber Angriffen, die gegen diesen, vermutlich wegen seiner russischen Vergangenheit, von seiten seiner Mitarbeiter in der Gesellschaft gerichtet wurden. „Sobald ich nach Berlin zurückkomme“, schrieb Stresemann Anfang August 1918, „werde ich mit Herren, die in der Ausfuhrsgesellschaft tätig sind, persönliche Fühlung nehmen und bitte Sie überzeugt zu sein, daß ich den unberechtigten Angriffen auf Sie jederzeit mit Entschiedenheit entgegentreten werde.“<sup>30</sup>

In den Sommermonaten 1918 fanden die bereits erwähnten Verhandlungen über die Ergänzungsverträge von Brest-Litowsk statt, in denen auf deutscher Seite Stresemann und Litwin aufs engste zusammenarbeiteten.<sup>31</sup> In einem Brief an Stresemann erging sich Litwin damals in weitgehenden Plänen für seine eigene Rolle in Deutschlands künftigen Handelsbeziehungen mit Rußland. Als Anerkennung seiner Verdienste um das Zustandekommen der Ergänzungsverträge bat er Stresemann gleichzeitig, ihm bei der Erlangung des Eisernen Kreuzes behilflich zu sein.<sup>32</sup> Stresemann hatte sich bereits früher „gern bereit“ erklärt, einen diesbezüglichen Antrag zu unterstützen.<sup>33</sup>

Während des Plauener Prozesses beschrieb der Verteidiger des Angeklagten Müller Stresemanns Verhältnis zu Litwin als ein auf Gegenseitigkeit beruhendes. „In den Beziehungen von Dr. Stresemann“, so sagte er, „herrscht der Grundsatz: Hand muß Hand waschen.“<sup>34</sup> Es läßt sich nicht aus dem „Nachlaß“ feststellen, wie hoch die jährliche Entschädigung war, welche Stresemann als Aufsichtsratsmitglied der Evaporatorgesellschaft erhielt. Im Mai 1922 wurden ihm 60947,80 M als Tantieme überwiesen, und zwar 5000 M als feste Vergütung und der Rest als zehnpromzentiger Anteil am Reingewinn der Gesellschaft.<sup>35</sup> Rechnet man die Summe zum Inflationswert, so haftet ihr sicher nichts Außergewöhnliches an. Litwin ließ es aber daneben nicht an kleineren Aufmerksamkeiten und Sonderzuwendungen fehlen.<sup>36</sup> Als Stresemann im Herbst 1917 die „Deutschen Stimmen“ und die Korrespondenz „Berliner Politischer Tagesdienst“ übernahm, lieh ihm Litwin einen Betrag von 115000 M.<sup>37</sup> Darüber hinaus wußte Stresemann aber auch sein enges Verhältnis zu Litwin für seine anderweitigen Geschäftsverbindungen auszunutzen. Anfang August 1918 bat er Litwin, seinen Einfluß in der Ausfuhrsgesellschaft zugunsten der Ernemann-Werke, in deren Aufsichtsrat Stresemann saß, geltend zu machen. „Wie

<sup>29</sup> „Nachlaß“, 3051/6818/122912, Kühlmann an Str., 29. 4. 18; „Nachlaß“, 3078/6913/136423, Str. an K., 18. 6. 18.

<sup>30</sup> „Nachlaß“, 3077/6912/136249, Str. an L., 6. 8. 18.

<sup>31</sup> S. oben, Anm. 13.

<sup>32</sup> „Nachlaß“, 3077/6911/135975, L. an Str., 25. 8. 18.

<sup>33</sup> „Nachlaß“, 3077/6911/135908, Str. an Dtsche. Ev. A. G., 14. 8. 18.

<sup>34</sup> Berl. Tagebl., 1. 4. 27, M. A., Rechtsanw. Rietzsch im Plauener Prozeß.

<sup>35</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123331, Dtsche. Ev. A. G. an Str., 26. 5. 22.

<sup>36</sup> Berl. Tagebl., 1. 4. 27, M. A., Aussage Müllers im Plauener Prozeß. Vgl. auch „Nachlaß“, 3051/6818/122862, Str. an L., 13. 8. 17, Dankbrief für ein Napoleonbild.

<sup>37</sup> „Nachlaß“, 3090/6930/139313, Str. an L., 10. 7. 20.

ich Ihnen bereits gestern telegraphiert habe“, antwortete Litwin, „ist es mir gelungen, sämtliche Aufträge für die Ernemann-Werke zu sichern.“<sup>38</sup>

Inwieweit Stresemann finanziell an den Litwinschen Unternehmungen beteiligt war, läßt sich nicht mit Genauigkeit feststellen. Er selbst erklärte während des Plauener Prozesses, im Jahre 1920 Aktien der „Evaporator A.G.“ besessen zu haben.<sup>39</sup> Gleichzeitig fungierte er, zusammen mit Friedrichs und Schweighöffer, als Kommanditist der im Februar 1918 gegründeten Kommanditgesellschaft Paul Litwin & Co. Doch war die Beteiligung dieser Gesellschafter anscheinend äußerst minimal.<sup>40</sup>

Wichtiger wird für Stresemann gewesen sein, daß Litwin seine politischen Bestrebungen finanziell unterstützte. Er trat der von Stresemann kurz nach Kriegsende gegründeten Deutschen Volkspartei sofort bei und wurde als Mitglied des „Reichsklubs“ der D.V.P. zu einem der wichtigsten Geldgeber der Partei.<sup>41</sup> Gesellschaftlich jedoch scheinen ihre Beziehungen weniger intim gewesen zu sein.<sup>42</sup> Gleichwohl brachte es Stresemanns enge Verbindung zu Litwin mit sich, daß Angriffe auf den Generaldirektor der Evaporatorgesellschaft dem Führer der Deutschen Volkspartei nicht gleichgültig sein konnten. Und solche Angriffe wurden im Laufe der Jahre immer häufiger. So befaßte sich die „Deutsche Tageszeitung“ am 1. Juni 1920 (und im Anschluß daran der „Vorwärts“) unter dem Titel „Es lebe der Schieber“, mit den Geschäften, welche die Evaporatorgesellschaft mit Heeresgut der ehemaligen deutschen Armee betreibe. Stresemann wandte sich sofort an Hjalmar Schacht, der ihn aber vollkommen beruhigte. „Von einer Bereicherung der Gesellschaft durch Verwendung von Heeresgut“, sagte Schacht, „sei gar keine Rede.“ „Auch über alle sonstigen Verhältnisse der Gesellschaft“, so fährt Stresemanns Aufzeichnung fort, „gab Dr. Schacht die Erklärung ab, daß peinlich korrekt verfahren würde und daß ich keinerlei Veranlassung hätte, mich zu beunruhigen.“<sup>43</sup> Einige Monate später mußte sich Stresemann dann selbst gegen den Vorwurf verteidigen, daß er während des Krieges als Mitglied des Aufsichtsrates der Evaporator-A.G. „die Vorzüge des Verfahrens dieser Gesellschaft“ einer offiziellen Reichsstelle empfohlen habe.<sup>44</sup>

Inzwischen erfüllte Stresemann weiterhin seine Pflichten als Aufsichtsratsmitglied der Evaporatorgesellschaft. Im Sommer 1921 wurde er aufgefordert, sich „wegen Lieferung von Altrandsberger Platten“, einem Produkt der Gesellschaft, bei der Regierung zu verwenden. „Ich habe im allgemeinen stets davon abgesehen“,

<sup>38</sup> „Nachlaß“, 3077/6912/136429 ff., L. an Str., 10. 8. 18.

<sup>39</sup> Berl. Tagebl., 31. 5. 27, A. A., Kommissarische Vernehmung Str.'s im Plauener Prozeß.

<sup>40</sup> Berl. Tagebl., 31. 5. 27, M. A., Aussagen Litwins und Heinrich Müllers im Plauener Prozeß.

<sup>41</sup> Berl. Tagebl., 2. 4. 27, M. A., Aussage L.'s im Plauener Prozeß.

<sup>42</sup> Berl. Tagebl., 1. 4. 27, M. A., Aussage L.'s im Plauener Prozeß. Danach waren Str. und L. keineswegs Duzfreunde, und Str.'s Besuche auf L.'s Landsitz, Schloß Schwante in der Mark, waren äußerst selten und meist geschäftlicher Natur.

<sup>43</sup> „Nachlaß“, 3051/6817/122694, Aufz. Str.'s vom 5. 6. 20.

<sup>44</sup> „Nachlaß“, 3051/6817/122721, Str. an die „Oldenburgische Landeszeitung“, 2. 3. 21.

so schrieb er an das Ministerium für Wiederaufbau, „in solchen Angelegenheiten für irgendeine Firma einzutreten, da dies leicht falsch ausgelegt werden könnte“; er hoffe aber, auf diese Weise „wenigstens die Prüfung der Produkte einer angesehenen Firma zu erlangen“. <sup>45</sup> Am gleichen Tage schrieb Stresemann an die Evaporatorgesellschaft und erklärte sich mit der Wahl Schachts zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates und mit seiner eigenen Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden einverstanden. <sup>46</sup> Mit gleicher Post schrieb er auch an Kommerzienrat Litwin und bat ihn um Überlassung von 50 bis 100 Evaporator-Aktien, da diese jetzt an der Berliner Börse zur Einführung kommen sollten und Stresemann „nicht in die voraussichtlich eintretende Haussebewegung der ersten Tage“ hineingeraten wollte. <sup>47</sup> Einen Monat später versuchte Stresemann wiederum seinen Einfluß zugunsten der Evaporator A.G. geltend zu machen. Diesmal handelte es sich um Aufträge für die Ausbesserung von Güterwagen, bei denen sich die Gesellschaft benachteiligt fühlte. <sup>48</sup> Im Januar 1922 schrieb Stresemann in einer Referenz über Litwin, daß er ihn für die Führung größerer industrieller Unternehmungen qualifiziert halte und daß seine finanziellen Verhältnisse in jeder Beziehung einwandfrei seien. <sup>49</sup> Im März 1922 versuchte Stresemann Hugo Stinnes für ein Erzvorkommen in Rußland zu interessieren, für welches Litwin eine Option hielt. <sup>50</sup> Im Juni vermittelte er ein Abkommen zwischen seinem Freunde Max Hoffmann und Paul Litwin, das Hoffmann, der kürzlich von seinem Posten als Generaldirektor der Sarotti A.G. zurückgetreten war, in die Lage versetzte, mit Litwins Hilfe seine eigene Schokoladenfabrik zu gründen. „Ich bedauere nur“, schrieb Stresemann an Litwin, „daß ich wegen der Parität zwischen den beiden Besitzergruppen . . . nicht selbst in der Lage bin, Aktionär sein zu können, da die Ehe zwischen Herrn Hoffmann und Ihnen doch durch mich zustande gekommen ist . . . Vielleicht überlegen Sie sich einmal, ob sich das nicht durch Aktien ohne Stimmrecht oder Genußscheine noch einmal machen läßt“. <sup>51</sup> Im September erlangte Stresemann vom Preußischen Justizminister die Begnadigung eines Arbeiters der Evaporatorgesellschaft, der für ein nicht näher spezifiziertes Vergehen im Gefängnis saß. <sup>52</sup> Und endlich, im Oktober, unterstützte er ein Gesuch Litwins zum Nachlaß von rückständigen Einkommen- und Vermögenszuwachssteuern. <sup>53</sup>

Hier erhebt sich naturgemäß erneut die Frage, auf welche Weise sich Litwin für die mannigfachen Gefälligkeiten Stresemanns revanchierte. Ob Stresemanns oben zitierte Bitten um Bevorzugung bei der Erwerbung von Aktien in den Litwischen

<sup>46</sup> „Nachlaß“, 3051/6817/122743, Str. an Dr. Rose im Minist. f. Wiederaufbau, 24. 8. 21.

<sup>47</sup> „Nachlaß“, 3051/6817/122742, Str. an die Dtsche. Ev. A. G., 24. 8. 21.

<sup>48</sup> „Nachlaß“, 3051/6817/122741, Str. an L., 24. 8. 21.

<sup>49</sup> „Nachlaß“, 3109/6996/141239f., Str.'s Sekretariat an das Reichsverkehrsministerium, 28. 9. 21.

<sup>50</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123234, Str. an Bankdir. Dr. Dietrich, 5. 1. 22.

<sup>51</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123290, Fa. Hugo Stinnes an Str., 22. 3. 22.

<sup>52</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123353ff., Str. an L., 2. 6. 22.

<sup>53</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123365, Str. an den Preuß. Justizminister Am Zehnhoff, 18. 9. 22.

<sup>54</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123382ff.

Unternehmungen erfüllt wurden, läßt sich nicht feststellen.<sup>54</sup> Klarer liegt die Sache bei der Unterstützung, die Litwin weiterhin der Deutschen Volkspartei angedeihen ließ. Da war einmal das mysteriöse Devisenkonto „S. Gustav“ in Höhe von 5000 Pfund Sterling, das bei der Evaporatorgesellschaft geführt wurde, von dessen Existenz aber, nach Litwins Aussagen im Plauener Prozeß, Stresemann nichts bekannt war.<sup>55</sup> Darüber hinaus nahm Litwin ein reges Interesse an der von Stresemann 1921 gegründeten Tageszeitung „Die Zeit“, der er neben finanziellen Darlehen auch mit größeren Inseratenaufträgen zu helfen versuchte.<sup>56</sup>

Es fehlte indessen nicht an Stimmen, die Stresemann vor einer derart engen Verbindung mit Litwin warnten. Im Dezember 1921 teilte ihm sein Parteikollege Siegfried von Kardorff mit, daß Litwin in Industriekreisen „den schlechtesten Ruf genieße“, eine Warnung, die Stresemann jedoch als „ungerechtfertigt“ zurückwies.<sup>57</sup> Wenige Monate später schrieb Stresemann selbst an Schacht, „daß in verschiedenen hiesigen Bankfirmen ungünstige Gerüchte über die Deutsche Evaporator-Gesellschaft verbreitet sind“, und „daß man sich über große Devisenverluste unterhalte. . .“<sup>58</sup> Eine Antwort Schachts findet sich nicht im „Nachlaß“. Doch hatten derartige Bedenken offenbar keinerlei Einfluß auf Stresemanns tatkräftige Unterstützung der Evaporator A. G. und ihres Generaldirektors, der in einem Brief an Stresemann damit drohte, seine „Geschäfte in Deutschland am 1. Januar 1923 zu liquidieren und nach dem Ausland zu gehen“, falls die gegen ihn gerichteten Denunziationen nicht aufhören sollten.<sup>59</sup>

So lagen die Dinge, als Mitte Juli 1923 Litwin plötzlich angeklagt wurde, Verstöße gegen die Devisenordnung begangen zu haben und wegen Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr verhaftet wurde. Die Nachricht erreichte Stresemann in Bad Homburg, wo er zur Kur weilte. „Situation sehr ernst“, telegraphierte sein Privatsekretär am 14. Juli, „da Zeugenaussagen außerordentlich belastend“.<sup>60</sup> Eine ausführlichere Darstellung wurde Stresemann tags darauf in einem elfseitigen Brief des Rechtsanwalts Frankfurter, eines Angestellten der Evaporatorgesellschaft, gegeben.<sup>61</sup> Danach sollte Litwin die Devisenhandelserlaubnis seiner Gesellschaft dazu mißbraucht haben, Devisen für seine eigene Tasche zu kaufen. „Sie kennen ihn [d. h. Litwin] ja genau“, schrieb Frankfurter, „und man muß leider mit der Möglichkeit rechnen, daß er Unvorsichtigkeiten gemacht hat“. Er befaßte sich sodann

<sup>54</sup> Litwin erwies Stresemann einen Gefallen dadurch, daß er Stresemanns Neffen, Kurt Plagge, der Str. „als ein sehr lieber Mensch wert“ war, zu seinem Privatsekretär machte. Vgl. Berl. Tagebl., 1. 4. 27, M. A., Aussage Heinrich Müllers im Plauener Prozeß; „Nachlaß“, 3075/6882/132372 ff.

<sup>55</sup> Berl. Tagebl., 1. 4. 27.

<sup>56</sup> „Nachlaß“ 5051/6820/123311, Str. an L., 29. 4. 22; 3098/7114/145267 ff., L. an Str., 23. 3. 23. Vgl. auch Starkulla, „Pressepolitik“, S. 44.

<sup>57</sup> „Nachlaß“, 5051/6817/122797, K. an Str., 19. 12. 21; 122799, Str. an K., 22. 12. 21.

<sup>58</sup> „Nachlaß“, 3051/6820/123303, Str. an Schacht, 11. 4. 22.

<sup>59</sup> „Nachlaß“, 5051/6820/123387, L. an Str., 26. 10. 22.

<sup>60</sup> „Nachlaß“, 5052/6821/123459, Henry Bernhard an Str., 14. 7. 23.

<sup>61</sup> „Nachlaß“, 5052/6821/123448 ff., F. an Str., 15. 7. 23.



mit den Beweggründen für die ungewöhnliche Strenge, mit der Litwins Fall von den Behörden behandelt wurde. „Der Umstand, daß er in Rußland geboren und Jude ist, spricht für sich selbst.“ Aber es kommen noch „andere Momente für die Jagd auf Litwin in Frage. Seine treue Gefolgschaft für Sie [d. h. Stresemann], seine politische Stellung, seine ideelle und materielle hingebende Unterstützung der von Ihnen geführten Politik, insbesondere auch ‚Der Zeit‘, haben ihm nicht nur im kommunistischen Lager Feindschaft erweckt . . . Es läßt sich für diejenigen Leute, die gewöhnt sind, Vorgänge nach ihren politischen Auswirkungen zu untersuchen und zu betrachten, nicht verkennen, daß man in Litwin Ihren Parteigänger und in der Evaporator auch den Aufsichtsrat und insbesondere seinen stellvertretenden Vorsitzenden hofft treffen zu können . . . Daß Litwin selbst ein Mensch ist, der durch diese Art des Vorgehens zum Rasen gebracht werden muß und damit der äußersten Unvorsichtigkeit fähig ist, werden Sie wohl ebenso annehmen wie ich“. Frankfurter schlug deshalb vor, sobald wie möglich Litwins Haftentlassung zu erwirken, um so „einen Teil des politischen Schadens, den die Aktion schon angerichtet hat und noch weiter anrichten müßte“, zu beseitigen und zu verhindern, „daß Litwin . . . irgendwelche Unbesonnenheiten bei der Vernehmung macht“. Frankfurters Brief sagt nichts Näheres darüber aus, worin Litwins „Unvorsichtigkeit“ und „Unbesonnenheiten“ bestehen könnten. „Ich hielt mich für verpflichtet“, fährt er fort, „Ihnen, sehr geehrter Herr Doktor, die mir sehr gefährlich erscheinende Situation ausführlich darzulegen, denn ich befürchte, ganz abgesehen von Litwins persönlichem Interesse, daß die Sache ganz unabsehbare Folgen haben kann . . . Es würde uns alle außerordentlich erleichtern“, so schließt der Brief, „wenn Sie, und wäre es auch nur vorübergehend, hierherkämen, um nach dem Rechten zu sehen und uns die Richtlinien des weiteren Verhaltens zu geben. Ich wiederhole: Die Situation erscheint mir überaus gefährlich.“

Während Frankfurters Brief noch unterwegs war, hatte Stresemann eine Besprechung mit Schacht in Heidelberg, als deren Ergebnis er eine Reihe von Richtlinien zur Behandlung der Litwin-Affäre an Henry Bernhard ergehen ließ. Litwin, so hieß es darin, habe tatsächlich „Devisen gekauft und zum Teil verkauft, was nach der Devisenordnung verboten war“, jedoch in sehr minimaler Weise; und Stresemann lehnte es ab, „über die Handlungsweise von L. gegenwärtig ein Urteil zu fällen, will aber natürlich seine Folgerungen daraus ziehen, sobald erwiesen ist, um was es sich handelt.“<sup>62</sup>

Welch großes Interesse Stresemann an der ganzen Sache nahm, geht daraus hervor, daß er den ihm nahestehenden Reichsgeschäftsführer der DVP, Rechtsanwalt Kempkes, bat, die Verteidigung Litwins zu übernehmen. Kempkes jedoch warnte, man dürfe den Fall nicht „aus der kriminellen Beurteilung in die politische Atmosphäre hinabgleiten lassen. Dies würde dem Angeklagten schädlich und für die ganze politische Rückwirkung unerfreulich sein.“ „Politisch wird es für uns am zweckmäßigsten sein“, fügte Kempkes hinzu, „uns einstweilen nicht um den Fall zu

<sup>62</sup> „Nachlaß“, 3052/6821/123 460 ff., Str.'s Sekretärin an Henry Bernhard, 16. 7. 25.

bekümmern.“<sup>63</sup> „Erfreulicherweise“, so schrieb er einige Tage später, „ist bis jetzt die politische Seite vollständig zurückgetreten . . . Ich empfehle auch Ihnen, soweit wir nicht direkt aufgefordert werden, Zurückhaltung.“<sup>64</sup>

Am 27. Juli unterbrach Stresemann seine Kur, um an einer Aufsichtsratssitzung der Evaporator A.G. in Berlin teilzunehmen. Schacht berichtete bei dieser Gelegenheit über seine und Stresemanns Bemühungen beim Wirtschaftsminister, Klarheit über die Anklagen gegen Litwin zu erhalten, sowie über die inzwischen erfolgte Haftentlassung Litwins, welche auf Grund von Schachts Unterhaltung mit dem Staatsanwalt verfügt wurde.<sup>65</sup> Er teilte weiter mit, daß die Verhaftung Litwins hauptsächlich auf Angaben seines kaufmännischen Direktors Heinrich Müller zurückzuführen sei. Nach diesen einführenden Darlegungen erschien dann der aus der Untersuchungshaft entlassene Generaldirektor, um das „unveränderte Vertrauen“ des Aufsichtsrats entgegenzunehmen. Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete Direktor Müller über seine Vernehmung im Verfahren gegen Litwin.<sup>66</sup> „Direktor Müller“, schrieb Stresemann zwei Tage später an Kempkes, „den Dr. Schacht in der Aufsichtsratssitzung vor allen Leuten als Schuft bezeichnete, wurde auf einstimmigen Beschluß des Aufsichtsrates fristlos entlassen.“<sup>67</sup> Damit war die Angelegenheit erledigt. Das Devisenverfahren gegen Litwin wurde kurz darauf niedergeschlagen, und die Deutsche Evaporator A.G. dankte Stresemann verbindlichst für sein „freundliches Eintreten in der Sache unseres Herrn Generaldirektor Paul Litwin, das zu dem erzielten Erfolge beigeholfen hat.“<sup>68</sup>

Der Hauptleidtragende der ganzen Affäre war somit letzten Endes nicht Litwin, sondern Müller. In einem „Rundschreiben an die Herren Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Evaporator A.G.“ beklagte sich dieser heftig über die ihm zuteil gewordene Behandlung und drohte zur Wahrnehmung seiner Interessen mit einer Feststellungsklage. „Ich werde dabei . . . u. a. unter Beweis stellen“, so schrieb er, „daß die Mehrzahl der Aufsichtsratsmitglieder von Herrn Litwin auf Kosten der Gesellschaft beeinflusst worden ist . . . und daß welche noch obendrein ihm persönlich in hohem Maße verpflichtet sind.“<sup>69</sup> Müller machte jedoch diese „Enthüllungen“, soweit sie sich gegen Stresemann richteten, erst während des Plauerer Prozesses.

Kurz nach Beilegung des Verfahrens gegen Litwin wurde Stresemann mit der Bildung seines ersten Kabinetts betraut und legte, zusammen mit allen anderen Aufsichtsratsposten, auch den in der Evaporatorgesellschaft nieder. Jedoch seine Verbindung mit Litwin war zu eng und zu bekannt, um bald in Vergessenheit zu geraten. So mußte sich der Reichsaußenminister im Frühjahr 1924 gegen einen

<sup>63</sup> „Nachlaß“, 3098/7115/145722 ff., K. an Str., 21. 7. 23.

<sup>64</sup> „Nachlaß“, 3098/7115/145775 ff., K. an Str., 25. 7. 23.

<sup>65</sup> „Nachlaß“, 3052/6821/123 480 ff., „Protokoll über die Besprechung von A. R. Mitgliedern der Dtsch. Ev. A. G. . . . am 27. Juli 1923“.

<sup>66</sup> „Nachlaß“, 3052/6821/128 483 ff.

<sup>67</sup> „Nachlaß“, 3098/7115/145780 ff., Str. an K., 29. 7. 23.

<sup>68</sup> „Nachlaß“, 3052/6821/123 491. <sup>69</sup> „Nachlaß“, 3052/6821/123 488 ff.

Artikel in der „Ostpreußischen Zeitung“ verteidigen, in dem, unter dem Titel „Die Partei des Herrn Litwin“ behauptet wurde, Litwin sei der Arbeitgeber von Stresemanns Schwiegersohn und der Geldgeber der „Zeit“. Stresemann leugnete beides ab.<sup>70</sup> Einige Wochen später äußerte er sich über ein Manuskript, „Litwin-Stresemann-Schweighoffer“, das ihm von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zur Begutachtung zuzuging – dahingehend, „daß es sich hier um einen Versuch, dem schon kürzlich ein deutschnationaler Aufsatz diente, handelt, um durch Herstellung irgendwelcher Verbindungen zwischen Herrn L. und mir die Anfeindung des Herrn L. auch auf mich zu übertragen.“ Was das Verfahren gegen Litwin wegen Verstoßes gegen die Devisenordnung anbetraf, so schrieb Stresemann: „Ich selbst bin mit der Sache nicht befaßt worden.“<sup>71</sup> Im Februar 1925 wurde Stresemann von sozialdemokratischer Seite vorgeworfen, im Jahre 1918 ein Empfehlungsschreiben für Litwins russische Handelsgeschäfte an den russischen Handelsminister Krassin ausgestellt zu haben. Sowohl Litwin wie Krassin stritten dies ab.<sup>72</sup> Litwin ging dabei so weit zu behaupten, „daß er niemals von Krassin etwas gewollt und daß er keine Geschäfte mit ihm oder mit Rußland gemacht habe“; und Krassin bekundete, daß Stresemann im Sommer 1918 mit ihm nur politische und nie wirtschaftliche Fragen besprochen habe.<sup>73</sup>

Während Stresemann sich so als Minister bei jeder Gelegenheit von Litwin distanzierte, hörte doch die früher so enge Verbindung der beiden keineswegs völlig auf. „Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar“, schrieb Litwin an Stresemann während der Krassin-Episode, „wenn die Angelegenheit noch wieder zur Sprache kommen sollte, so Stellung dazu nehmen zu wollen, daß man ein für allemal die Bekanntschaft mit Herrn Litwin nicht als ein Verbrechen betrachtet, welches auch Minister stürzen kann.“<sup>74</sup> Im Juni 1926 bat Litwin den Reichsaußenminister, zugunsten der Evaporatorgesellschaft beim Reichsfinanzminister für Nachlaß von rückständigen Steuern zu intervenieren. Stresemann war zwar bereit, die Sache mit Litwin zu besprechen, war jedoch skeptisch, ob sich Litwins Wunsch erfüllen lassen würde.<sup>75</sup>

Kurz darauf, im Herbst 1926, begann der Plauener Prozeß. Das Hauptmotiv für die Angriffe des Rechtsanwalts Müller auf Stresemann, so zeigte sich, war Müllers Opposition gegen Stresemanns Außenpolitik, insbesondere den Vertrag von Locarno. Da sich die Anklage jedoch gegen Müllers Behauptungen richtete, daß Stresemann im Sommer 1920 eine strafbare Handlung der Evaporatorgesellschaft gedeckt habe,

<sup>70</sup> „Nachlaß“, 3159/7396/171824.

<sup>71</sup> „Nachlaß“, 3117/7169/158841 ff., Str. an Hauptm. Felix Neumann, 31. 5. 24.

<sup>72</sup> „Nachlaß“, 3166/7309/158157, Str.'s Aufz. über Unterr. m. Litwin, 15. 2. 25; „Nachlaß“, 3166/7310/158306, Krassin an Brockdorff-Rantzau, 23. 2. 25.

<sup>73</sup> „Nachlaß“, 3166/7310/158315, Str.'s Aufz. über Tel. gespr. mit Litwin; „Nachlaß“, 3166/7310/158343, Brockdorff-R. an Str., 27. 2. 25; „Nachlaß“, 3166/7310/158368, Aufz. Str.'s über Unterr. mit Krassin, 3. 3. 25. Sowohl Litwin wie Krassin hatten anscheinend ein schlechtes Gedächtnis: vgl. Gatzke, „Zu den deutsch-russischen Beziehungen“, S. 73, 97.

<sup>74</sup> „Nachlaß“, 3166/7310/158325, L. an Str., 25. 2. 25.

<sup>75</sup> „Nachlaß“, 3145/7328/161816 ff., L. an Str., 19. 6. 26; Str.'s Sekretärin an L., 21. 6. 26.

so befaßten sich die Verhandlungen fast ausschließlich mit dem Verhältnis Stresemanns zu Litwin und nahmen bald die Formen eines typischen Skandalprozesses an. Da war die Rede von Silberschalen und Mittagessen bei Borchardt, mit denen Generaldirektor Litwin, zugegebenermaßen, die Mitglieder seines Aufsichtsrats bedacht hatte. Litwins Hausdame zitierte Litwins Feststellung: „Stresemann habe die Deutsche Volkspartei von seinem [d. h. Litwins] Gelde gegründet.“<sup>76</sup> Der Angeklagte Müller wurde von seinem Namensvetter, dem entlassenen Direktor der Evaporator A.G., unterstützt, welcher aussagte, das Verhältnis Stresemanns zu Litwin sei ein sehr enges gewesen, und das Devisenkonto „S. Gustav“ sei für Stresemann persönlich und nicht für die Deutsche Volkspartei eingerichtet worden.<sup>77</sup> Mit Ausnahme dieser Behauptung jedoch bezogen sich Müllers Zeugenaussagen fast ausschließlich auf Dinge, die sich durch das im „Nachlaß“ befindliche Material belegen lassen. Litwin stritt Müllers Feststellungen ab und behauptete, wie bereits gesagt, daß er Stresemann „niemals für geschäftliche Dinge in Anspruch genommen“ habe.

Die Verteidigung versuchte im Verlauf des Prozesses die enge Verbindung zwischen Stresemann und Litwin durch Ladung von weiteren Zeugen und Verlesung von Schriftstücken zu beweisen. Das Gericht lehnte jedoch die Beweisaufnahme als „nicht zur Sache gehörig“ ab.<sup>78</sup> Stresemann selbst war durch Regierungsgeschäfte verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen, und äußerte sich lediglich in zwei kommissarischen Vernehmungen.<sup>79</sup> Bei diesen Gelegenheiten gab er ein allgemein gehaltenes Resümee über seine Beziehungen zu Litwin, die er als ziemlich lose hinstellte. In Anbetracht des zweifelhaften Rufes, in welchem, ob gerechtfertigt oder nicht, Paul Litwin stand, ist es verständlich, daß Stresemann sich nicht zu eng mit ihm identifizieren wollte. Eine Überprüfung seiner Korrespondenz jedoch hätte sein Gedächtnis in einigen umstrittenen Punkten auffrischen können. Daß er in ein schwebendes Strafverfahren eingegriffen habe, geht indessen nicht daraus hervor. Und was sein Eintreten für die Evaporatorgesellschaft im allgemeinen angeht, so stellte die Plauener Strafkammer in zweiter Instanz fest: „Das Eintreten eines Abgeordneten für die Gesellschaft, deren Aufsichtsratsmitglied er ist, in der Art, wie es der Nebenkläger getan hat, ist schließlich nichts anderes als das Eintreten eines Abgeordneten, der einer Berufsorganisation angehört, für die Interessen dieser Berufsorganisation und damit auch für seine eigenen. Eine Korruptionerscheinung kann jedenfalls, solange es möglich ist, daß Abgeordnete Mitglieder des Aufsichtsrats einer Gesellschaft sind, in einer solchen Art des Sichverwendens nicht gesehen werden.“<sup>80</sup>

Diese Erklärung erstreckte sich jedoch nicht auf die vielen persönlichen Gefälligkeiten, die Stresemann im Laufe der Jahre Litwin erwiesen hatte und für die sich dieser ausreichend revanchierte. Das Zutagetreten dieser engen Verbindung mit

<sup>76</sup> Berl. Tagebl., 2. 4. 27, M. A., Aussage von Frau Wronka.

<sup>77</sup> Ebenda, Aussage von Heinrich Müller. <sup>78</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 665 ff.

<sup>79</sup> Vogtländer Anzeiger und Tageblatt, 23. 11. 26; Berl. Tagebl., 31. 3. 27.

<sup>80</sup> „Nachlaß“, 3145/7327/161 626.

Litwin mußte Stresemann, aus persönlichen wie politischen Gründen, äußerst unangenehm sein. Es ist daher erklärlich, daß er im Jahre 1928, auf Anraten Schachts, Litwin eine Summe von 80 000 M (welche Schacht gesammelt hatte) zur Verfügung stellen wollte, als Abfindung für Litwins Darlehen an die „Deutschen Stimmen“, da Schacht „es für sehr unerwünscht [hielt], daß Herr Litwin immer noch den Schuldschein in seinen Händen hielt und davon auch gelegentlich Gebrauch machte“.<sup>81</sup>

Mit diesem Brief endet das Material über das Verhältnis Stresemanns zu Litwin. Die Frage ist – wie sich dieses von Stresemanns Biographen bisher übersehene Kapitel in seiner Karriere mit dem von ihnen gezeichneten Bild verträgt. Stresemann selbst beklagte sich einmal darüber, daß in der von seinem Freunde Rheinbaben verfaßten Biographie „der Mensch vollkommen gegenüber dem Politiker zurücktritt und daß er glaubt, daß meine ganze politische Entwicklung eine gradlinige sei, während ich gerade darauf Wert lege, aus den Ereignissen gelernt und daraus meine Folgerungen gezogen zu haben“.<sup>82</sup> Für diejenigen seiner Zeitgenossen, die ihm kritischer gegenüberstanden, war es gerade diese Wandlungsfähigkeit, die ihnen als das hervorstechendste Merkmal des Menschen wie des Staatsmannes Stresemann erschien. Es blieb der neueren, auf dem unveröffentlichten „Nachlaß“ beruhenden Stresemannforschung vorbehalten, auf diese Seite in seinem Charakter erneut hinzuweisen, ohne damit seine staatsmännischen Fähigkeiten in Abrede zu stellen. Bereits während des ersten Weltkrieges, so stellt Annelise Thimme fest, besaß Stresemann die Eigenschaft, „die charakteristisch für ihn war und zum Anlaß des Spottes linksgerichteter Witzblätter wurde. . . . Wenn immer es die Situation erforderte, stellte er sich auf den ‚Boden der vollendeten Tatsachen‘.“<sup>83</sup>

Der Angeklagte Müller nannte Stresemann im Verlauf des Plauener Prozesses einmal „die verfeinerte Ausgabe von Erzberger . . . mindestens so schädlich . . . vielleicht noch schädlicher.“<sup>84</sup> Dieser Vorwurf mußte Stresemann um so schwerer treffen, als er sich selbst während des Erzbergerprozesses so tief über die MACHenschaften des früheren Zentrumsabgeordneten entrüstet hatte. Wenn auch die Angriffe Müllers auf Stresemann aus den unedelsten Motiven erfolgten, so kann man doch in Anbetracht des hier zitierten Materials nicht einfach diesen Vergleich mit Erzberger von der Hand weisen. In ihrer Wendigkeit, Anpassungsfähigkeit und Vielgeschäftigkeit jedenfalls läßt sich eine gewisse Ähnlichkeit zwischen beiden nicht verkennen. Und es ist nicht weiter erstaunlich, daß ihre Beziehungen, wie der „Nachlaß“ zeigt, zumindest während des Krieges ausgesprochen freundlich waren.

Es darf natürlich nicht übersehen werden, daß die in dieser Studie behandelte enge Zusammenarbeit zwischen Stresemann und Litwin in eine Zeit fällt, in der

<sup>81</sup> „Nachlaß“, 5174/7577/167995 f., Str. an Rechtsanw. Dr. Kunz, 5. 7. 28.

<sup>82</sup> Str. an Clara Slesina, 22. 3. 29, in dem von der Columbia University zusätzlich verfilmten „Nachlaß“, Filmrolle 2.

<sup>83</sup> Annelise Thimme, „Gustav Stresemann – Legende und Wirklichkeit“, Historische Zeitschrift 181 (April 1956), S. 336.

<sup>84</sup> Vogtländer Anzeiger und Tageblatt, 23. 11. 26, Aussage Dr. Müllers im Plauener Prozeß.

Stresemann lediglich Führer seiner Partei und noch nicht Reichsminister war. Darüber hinaus muß man in Betracht ziehen, daß eine derart enge Verbindung zwischen Parlamentariern und Industriellen nicht nur bei Stresemann und Erzberger bestand. Die Mitgliedschaft von Reichstagsabgeordneten in den verschiedensten Aufsichtsräten war jedenfalls durchaus nichts Ungewöhnliches. Andererseits aber verträgt sich das hier gebotene Material schwerlich mit dem idealisierten Bild der bisherigen Stresemannbiographien. In seiner echten Zeitfarbe mag es einem künftigen Biographen zu einem zwar widerspruchsvolleren, aber auch wahrheitsgetreueren Stresemannbilde verhelfen.

Dokumentation

## DIE REICHSWEHR IN BAYERN UND DER MÜNCHNER PUTSCH 1923

*Vorbemerkung*

Von der Vielzahl der Krisen, die das Deutsche Reich während des Jahres 1923 geschüttelt haben, war der Konflikt der Reichsregierung mit dem bayerischen Staat die schwerstwiegende. Es charakterisiert diesen Streit, daß er nicht wie in Sachsen und Thüringen durch äußere Machtmittel seine Beendigung finden konnte, sondern daß er das Instrument der Machtausübung selbst aufzuspalten drohte. Wohl schien sich, nach einem unvorhergesehenen Ereignis am 8./9. November, dieser Konflikt vorübergehend von selbst aufzuheben. Er konnte jedoch erst nach Niederwerfung des gemeinsamen Feindes und nach Zugeständnissen auf beiden Seiten „Stein um Stein“ abgebaut werden. Und es war nicht nur das Verhältnis der beiden Generale, Lossow und Seeckt, zueinander, was die Lösung erschwerte, sondern auch die Durchdringung alter bayerisch-preußischer Spannungen mit dem zeitgemäßen Wetteifer, wer von beiden Seiten die „nationalere“ sei.

Hintergrund und Vorgeschichte mögen hier als bekannt vorausgesetzt werden.<sup>1</sup> Otto Hermann von Lossow (1868–1938), profilierter Vertreter bester bayerischer Generalstabsschulung, hatte zwar kurz vor der Übernahme des Wehrkreises VII vor den Lehrern der Infanterieschule München keinen Zweifel darüber gelassen, daß er „Gewalt und Unruhe mit militärischer Gewalt beantworten würde“,<sup>2</sup> geriet jedoch durch seine engen Verbindungen zu Kahr und durch die offene Sympathie eines großen Teiles der Truppe mit der NSDAP und den Parolen Hitlers in bedenkliche Nähe der rechtsradikalen Kreise Münchens. Schon im Frühjahr 1923 mußten sich Geßler und Seeckt gegen diese gefährliche Entwicklung wenden und darauf verweisen, daß ein Wehrkreisbefehlshaber niemals in die Abhängigkeit einer politischen Partei oder gar bewaffneter Verbände geraten dürfe.<sup>3</sup> Lossow indes glaubte „einen gesunden Kern der Hitler-Bewegung“ erkennen zu müssen, und zwar „besonders die in der Bewegung steckende werbende Kraft für die nationale Einstellung der Arbeiterschaft“.<sup>4</sup> Als er daher am 28. September von Geßler die Anweisung erhielt, als Inhaber der vollziehenden Gewalt in Bayern das (vorher vom Reichswehrminister ausgesprochene) Verbot des „Völkischen Beobachters“

<sup>1</sup> Zur Orientierung vgl. K. Schwend, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur*, München 1954, S. 215 ff. Dazu H. Gollwitzer, *Bayern 1918–1933*, in dieser Zeitschrift 3 (1955), bes. S. 381 ff.

<sup>2</sup> Nach Aufzeichnungen des Gen. d. Pz. Tr. a. D. Leo Frhr. Geyr von Schweppenburg.

<sup>3</sup> F. von Rabenau, Seeckt, *Aus seinem Leben 1918–1936*, Leipzig 1940, S. 348 f. – E. Röhm, *Geschichte eines Hochverrätters*, 3. Aufl., München 1933, S. 194.

<sup>4</sup> Denkschrift des Wehrkreiskommandos VII (Ib Nr. 1593 geh.) vom 10. Januar 1924, u. d. T. „Der Putsch am 8. November 1923, Vorgeschichte und Verlauf“, S. 5 (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte).

durchzusetzen, verweigerte er die Ausführung<sup>5</sup> unter Hinweis auf mögliche „Komplikationen mit der bayerischen Regierung“. Nach einigen Tagen folgte von seiten Lossows sogar die zweideutige Bemerkung, ein Vorgehen gegen den „Völkischen Beobachter“ würde eine „große Erregung in den besten vaterländischen Kreisen hervorrufen“. Diese Widersetzlichkeit hinzunehmen, waren weder Geßler noch Seeckt gesonnen. Nachdem ein privater Vermittlungsversuch des Ministers über den Artillerieführer VII, Gen. Maj. Frhr. Kreß von Kressenstein, gescheitert war und Lossow im Einvernehmen mit Kahr nach einer entsprechenden Aufforderung es ablehnte, von sich aus den Abschied einzureichen, wurde er am 19. Oktober von Geßler seines Postens enthoben und Kreß zum vorläufigen Nachfolger bestimmt.

Die Reaktion Bayerns auf diesen Schritt bestand nicht allein darin, daß man gegen Geßler, der im Gespräch mit Kreß die Möglichkeit wirtschaftlicher Repressalien hatte durchblicken lassen, und dessen Verbleib im Reichskabinett protestierte. Die Staatsregierung beschloß vielmehr am 20. Oktober, „als Treuhänderin des deutschen Volkes“ die 7. Division für den Staat Bayern in Pflicht zu nehmen;<sup>6</sup> Lossow, obwohl im Dienste des Reiches stehend, wurde als Landeskommandant in Bayern bestätigt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt. Im Anschluß daran, so zeigt uns das zweite der nachfolgenden Dokumente, berief der General die Kommandeure nach München und informierte sie im Beisein Kahrs über die neuentstandene Lage. Er scheute sich nicht, zu verlangen, daß Offiziere, die nicht zur Verpflichtung auf den bayerischen Staat bereit seien, „sofort aus der Truppe auszuschneiden“ hätten.<sup>7</sup> Die Kommandeure, deren Ansichten „geteilt“ waren, setzten sich dennoch für die innere Geschlossenheit der 7. Division ein, in der Hoffnung, daß die vielen gemeinsamen Auffassungen Seeckts und Lossows bezüglich der allernächsten Zukunft des Reiches, von denen man wußte oder die man doch zu ahnen glaubte, und die im Grunde als „reichstreu“ angesehene Haltung der Münchener Regierung die Gegensätzlichkeiten wieder überbrücken würden. Die Verpflichtung in den Garnisonen erfolgte am 22. Oktober; die Verbreitung eines Aufrufes der Reichsregierung sowie eines Tagesbefehls der Heeresleitung wurde verboten. Immerhin gelangte letzterer am 22. Oktober in der Infanterieschule München, die formell der Inspektion des Erziehungs- und Bildungswesens unterstand, zur Verlesung.

In die aufgewählte politische Vorstellungswelt der dorthin aus dem ganzen Reich kommandierten jungen Offiziere führt uns das erste Dokument. Ein Magdeburger Leutnant, im Grunde des Herzens mit den Völkischen sympathisierend, schildert seinem Kommandeur, der sieben Jahre später der zweite Nachfolger Seeckts werden sollte, seine Gewissensnot in aller Offenheit.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden die Aufzeichnung Stresemanns über eine Unterredung mit dem bayerischen Gesandten von Preger am 12. Oktober 1925, in: G. Stresemann, *Vermächtnis*, hrsg. von Henry Bernhard, Bd 1, Berlin 1932, S. 168 ff.

<sup>6</sup> K. Schwend a.a.O., S. 225f. – G. Stresemann a.a.O., S. 172.

<sup>7</sup> Vgl. unten Dok. Nr. 2.



Schon im Sommer 1922 hatte die innere Beschäftigung der Leutnants und Fähnriche mit den Parolen und Bestrebungen der radikalen Rechten ein derartiges Ausmaß angenommen, daß sich ein Taktiklehrer zu dem Hinweis gezwungen sah, in Zukunft habe jeder, der „die Politik in den Lehrgang hineintrage“, die Schule zu verlassen.<sup>8</sup> Ein Jahr später war der Grad der Begeisterung bei einer offensichtlich sehr lässig gehandhabten Dienstaufsicht bereits über die Grenze des eben noch Vertretbaren gestiegen.<sup>9</sup> Es kam hinzu, daß Hitlers großes Versammlungszentrum, der Zirkus Krone, vom Gebäude der Infanterieschule in der Münchener Blutenburgstraße nicht allzuweit entfernt lag.

Dem Leser der beiden Dokumente wird es nun auffällig erscheinen, daß zwar die bayerischen Kommandeure trotz ihrer „geteilten“ Auffassung jene von Kahr und Lossow verlangte Verpflichtung auf den bayerischen Staat ohne weiteres mit ihrem Eid auf die Reichsverfassung in Einklang zu bringen vermochten<sup>10</sup> und das letzte Band zu ihren Vorgesetzten in Berlin noch nicht zerschnitten zu haben wädhnten, der Leutnant aus Preußen jedoch Eid und Disziplin zugleich als gefährdet ansah. Ganz deutlich zeigt sich hier eine Entwicklungsstufe des im Augenblick noch sehr jungen „Reichs“heeres: 1920 hatte Seeckt während des Kapp-Putsches auf seine Weise die erste Krise im Gefüge der Reichswehr überwunden und mit einem hohen Betrag aus dem ohnehin nicht großen Vertrauenskapital bezahlen müssen; jetzt, nach drei Jahren, war zu sehen, daß die Reichswehr immer noch nicht die Wehr des Reiches war. Die völlige Integrierung der ehemals selbständigen königlich-bayerischen Armee in eine Einheitswehrmacht, der ersten überhaupt in der neueren deutschen Geschichte, war noch in keiner Weise erreicht. Nach wie vor dachten die führenden Köpfe in Kontingenten, Seeckt und andere der „Gegenseite“ nicht ausgeschlossen. Jene Selbstverständlichkeit, mit der von seiten der Heeresleitung auf preußische Überlieferung sowohl im weitesten wie auch im ausschließlichen Sinne Wert gelegt wurde, mußte in Bayern unfrohe Gefühle hervorrufen, zumal die Masse des dortigen Offizierkorps in hohem Maße monarchisch eingestellt war.<sup>11</sup> Im Konflikt Bayern-Reich schwang ein Konflikt Bayern-Preußen mit, und das besonders auf militärpolitischem Gebiete. Kennzeichnend für die Situation ist daher das Antworttelegramm Hammersteins an den Leutnant Leist – bevor noch der erklärende Brief eintraf –: „Preußischen Vorgesetzten gehorchen“.<sup>12</sup>

Die im zweiten Dokument wiedergegebene Niederschrift des damaligen Bay-

<sup>8</sup> Nach Aufzeichnungen des Gen. d. Pz. Tr. a. D. Leo Frhr. Geyr von Schweppenburg.

<sup>9</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 333, fol. 2f.

<sup>10</sup> Zu der in diesem Punkte sehr weiten Auffassung der bayerischen Regierung vgl. K. Schwend a.a.O., S. 226f. und G. Stresemann a.a.O., S. 173ff.

<sup>11</sup> Als bezeichnendes Beispiel gerade aus dem Sommer 1923 sei auf den damaligen Standortältesten von Ansbach (Reit.-Regt. 18) verwiesen, der im Kasino eine Feier mit ehem. Ulanenoffizieren im Beisein des Kronprinzen Rupprecht mit den Worten eröffnete: „Meine Herren, Seine Majestät der König ist unter uns!“ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 333, fol. 5.

<sup>12</sup> Vgl. unten Dok. Nr. 1.

reuther Bataillonskommandeurs<sup>13</sup> gestattet einen besonders interessanten Blick auf die Lage des bayerischen Reichswehrkontingents gegenüber Berlin. Während in Kreisen der Heeresleitung die 7. Division von der Inpflichtnahme bis in die Nacht zum 9. November praktisch nicht mehr als zuverlässige Truppe angesehen wurde,<sup>14</sup> zeigte doch Lossow in deutlichen und „längst fälligen“ Worten seine Abneigung gegen den „Wahnsinn“ eines rechtsradikalen Putsches sowie seine Entschlossenheit, ihn notfalls niederzuschlagen.<sup>15</sup> Es stellte sich heraus, daß in den entscheidenden Augenblicken nicht die geschlossenen Truppenkörper, sondern die aus Einzel-Soldaten verschiedenster Herkunft bestehende Infanterieschule, deren Schüler auch entsprechend individuell „angesprochen“ worden waren, sich von den Putschisten ködern ließ und daß das kleine Häuflein um den Leutnant Leist – wenigstens am 22. Oktober – als „Inf. Regt. 12“ zusammenhielt. In der Nacht zum 9. November befand sich jedenfalls die Truppe, auch die Münchener Garnison mit ihrer großen Zahl nationalsozialistischer Anhänger, in der Hand ihrer Kommandeure, insbesondere des Generals von Lossow, und damit plötzlich auch zur Verfügung Seeckts. Für den Chef der Heeresleitung muß es ein Gefühl der Erleichterung gewesen sein, zum einen die Gewißheit zu haben, daß der Putsch Hitlers am Widerstande der bayerischen Truppen scheitern würde, und zum anderen das „volle Vertrauen“ zur 7. Division telefonisch zum Ausdruck bringen zu können. Das war im wesentlichen das Werk Mittelbergers, wenngleich andere Kommandeure ähnlich reagiert haben mögen. Die Stichhaltigkeit jedoch der im Spätsommer 1924 durch Schleicher an Mittelberger gegebenen Aufklärung, die beruhigende Meldung des Bayreuther Kommandeurs habe für Seeckt sogar die Voraussetzung geschaffen, mit der vollziehenden Gewalt durch Ebert betraut zu werden, muß zunächst dahingestellt bleiben.

Die „Erleichterung“ Seeckts begreift sich auch aus der Zwangslage, in die er durch seine auch in Bayern bekannt gewordenen und hier parallel weitergesponnenen innenpolitischen Pläne gekommen war. Welche zwielichtigen Verbindungen sich auch immer hieraus ergeben hatten: mit dem Bayern Kahrs hätte er bei der Verwirklichung eines Direktoriums die wenigsten Schwierigkeiten gehabt. Sein vielzitiertes Brief an Kahr vom 5. November hatte aber schon den Abbau von Hoffnun-

<sup>13</sup> Oberstlt. Ritter von Mittelberger, vorher an der Infanterieschule, hatte am 1. Februar 1923 das III. Batl./Inf. Regts. 21 in Bayreuth übernommen. In sein Bataillon sollte im Sommer Hptm. Röhm, dessen Entfernung aus dem Divisionsstab in München „aus politischen Gründen notwendig“ geworden war, versetzt werden. Lossow hielt M. für energisch genug, „um den sehr selbstherrlich gewordenen Hauptmann fest an die Zügel zu nehmen und seinen Betätigungsdrang auf seine militärischen Pflichten zu beschränken“. Zu dieser Versetzung kam es jedoch nicht, da Röhm es vorzog, seinen Abschied einzureichen. (Nach Aufzeichnungen des verstorbenen Gen. d. Inf. a. D. Ritter von Mittelberger.)

<sup>14</sup> Vgl. das Tagebuch des Gen. Maj. Hasse, S. 28 f., in: Nachlaß Seeckt, Stück 281 (Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte). Schon vorher, am 16. Oktober, hatte das RWM auf die Beteiligung bayerischer Truppen an der Aktion gegen Sachsen und Thüringen verzichtet, K. Schwend a.a.O., S. 233.

<sup>15</sup> Vgl. Dok. Nr. 2. – K. Schwend a.a.O., S. 240.

gen in dieser Richtung zum Inhalt und war im übrigen eine Warnung, die auf Lossow, sofern es ihrer noch bedurfte, nicht ohne Wirkung blieb.<sup>16</sup> Dennoch hielt sich in den letzten vier Tagen vor dem Putsch im Ministerium die Meinung, die Gruppe Kahr-Lossow handele in engem Einvernehmen mit den nationalen Kampfverbänden unter Hitler. Erst durch die – späte – eindeutige Stellungnahme des bayerischen Befehlshabers in der Nacht zum 9. November 1923 vermochte Seeckt zu einer behutsamen Behandlung der bayerischen Frage und der Affäre Lossow überzugehen. Er konnte in diesem Falle sogar der Zustimmung Stresemanns sicher sein.

*Thilo Vogelsang*

Nr. 1.

1923 Oktober 22, München. Schreiben des Leutnants Leist,  
III./Inf.-Regt. 12, an Oberstlt. Frhr. von Hammerstein.

Or. mit handschr. Vermerken und Zusätzen des Oberstlt. Frhr. von Hammerstein und des Obersten Schniewindt. – Koblenz, Bundesarchiv, Nachlaß Schleicher, Bd 17/I, fol. 9 ff.

Hochzuverehrender Herr Oberstleutnant!

Ich drahtete heute Herrn Oberstleutnant: „Erbitte Verhaltensanweisung. Leist“. Um diese in Magdeburg vielleicht etwas rätselhaft erscheinende Anfrage näher zu begründen, gestatte ich mir die schweren Gewissenskonflikte vorzubringen, in die ich hier in meiner Stellung als Offizier des Reichsheeres gekommen bin. Die erste offizielle Mitteilung des bayerischen Konfliktes wurde uns erst heute morgen mit Bekanntgabe des Seecktschen Erlasses gemacht. Herr General v. Tychowitz,<sup>17</sup> der Kommandeur der Schule, führte dabei aus, daß er alle bayerischen Staatsangehörigen der Schule, die sich ohne Ausnahme eine Stunde vorher der bayerischen Regierung verpflichtet hatten, bis auf weiteres beurlaubt hätte, da er mit diesen Herren unmöglich weiter zusammenarbeiten könne. Für alle Nichtbayern wäre selbstverständlich nur die Ansicht der Heeresleitung maßgebend. Er wolle den Unterricht, so gut wie möglich, weiter fortführen lassen und heute abend nach Berlin fahren, um Instruktionen zu holen. Hatten schon vorher unter den Waffenschülern, besonders den Offizieren, lebhafte, zum Teil unnötig hitzige Debatten stattgefunden, so nahmen die Reden jetzt einen mehr als heftigen Ton an. Ich hatte von vornherein entschieden den Standpunkt vertreten, daß es sich für uns nur um die Frage Disziplin oder Indisziplin im Reichsheer handele und daß das Ansehen des Offizierkorps auf dem Spiel stünde, wenn man sich leichtfertig über seinen der Reichsregierung geleisteten Eid hinwegsetze. Leider hatte ich dabei nur wenig Anhänger, die meisten brachen in eine kindische Begeisterung für Bayern und die völkische Bewegung aus, sangen andauernd das Ehrhardt-Lied und steckten sich schwarzweißrote Kokarden an. Ich und noch ein paar, die zu mir hielten, wurden (hinter unserem Rücken allerdings) als rote Hunde, die mit der Judenregierung sympathisieren, bezeichnet. Verschiedentlich begegneten wir bei ganz alltäglichen Anlässen deutlich abweisenden Mienen. Während des Mittagessens erschien der (bayerische) Oberst Leupold, Kommandeur unseres Lehrganges, obwohl er beurlaubt war, und warb in einer längeren Rede für

<sup>16</sup> Schreiben Seeckts an Kahr, endgültige Fassung vom 5. November 1923, in: Nachlaß Seeckt, Stück 154 (Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte).

<sup>17</sup> Schreibfehler. Gemeint ist: Gen. Maj. Tieschowitz von Tieschowa.

die bayerische Anschauung der Sache, die von dem Schlagwort „Nationalismus gegen Marxismus“ geleitet war. Zum Schluß forderte er die Herren, die sich der bayerischen Regierung verpflichten wollten, auf, sich in eine Liste einzutragen. Er ließ dabei die Frage offen, ob diese Aufforderung an alle oder nur an die Bayern gerichtet sei. Er ließ durchblicken, daß er jeden, der anderer Ansicht sei, für einen internationalen Marxisten und einen ausgemachten Schweinehund hielte. Tatsächlich äußerten hinterher auch verschiedene preußische Offiziere, daß sie sich „selbstverständlich“ der bayerischen Regierung verpflichten wollten. Bei dem Nachmittagsdienst teilte uns der Aufsichtsälteste, ein Leutnant Teichmann vom I. R. 13, mit, daß er dem Oberst Leupold gemeldet habe, die Aufsicht stände geschlossen hinter ihm, wenige Herren ausgeschlossen, und nicht hinter dem General v. Tychowitz. Er habe ihn gebeten, dies dem General zu melden, bevor er nach Berlin führe. Ich verbat mir diese Bevormundung und hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit dem General und dessen Adjutanten. Der General war entrüstet über das Vorgehen des Oberst Leupold, der ihm versichert hatte, sich jeder Beeinflussung zu enthalten, und stellte eine erneute eingehende Belehrung der Offiziere in Aussicht. Ich bin im Verlauf dieser Dinge in eine völlig schiefe Lage geraten. Bei der großen Mehrzahl der Leute, die ich mir nicht abgewöhnen kann als meine Kameraden anzusehen, gelte ich als Verräter der nationalen Sache, besonders da ich als Wortführer unserer kleinen Partei gelte. Die völkische Bewegung, von der ich bei vernünftigem Vorgehen allein das Heil für das Reich erwarte, muß ich in Verbindung mit Meuterei und Eidbruch als unbedingt zu bekämpfen bezeichnen. Eine Regierung, deren Politik und deren Mitglieder ich zu allen Teufeln wünsche, halte ich für eine Ehrenpflicht, mit allen Mitteln zu verteidigen. Bei alledem kann ich mir kein klares Bild von der Weiterentwicklung der Dinge machen. Es wurde hier heute eine Parole fleißig verbreitet, die mir sehr unwahrscheinlich erscheint, die besagt, im ganzen Reich werde in wenigen Tagen die völkische Bewegung unterstützt von der Reichswehr zum Ausbruch kommen. Besonders wurde hierbei das Gruppenkommando 2 angeführt, das sich offiziell für Lossow ausgesprochen haben soll. Ich halte dies vorläufig für absichtlich ausgesprengte Gerüchte zum Zwecke der Irreführung der sowieso schon fast verbrecherisch beeinflußten Meinung. Ich hoffe nun nichts sehnlicher, als mich auf ehrenhafte und anständige Weise auf die Seite der Völkischen stellen zu können, sehe aber für einen ehrliebenden Offizier und Soldaten vorläufig nicht die geringste Möglichkeit. Der schwachen Hoffnung, vielleicht von Herrn Oberstleutnant auf einen Weg zu einer solchen Möglichkeit hingewiesen werden zu können, entsprang der Entschluß zu meinem heutigen Telegramm. Die größte Freude würde es mir sein, unter den jetzigen Umständen zum Bataillon zurückkehren zu dürfen, und ich bitte Herrn Oberstleutnant ganz gehorsamst, falls sich dies irgendwie ermöglichen läßt, dies baldmöglichst in die Wege leiten zu wollen. Besonders leitet mich hierbei die Befürchtung, daß ich bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Bayern nicht mehr rechtzeitig von hier wegkommen könnte.

Ich hoffe, Herr Oberstleutnant werden mir die Belästigung mit diesem langen Schreibsel gütigst verzeihen und meinen Wunsch, in diesem traurigen Durcheinander etwas klarer zu sehen, verstehen.

Indem ich bitte, das Offizierkorps des III. (preuß.) Batl. I. R. 12 und alles, was sonst gut preußisch ist, von mir vielmals grüßen zu wollen, bin ich

mit vorzüglichster Hochachtung stets  
Euer Hochwohlgeboren ganz gehorsamster  
Hansjochen Leist, Leutnant.

N. B. Sämtliche Fähnriche und Junker I. R. 12 stehen geschlossen hinter mir, sodaß das Regiment bereits den Ruf eines völlig verjudeten roten Spartakistenregiments

erhalten hat. Ich meinerseits hätte nie gedacht, jemals in solchen Ruf kommen zu können.

Magdeburg, 24. 10. 23

U.

Herrn Oberst Schniewindt

mit der Bitte um Kenntnisnahme. Ich habe dem Leutnant Leist am 22. 10. auf sein Telegramm hin gedrahtet: „Preußischen Vorgesetzten gehorchen“.

v. Hammerstein

Halberstadt, 25. 10. 23

U.

Herrn Oberstleutnant Frhr. v. Hammerstein

nach Kenntnis. Ich habe einen Auszug aus dem Briefe dem Herrn Div. Kmdr. privatim übersandt. Dem Leutnant Leist werde ich für sein Verhalten meine Anerkennung aussprechen.

Schniewindt

## Nr. 2.

Aus den Erinnerungen des Gen. d. Inf. a. D. Hilmar Ritter von Mittelberger (1878–1953).

Abschrift im Auszug. – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 679, fol. 4 ff.

... In einer Besprechung beim Wehrkreiskommando in München, zu der sämtliche bayerischen Reichswehrkommandeure geholt wurden, teilte uns General von Lossow in Gegenwart des Generalstaatskommissars von Kahr die Vorgeschichte dieser Tragödie mit ...

... Wie Kahr in der Besprechung bekannt gab, lehnte die bayerische Regierung die Verabschiedung Lossows ab und weigerte sich, Befehle vom Reichswehrminister anzunehmen. Kahr fügte hinzu, daß dieser Schritt in keiner Weise separatistischen Tendenzen entspringe. Die Lage Deutschlands erfordere eine national eingestellte Reichsregierung; die Bildung einer solchen durch einen Druck auf Berlin zu erzwingen, sei Zweck und Ziel der bayerischen Aktion.

Die Ausführungen Lossows und Kahrs schlossen mit der Ankündigung, daß die bayerische Division auf Bayern verpflichtet werde. Wer von den Offizieren dazu nicht bereit sei, habe sofort aus der Truppe auszuscheiden.

Noch in Gegenwart des Generals von Lossow fand eine Aussprache der Kommandeure über ihre Stellungnahme zu den Maßnahmen der bayerischen Regierung statt. Die Ansichten waren geteilt; der Erkenntnis aber konnte sich keiner verschließen, daß der Entschluß der bayerischen Regierung, der Reichsregierung die Gefolgschaft zu verweigern, die Reichseinheit in hohem Grade gefährdete. Andererseits mußte sich die Lage erst recht verwirren und ein Chaos in Bayern eintreten, wenn die bayerischen Truppen uneinig wären. Dann fiel von selbst die Macht den mehr oder minder illegalen Kampfverbänden zu mit dem Ergebnis eines Bürgerkrieges in Bayern und einer Reichsexekution, bei der dann möglicherweise Reichswehr gegen Reichswehr eingesetzt würde. Das einzige über den Parteien stehende Machtinstrument des Reiches würde so endgültig zerschlagen und damit aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Reichseinheit. So hielten es sämtliche Kommandeure mit Ausnahme des Artilleriekommandeurs, General von Krefß, zunächst für das wichtigste, daß die

Vierteljahrshefte 1/7

bayerische Division geschlossen blieb. Sie beschlossen, sich dem Befehl des Generals von Lossow zu unterstellen unter der Bedingung und Zusage der bayerischen Regierung, daß von ihrer Seite aus alles geschehe, um den Konflikt nicht zu verschärfen und ihn baldigst zu einem der deutschen Sache dienenden Ausgleich zu bringen.

Am 22. 10. wurde die Division auf Bayern verpflichtet. Seeckt antwortete mit einem Erlasse an das Reichsheer, in dem er die bayerischen Truppen aufforderte, dem Reiche treu zu bleiben und sich seinen Befehlen unbedingt zu fügen.

Ein in der deutschen Heeresgeschichte einzig dastehender Vorgang: Eine geschlossene Division verweigerte den Gehorsam, und zwar getrieben von vaterländischen Motiven. Unverständlich für den, der außerhalb der Ereignisse stand. Die bis zum Siedepunkt erhitzte Stimmung, die ungeheure Enttäuschung über Mißerfolge und Mißgriffe der Reichsregierung in nationalen Belangen waren der Boden, auf dem die bayerische Verirrung wuchs. Nur aus besonderen, heute kaum noch verständlichen Zeitumständen heraus läßt sich die bayerische Einstellung begreifen und, wie Seeckt später selbst urteilte, entschuldigen. Daß die bayerische Reichswehr trotz der Verpflichtung auf Bayern das Reichsinteresse im Auge behielt, konnte sie wenige Wochen später beweisen.

Am 1. November 1923 leitete ich im Offizierskasino ein Kriegsspiel. Verabschiedete Offiziere der alten Armee beteiligten sich als Zuschauer, darunter auch ein Major a. D. H., der SA-Führer in Bayreuth. Mein Adjutant machte mich darauf aufmerksam, daß der Major für den nächsten Tag telegraphisch nach München gerufen sei. Ich sprach diesen darauf an, und als er mir erklärte, daß in München eine wichtige Besprechung der SA-Führer stattfinde, bat ich ihn, mich nach seiner Rückkehr zu unterrichten, soweit er es verantworten könne. Major H. sagte mir dies zu.

Als er zwei Tage später wieder in Bayreuth eintraf, ließ ich ihn ersuchen, zu mir zu kommen. In Gegenwart meines Adjutanten berichtete mir H. bereitwillig, was in München besprochen worden war; in der Hauptsache folgendes: „Hitler wird demnächst losschlagen. Kahr, Lossow, Seißer, auch Ludendorff sind einverstanden. Die ganze bayerische Reichswehr wird auf Seiten Hitlers stehen. Der genaue Zeitpunkt des Beginns der Aktion ist nicht bekanntgegeben worden; aber den SA-Führern wurden versiegelte Briefumschläge ausgehändigt, die die notwendigen Anweisungen enthielten und auf ein telegraphisches Stichwort zu öffnen sind. Die Besetzung Bayreuths wird dann die SA übernehmen, während dem Bataillon der Grenzschutz gegen das kommunistische Sachsen zufallen wird.“

Meine Frage, ob er denn berechtigt sei, mir dies alles mitzuteilen, bejahte der SA-Führer mit der Begründung, daß ihm ausdrücklich gesagt worden sei, daß General von Lossow mit seiner Division Hitler unterstützen werde und Vereinbarungen hierzu schon getroffen seien.

Ich legte die Aussagen des Majors H. sofort in einem Briefe an General von Lossow nieder und schickte das Schreiben durch Kurier nach München. Lossow befahl nach Erhalt meiner Mitteilungen sofort sämtliche Kommandeure zu einer Besprechung beim Wehrkreiskommando, verlas meinen Brief und kennzeichnete seine Stellungnahme unzweideutig mit den Worten: „Meine Herren, glauben Sie mir, einen solchen Wahnsinn werde ich nicht mitmachen.“ – Das war am 6. November.

Die Aussagen des Bayreuther SA-Führers erschienen mir glaubhaft und mahnten zur Vorsicht. Ich richtete innerhalb des Bataillons einen Alarmdienst ein und ließ die Standortfunkstelle besetzen und dauernd auf Empfang stellen.

Am 8. November gegen 23 Uhr meldete mir der Offizier vom Nachtdienst, daß soeben ein Funkspruch folgenden Inhaltes eingetroffen sei: „Sämtliche bayerische Reichwehrtruppen sofort nach München.“ Eine Unterschrift fehlte, es war daher nicht zu ersehen, von welcher Stelle der Befehl kam. Überzeugt, daß die von Major H.

angekündigte Aktion Hitlers begonnen habe, ließ ich sofort die Kompanien alarmieren und begab mich in das innerhalb des Kasernenblockes gelegene Kommandogebäude, wohin ich sämtliche Offiziere befohlen hatte.

Den Offizieren gab ich einen Überblick über die bisherigen Vorgänge und sprach die Vermutung aus, daß in München unter Führung Hitlers ein Aufstand ausgebrochen sei. Ich wies auf den Ernst der Lage hin und betonte, daß ohne Rücksicht auf persönliche Gefühle jeder Offizier und jeder Mann meine Befehle striktest zu befolgen habe. Die Verantwortung für das Verhalten des Bataillons in solcher Lage trüge ich allein. Feste Geschlossenheit der ganzen Reichswehr sei jetzt nötiger als je; an einer abenteuerlichen Politik würde ich mich nicht beteiligen.

Den Entschluß eines Abtransportes des Bataillons nach München behielt ich mir bis zum Eintreffen näherer Nachrichten vor. Vorsorglich ließ ich durch die Bahnverwaltung zwei Züge bereitstellen. Dann setzte ich mich an das Telephon und suchte Klarheit zu gewinnen. Ein Gespräch mit dem Präsidenten der Regierung von Oberfranken brachte zunächst kein Ergebnis. Dagegen bestätigte eine Anfrage beim Regimentskommandeur in Nürnberg meine Annahme, daß Hitler losgeschlagen habe. Näheres war aber auch in Nürnberg noch nicht bekannt. Über die Haltung der Truppen in München trafen allmählich mehrere sich widersprechende Nachrichten ein. Telephonische Anfragen bei anderen Reichswehrkommandeuren wie von Würzburg, Bamberg, Regensburg über die Lage ergaben, daß an diese bisher nur unkontrollierbare Gerüchte gekommen waren. Wir vereinbarten, vor weiteren Maßnahmen die Befehle der gesetzmäßigen Regierung abzuwarten. Gegen 1 Uhr erhielt ich durch den Regierungspräsidenten ein annähernd richtiges Bild der Vorgänge in München. Besonders wichtig war hiebei die Mitteilung, daß Kahr, Lossow und Seißer zum Widerstand gegen Hitler unter Einsatz der Reichswehr und der Landespolizei entschlossen seien und daß bereits Haftbefehle gegen die Auführer in und außerhalb München ergangen seien. In Bayreuth wurde der SA-Führer durch die Polizei verhaftet, sein Stellvertreter, der sich „zum Empfang von Befehlen“ bei mir einfand, wurde auf meine Anordnung hin in der Kaserne festgehalten. Kurz nach 1 Uhr erfuhr ich gelegentlich eines Ferngespräches mit dem Regimentskommandeur den Inhalt einer vom Nürnberger Oberbürgermeister dem Reichswehrminister Dr. Geßler gegebenen Orientierung über die Lage. Das Telefongespräch zwischen beiden war von der Nürnberger Staatspolizei überwacht und notiert worden. In diesem hatte der Oberbürgermeister behauptet, daß die Masse der bayerischen Reichswehrtruppen zu Hitler übergegangen sei. Dies widersprach völlig dem, was ich bisher wußte, zudem versicherte mir Oberst von Beckh, der Regimentskommandeur, daß die Münchener Truppen fest in der Hand ihrer Führer seien, bereit zum Eingriff gegen die Putschisten.

Die Gefahr, die eine falsche Orientierung der Reichsregierung heraufbeschwören konnte, lag auf der Hand. Für alle Fälle beschloß ich, meine alten Verbindungen mit dem Reichswehrministerium zu einer Meldung über die Einstellung Lossows und der ihm unterstehenden bayerischen Division auszunützen. Die Ausführung dieses Entschlusses stieß auf Schwierigkeiten. Wie mir auf Anruf das Telegraphenamt Hof mitteilte, war der Draht nach Berlin gesperrt. So versuchte ich zunächst bis Dresden durchzukommen, was gelang. Dort bat ich den mir bekannten Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos IV ans Telephon und erreichte durch ihn die Möglichkeit, über Dresden nach Berlin durchzusprechen. Auf diese Weise erhielt ich Verbindung mit dem Chef des Truppenamtes der Heeresleitung, dem damaligen Oberstleutnant, späteren General der Infanterie Joachim von Stülpnagel,<sup>10</sup> einem Seeckt besonders nahe-

<sup>10</sup> Irrtum des Verfassers. Chef des Truppenamtes war Gen. Maj. Hasse, Stülpnagel dagegen Leiter der Heeresabteilung im Truppenamt (T 1).

stehenden Offizier. Als ich ihm mitteilte, daß Lossow und die bayerische Reichswehr die Beteiligung an dem Putsche ablehnten, stieß ich zunächst auf wenig Glauben. Stülpnagel sagte mir, das Reichwehrministerium sei im Besitz zuverlässiger Nachrichten über das Fraternisieren der bayerischen Reichswehr mit Hitler. Schließlich gelang es mir, ihn zu überzeugen, daß man in Berlin falsch unterrichtet war. Er versprach mir, den General von Seeckt, der zu einer Nachtsitzung in das Reichskabinett geholt worden sei, sofort aufzusuchen und ihm meine Meldung zu übermitteln.

Etwa eine Stunde später ließ mir Seeckt danken. Meine Meldung sei für die Reichsregierung und für ihn von großer Bedeutung gewesen. Er habe nun das feste Vertrauen, daß durch die bayerischen Truppen die Ordnung wieder hergestellt werde und habe dieses der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht. Um 6 Uhr wurde ich nochmals von Berlin angerufen. Unter Wiederholung des Dankes für die Klärung der Lage durch mich hatte Seeckt den Auftrag gegeben, mich davon zu unterrichten, daß er zum Beweise seines vollen Vertrauens zur 7. (bayerischen) Division dem General von Lossow angeboten habe, ihm, falls noch notwendig, preußische Truppen zur Bekämpfung des Aufstandes zu unterstellen.

Gegen 8 Uhr kam täglich in Bayreuth der Zug aus München an, der die Zeitungen der Hauptstadt brachte. Ich hatte dafür gesorgt, daß am Bahnhof sämtliche Zeitungen beschlagnahmt wurden, in der Erwägung, daß in der Nacht gedruckte irreführende Nachrichten die Lage verwirren könnten. Wie notwendig die Maßnahme war, zeigte sich bald. Mein Hauptmann beim Stabe, der die Beschlagnahme veranlaßt hatte, kam schreckensbleich vom Bahnhof zurück und sagte: „Herr Oberstleutnant, Hitler und die nationale Revolution haben gesiegt; die Reichsregierung ist gestürzt, Lossow und die Münchener Truppen sind zu Hitler übergegangen und“ – setzte er vielsagend hinzu – „wir?“ Es war so gekommen wie ich vermutete. In großen Schlagzeilen hatten alle Zeitungen die Vorgänge vom 8. abends im Bürgerbräukeller gebracht, einschließlich der unter Druck abgegebenen Erklärungen Kahrs, Lossows und Seißers. Daß diese Erklärungen ein Manöver und nur der Absicht entsprungen waren, sich der Festnahme zu entziehen und Freiheit im Handeln zu gewinnen, wußten zunächst weder die Putschisten noch die Presse. Diese hatte das gebracht, was ihr von der Putschleitung diktiert worden war. Ein gefälschter, überall in München angeschlagener Aufruf Lossows an die Reichswehr mit der Aufforderung zur Beteiligung an der nationalen Erhebung hatte den Glauben verstärkt, daß die Wehrmacht sich Hitler unterstellt habe.

Ein bald darauf mit dem Regimentskommandeur in Nürnberg geführtes Ferngespräch bestätigte, daß Lossow die Reichswehr zum Kampfe gegen Hitler aufgebieten hatte und daß sich mehrere Bataillone bereits im Antransport nach München zur Verstärkung der dortigen Truppen befänden. Ich wurde angewiesen, für alle Fälle auch mein Bataillon zum Abtransport bereitzustellen. Auch die Landespolizei unter Oberst von Seißer sollte zum Kampfe gegen die Hitlerbewegung eingesetzt werden.

In Bayreuth verlief der 9. November völlig ruhig. In meinem Bataillon, in dessen Reihen nicht wenige mit ihrem Herzen einer, wie sie glaubten, nationalen Freiheitsbewegung nahestanden, hatte kein Offizier, kein Mann in seiner Gehorsamspflicht geschwankt. Nachdem der Putsch zusammengebrochen war, versammelte ich die Kompanien und gab ihnen einen Überblick über die tatsächlichen Vorgänge in München.

Der Hitlerputsch hatte noch einige Nachspiele, die mich berührten.

Die Ereignisse an der Feldherrnhalle und vor dem Gebäude des Wehrkreiskommandos hatten in den vaterländischen Kreisen große Empörung gegen die Reichswehr ausgelöst. Lossows und der Reichswehrtruppen „Verrat“ waren das erregte Tages-



gespräch in München. Ausschreitungen gegen Reichswehrsoldaten häuften sich. Diese wurden auf den Straßen beschimpft und von exaltierten Frauen angespuckt. Da auch in Bayreuth ähnliche Erscheinungen drohten, hielt ich vorbeugende Maßnahmen für erforderlich. Auf meine Veranlassung bat der Regierungspräsident Vertreter aller Kreise Bayreuths, auch der Presse, zu einer Aussprache in das Regierungsgebäude. Vor großem Publikum ergriff ich das Wort, gab einen Überblick über Entstehung und Verlauf der Münchener Ereignisse und begründete die Haltung der Reichswehr. Ich wies auf den Wahnsinn hin, durch bewaffneten Marsch von München nach Berlin, wie das Hitler beabsichtigt hatte, die Reichsregierung stürzen zu wollen . . .

. . . Als ich etwa ein Jahr später den General von Lossow, der mittlerweile aus der Reichswehr ausgeschieden war, zufällig in München traf, kam die Sprache auf die Ereignisse am 8. und 9. November 1923. Ich gab meiner Verwunderung Ausdruck, daß er in die „Bürgerbräufälle“ gegangen sei trotz des Inhaltes meines Briefes, den man doch als Warnung auffassen mußte. Lossow antwortete mir, er habe nie geglaubt, daß Hitler einen Putsch wagen würde, ohne der Hilfe der Reichswehr sicher zu sein. In langen Besprechungen mit Hitler und mit Ludendorff habe er keinen Zweifel darüber gelassen, daß er und seine Division Gewaltmaßnahmen gegen die Reichsregierung strikte ablehnen. Hitler sei sich dessen bewußt gewesen und daher habe er ihm wie Kahr und Seißer im Bürgerbräukeller die Pistole auf die Brust gesetzt. Mir schien der Hauptfehler in dem Verhalten Lossows in den Tagen vor dem Putsch darin gelegen zu haben, daß er sich überhaupt mit Hitler in viele Stunden beanspruchende Aussprachen eingelassen hatte. Beide haben „aneinander vorbei geredet“, jeder glaubte, den andern überzeugt zu haben oder noch für seine Idee gewinnen zu können. Auf diese Weise entstand die Verratslegende, die dann nach Zusammenbruch des Putsches die Geister so verwirrte. Die mir bekannte Neigung Lossows zum politischen Disputieren hat nicht wenig dazu beigetragen, ihn in eine schiefe Lage zu bringen.

General von Seeckt hat mir meine damalige Verbindungsaufnahme mit Berlin nicht vergessen. Das brachte er dreiviertel Jahre später in der ihm eigenen Art zum Ausdruck. Das Regiment war zu Übungen auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück in Sachsen. Seeckt kam zur Besichtigung, die für den Tag nach seinem Eintreffen angesetzt war. Das Offizierskorps des Regiments mit allen höheren Vorgesetzten stand zu seinem Empfange im Offiziersheim des Übungsplatzes bereit. Seeckt betrat den Saal und warf einen Blick über die Reihe der Anwesenden. Dann blieb sein Auge auf meiner Person haften. Er schritt schnurgerade auf mich zu und reichte mir ohne ein Wort als einzigem von allen Offizieren die Hand. Darob großes Erstaunen und viele Fragen, die ich nicht beantworten konnte und wollte.

Seeckt war begleitet von Oberstleutnant von Schleicher, dem Reichswehrminister und Reichskanzler der Jahre 1932 und 1933. Dieser gab mir nachfolgende ergänzende Aufklärung. Das Reichskabinet war aufgrund der Nachrichten aus München in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 in großer Bestürzung. Man war überzeugt von einem Bunde der bayerischen Reichswehr mit Hitler, dies umsomehr, als kurz vorher die bayerische Regierung die 7. Division auf sich verpflichtet und die Verbindung mit Berlin abgeschnitten hatte. Meine Meldung über die Zuverlässigkeit der bayerischen Reichswehr wurde als Erlösung von einem Alpdruck empfunden. Seeckt konnte nun mit Recht darauf hinweisen, daß die gesamten bayerischen Truppen hinter ihm stünden. Seine Stellung erfuhr dadurch eine derartige Stärkung, daß der Reichspräsident im Einverständnis mit den Regierungsmitgliedern ihn an Stelle von Geßler mit der vollziehenden Gewalt betraute. Damit war Seeckt die Diktatur und die Macht im Reich in die Hand gegeben . . .

PROMEMORIA EINES BAYERISCHEN RICHTERS  
ZU DEN JUNI-MORDEN 1934

*Vorbemerkung des Herausgebers*

Das im folgenden abgedruckte kurze Dokument bedarf keiner Erläuterung. Die Tatsachen, auf die es sich bezieht, sind bekannt und werden in dem Promemoria selbst unmißverständlich charakterisiert. Der Verfasser, der anonym zu bleiben wünscht, hat der Veröffentlichungsabsicht zunächst widersprochen, weil dadurch einem ergebnislos gebliebenen Versuch zu viel Gewicht beigelegt werde. Aber es gibt viele Fälle in der Geschichte und insbesondere in der des Dritten Reiches, in denen das „ergebnislos Gebliebene“ die Aufmerksamkeit des Historikers verdient. Solch ein Fall liegt nach unserem Urteil hier sowohl in der Tatsache des Versuchs, der gemacht wurde, und in dem Dokumentarischen, was damit ausgesagt wird, wie auch in den Umständen des Scheiterns vor. H. R.

\* \* \*

Promemoria

Nach den Juni-Morden 1934 hatte ich das Gefühl, daß jetzt etwas Entscheidendes geschehen könne. Ich wußte zwar nicht, daß es schon irgendwo Widerstandskräfte gebe, aber immerhin war die Marburger Rede Papens vorangegangen, wir hatten noch vorwiegend unsere alten Beamten und Generäle und mir schien es, man könne mit irgendeinem entschlossenen Schritt selbst von verhältnismäßig unbeachteter Stelle aus die Lawine auslösen, die das Schandregime verschlingen könne. Ich war daher sehr dankbar, als der Präsident meines Gerichts in den ersten Julitagen an mich herantrat und mich bat, ihm doch etwas vorzuschlagen, womit wir diesem Unwesen entgentreten könnten. Ich sagte ihm darauf, ich könne ihm am nächsten Tag einen solchen Vorschlag vorlegen. Demgemäß riet ich ihm am 12. Juli 1934, die Räte des Gerichts zu versammeln und ihnen folgenden Entwurf zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dieser Beschluß sollte dann heimlich gedruckt oder sonst vervielfältigt und, auch in Gestalt von Plakaten, an die Öffentlichkeit gebracht werden. Der Entwurf lautete folgendermaßen:

Beschluß.

Die Reichsregierung hat am 2. Juli 1934 das folgende Gesetz beschlossen und in Nr. 7 des Reichsgesetzblatts I S. 529 veröffentlicht:

„Einzigster Artikel

Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtmäßig.“

Unterzeichnet ist dieses „Gesetz“ nicht nur von Hitler und Frick, sondern auch von dem Reichsjustizminister Dr. Gürtner. Dieses Gesetz ist rechtswidrig und ungültig. Der Gesetzgeber kann zwar unabsehbar Vieles mit Rechtswirksamkeit anordnen, aber nicht alles. Die Grenze seiner Befugnisse zu überschreiten, ist er in ruhigen Zeiten kaum je veranlaßt. So konnte in der Rechtslehre die irrige Meinung entstehen, der Gesetzgeber vermöge in Kraft zu setzen, was ihm beliebt; er sei die „Quelle“ des Rechts. Der Gegenbeweis kann hier nur mittels eines Beispiels geführt werden. Gibt es einen Menschen auf der Welt, der ein Gesetz für gültig hielte, wo-

nach jeder deutsche Staatsbürger verpflichtet wäre, sich an bestimmten Tagen des Jahres von Mördertrupps, die die Regierung aussenden werde, nach deren Gutdünken widerstandslos töten zu lassen? Ein solches Gesetz wäre ohne allen Zweifel null und nichtig. Ein solches Gesetz haben wir aber in dem oben angeführten vor uns; nur bezieht es sich auf Vergangenes, nicht auf die Zukunft.

Es gibt freilich eine Rechtfertigung von Handlungen durch Staatsnotwehr. Aber wenn Handlungen in Staatsnotwehr begangen sind, so bedarf es keines Gesetzes, um diese Rechtfertigung erst herbeizuführen. Und waren die Handlungen nicht in Staatsnotwehr vorgenommen, so kann sie kein Gesetzgeber mit Hilfe eines Stückchens bedruckten Papiers nachträglich in Staatsnotwehrakte verwandeln. Überdies kann der Verüber oder Veranlasser einer Tat zwar in Notwehr handeln, jedoch nicht selber bindend darüber entscheiden, ob er es getan hat. Hat der Gesetzgeber selbst gewisse Taten verübt oder veranlaßt, so kann auch er nicht Richter in eigener Sache sein und sich nicht durch einen Mißbrauch seiner gesetzgeberischen Gewalt selber schuldlos machen. Ein solches Gesetz ist in Wahrheit eine Art gerichtlichen Urteils, und als vom Beschuldigten selbst erlassen, nichtig.

Notwehr kann nur gegen rechtswidrige Angriffe begangen werden. Ob und wie weit solche Angriffe stattgefunden haben, entzieht sich noch heute jeder Beurteilung. Wie die vorgenommenen Tötungen beweisen, befanden sich die Verdächtigen in der Hand der Regierung. Warum hat man sie nicht zur Haft gebracht und vor Gericht gestellt? Warum hat man, wenn man schon an Richterstelle auftrat, nicht wenigstens die Taten, auf die sich das Urteil beziehen sollte, genau bezeichnet? Das Gesetz glaubt, selbst dieser Pflicht überhoben zu sein; es breitet den Mantel eines grauenvollen und gewissenlosen Verzeihens über alles, was in jenen Freinächten geschehen ist, sei es, was es mag. Alle unter dem entsprechenden Vorwand in jenem Zeitraum vorgenommenen „Maßnahmen“ sollen in Bausch und Bogen rechtmäßig gewesen sein. Wie kann man eine Handlung als in Notwehr begangen hinstellen, wenn man die Handlung selbst nicht kennt und nicht zu kennen noch zu nennen wagt? Diese Art von Staatsnotwehr hat offenbar die Eigenschaft, selbst bei Urteilslosen nur dank der strengsten Geheimhaltung ihres grausigen Anwendungsbereichs einigen Glauben finden zu können. Soll es etwa ein Staatsnotwehrakt gewesen sein, daß der alte Herr v. Kahr ermordet wurde? Und wie soll dort Notwehr vorgelegen haben, wo die Mörder einen Menschen umbrachten, der nicht einmal in irgendeinem Sinne verdächtig oder verhaßt war, sondern mit einem anderen verwechselt wurde oder aus einem sonstigen Irrtum einen schrecklichen Tod erleiden mußte? Auch ein solches, wahrhaft zum Himmel schreiendes Verbrechen ist begangen worden; sein Opfer ist Dr. Willi Schmid in München. Und all das soll Notwehr gewesen sein, weil es dem Veranlasser, der zugleich Gesetzgeber ist, so beliebt? Nimmermehr! Hier zeigt sich zugleich, wohin diese Theorie und die Ausschaltung der Gerichte führt; nicht nur die Entscheidung über die Schuld derer, die man herausgriff, bleibt der unnachprüfbaren Willkür überlassen; schon daß man nicht ganz andre Menschen umbringt, als man beabsichtigte, hängt allein vom Zufall ab.

Von einem Arzt, der in Pestzeiten seine Dienste einstellt und das Weite sucht, ist nicht viel zu halten. Wir Richter des Bayerischen . . . Gerichts, die wir unser Leben im Dienst des Rechts verbracht haben und in Ehren grau geworden sind, wir wollen nicht einem solchen Arzte gleichen; wir wollen das Recht in der Stunde der höchsten Gefahr nicht im Stich lassen. Den Tod und die irdischen Drangsale, die man über uns verhängen mag, fürchten wir nicht; wohl aber fürchten wir die Schande und das Grauen, darein wir das deutsche Volk versinken sehen. Darum haben wir uns zusammengefunden und erklären, unseres Richtereides eingedenk, feierlich vor Gott und der Welt:

Wenn wirklich die von der Reichsregierung verkündeten Grundsätze von nun an deutsches Recht sein sollen, so haben wir mit diesem Rechte nichts mehr gemein. Wir sind Richter, nicht Götzendiener.“

Der Präsident fand dies sehr gut, wünschte aber 24 Stunden Bedenkzeit. Am nächsten Tag erklärte er den Vorschlag für unausführbar. Zunächst fehle uns die Zuständigkeit. Ich erwiderte, es handle sich um eine außeramtliche Kundgebung; die Zuständigkeit ergebe sich aus unsrem Beruf. Dann meinte er, einige Richter (ich glaube zwei) ständen doch bekanntlich auf der anderen Seite. Ich riet ihm, diese Herren einfach nicht einzuladen. Nun kam sein eigentliches Argument: es sei zu gefährlich. Die Gefahr konnte ich nicht bestreiten, wies aber darauf hin, daß es wohl nur uns beiden wirklich an den Kragen gehen werde; wenn schon einmal gestorben werden müsse, sei das doch der schönste Tod, der für Freiheit und Recht. Übrigens sei die Partei jetzt so erschüttert, daß wir, zumal das Volk beunruhigt, ja aufgewühlt sei, einen triumphalen Erfolg haben könnten: Sturz des Schandregimes und Rückkehr zur Vernunft. Das bot ihm nicht genug Sicherheit. Darum fügte ich noch an, wenn er diesen Beschluß herbeiführe, werde sein Gericht von morgen ab das berühmteste der Welt sein. Das machte ihn nochmals stutzig, vermochte ihn jedoch von seinem Entschluß nicht mehr abzubringen. Er verbrannte meinen Entwurf vor meinen Augen und riet mir, mit meinem Konzept ebenso zu verfahren. Damit war die Sache abgetan. Meinen Entwurf aber habe ich mir aufbewahrt und hier abgeschrieben.

## Notizen

### POLNISCH-DEUTSCHES HISTORIKERGESPRÄCH

Auf Einladung des Instituts für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen (Leitung Prof. Markert) fand ein polnisch-deutsches Historikergespräch vom 10. bis 15. Oktober 1956 in Tübingen mit einer Gruppe polnischer Historiker unter der Führung von Professor Dr. Titus Komarnicki, Vizepräsident des polnischen Instituts für internationale Studien in London, statt, zu der auch der Militärgeschichtler Professor Oberst Sawczynski vom historischen „General-Sikorski-Institut“ gehörte.

Im Mittelpunkt der Gespräche, die der historischen Besinnung und Klärung gewidmet waren, standen Referate von Professor Komarnicki (London) über die deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen und von Dr. Roos (Tübingen) über Grundfragen der polnischen Außenpolitik in den 30er Jahren. An den Aussprachen nahmen Dr. Stempowski (Kultura-Paris), Prof. Nowak (Straßburg-Paris), J. Drobnik (Brüssel) und die deutschen Historiker Rothfels (Tübingen), Herzfeld (Berlin), Maschke (Heidelberg), Ludat (Gießen), Rhode (Marburg-Mainz), Laeuen (Frankfurt a. M.) und Schüddekopf (Schulbuch-Institut Braunschweig) teil.

Nicht unmittelbar tagespolitische Anlässe haben zu dieser Tagung geführt, wohl aber das innerhalb der deutschen Ostforschung von Jahr zu Jahr dring-

licher empfundene Bedürfnis, die aus leidvoller Vergangenheit erwachsenen psychologischen Verhärtungen zu lösen, und das Bewußtsein der eminenten Aufgabe, welche Geschichtsforschung und -lehre haben, um den Weg des Verständnisses zwischen den beiden Nationen vorzubereiten. Schon das Zustandekommen der Begegnung durfte als erfreuliches Anzeichen der auf beiden Seiten vorhandenen Bereitschaft zum Entgegenkommen gewertet werden. Es fehlte aber auch in der Diskussion nicht an Freimut in der Bestandsaufnahme dessen, was als engnationalpolitische Sichtweise zu überwinden ist, und in der Eingrenzung von gesicherten Fakten, die als Ausgangspunkt für eine übereinstimmende Beurteilung dienen können.

Die Einigkeit in diesem Bemühen bei aller Andersartigkeit der nicht leicht hin wegzudisputierenden psychologischen Ausgangslage machte die Tübinger Tagung zu einem Anfangserfolg des Gespräches, über dessen wünschbare Fortsetzung sich alle Beteiligten einig waren. Der Festigung der in Tübingen angeknüpften Verbindung zwischen polnischen und deutschen Historikern diene zum Abschluß des Besuches der polnischen Delegation auch eine Aussprache, die am 15. Oktober 1956 mit den Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte in München über Probleme der zeitgeschichtlichen Forschung stattfand.